

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Arbeiter im Kampf

Hitler und Brüning

Vor einer neuen IG?

Wenn kapitalistische Unternehmungen merken, daß sie in einem Konkurrenzkampf nichts zu gewinnen haben, so pflegen sie eine Interessengemeinschaft zu bilden, um gemeinsam den Konsumenten auszubuten. Diese Regel gilt auch auf dem politischen Plan. Gegenwärtig zeichnen sich wieder einmal deutlich die Bemühungen des Zentrums um die Nazis (und umgekehrt) ab. Das Feuerwerk von Harzburg zur Blendung der Nachläufer der „Nationalen Front“ ist vorbei. Zentrum und Nazis reden wieder vom Geschäft.

Es gibt Gegensätze zwischen diesen Parteien, aber man darf darüber nicht verkennen, was ihnen gemeinsam ist. Gemeinsam ist ihnen vor allem der hierarchische Aufbau. Oben wird entschieden, unten wird gehorcht. Die ständische Idee ist ebensogut kirchlich wie sie der faschistischen Ideologie entspricht. Der Sinn ist, auch wenn man ihn nicht mehr offen ausspricht: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Auf solcher Basis kann sich das Zentrum recht gut mit den Nazis einigen. Das bishere sozialer Flitter hängt beiden nur um den Ausgehang, wenn sie sich unter das Volk mischen, der Herrschaftspunkt ist der gleiche, wenn er auch verschiedenartigem Boden entwächst.

Schon einmal — es war im April dieses Jahres nach der Stennes-Revolution — waren von beiden Seiten Führer ausgestreckt worden, ohne daß es zu einem Abschluß gekommen wäre. Damals hat das Zentrum klipp und klar seine Bedingungen formuliert. Sie bezogen sich natürlich auf die Kulturpolitik, einen Punkt also, wo diese Partei keinerlei Konzessionen macht. Seitdem ist es still geworden um den Herrn Rosenberg, den die Zentrumspresse als Gottseibeiuns der Nazis denunziert hatte. Hitler hat ihn kaltgestellt und ist innerlich den Weg einer Verständigung mit den Zentrumsführern weitergegangen. Was sich neuerdings abspielt, scheint in der Hauptsache ein Kampf um die Quote zu sein. Jeder der beiden Kontrahenten sucht sich Trumpfkarten zu besorgen. Herr Brüning hat noch immer das Ohr des Reichspräsidenten, der ja ein politischer Faktor über seine verfassungsmäßige Bedeutung hinaus ist. Aber auch Herr Hitler wird — noch vor Harzburg — von dem Marschallpräsidenten empfangen. Und schreibt nachher einen ellenlangen offenen Brief an Brüning, worin er ihm als „Sachverständiger“ die „nationale Gesinnung“ bescheinigt. Der Herr Reichskanzler seinerseits quittiert vor dem Parlament, das gerade im Begriff ist, ihm ein verschlissenes Verfassungsmantelchen umzuhängen, mit Dank und Verbeugung ob der vornehmen Gesinnung des großen Adolf. Der kleine Goebels bläst derweil weiter die Trompete (meist mit der hinteren Körperöffnung), und der „Völkische Beobachter“ schlägt weiter die Pauke, damit das Gemurmel aus dem Verhandlungszimmer nicht zu den Massen draußen dringt. Adolf erlöst jedoch gleichzeitig eine Verfügung, daß für die NSDAP. nur Geltung habe, was offiziell von der Parteileitung beschlossen und nunmehr entsprechend gekennzeichnet werde. Er sagt damit seinen Verhandlungspartnern mit Augenzwinkern: Was da geschieht, gilt nicht für euch, das ist für die Dummen draußen. Für uns: business as usual, das Geschäft geht weiter.

Und er macht systematisch weiter. Er weiß so gut wie jeder andere, daß ohne den stärksten politischen Machtfaktor in Deutschland, daß ohne die Reichswehr nichts zu machen ist. Also frühstückt er mit Herrn von Schleicher, dem Bureaugeneral, der hinter — oder muß man sagen über? — Herrn Groener steht. Auch das sind Beziehungen, die nicht von gestern sind. Auch hier das gleiche Spiel wie mit dem Zentrum: lieber Interessens-

Beesche am Niederrhein

Wir marschieren, wir marschieren! Nun ist auch am Niederrhein Bresche geschlagen in den Wall, den der Apparat um die SPD-Mitgliedschaft vorsorglich gezogen hat. Am Niederrhein, in Düsseldorf, sprach der Genosse Seydewitz am Freitag, dem 30. Oktober, in der überfüllten Tonhalle vor ungefähr 3000 Versammelten. Die Aufforderung der „Düsseldorfer Volkszeitung“, die Versammlung zu boykottieren, war erfolglos geblieben. Die Polizei mußte absperrn, Tausende mußten draußen stehen und harren. Denn es strömten herbei die Massen, es strömte herbei die Jugend, und zu Tausenden hatten sich ihnen alte, ergraute, kampfbewährte Genossen angeschlossen.

So stark der Eindruck des Referats von Seydewitz war, so stürmisch er immer wieder durch Juwel unterbrochen wurde, die Beifallskundgebungen nahmen kein Ende, als der Bezirkssekretär der SPD, der Genosse Zöllig, seit 25 Jahren Mitglied der SPD, das Podium betrat und nach kurzen einleitenden Worten die folgende Erklärung abgab:

Wer die Arbeiterbewegung spaltet, ist ein Verbrecher. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung ist aber nur aufrechtzuerhalten, wenn es gestattet ist, im Rahmen der Organisation für die revolutionäre marxistische Klassenkampfführer zu werben, um dadurch das Proletariat auf den Endkampf mit dem Kapitalismus vorzubereiten.

Die Sozialdemokratische Partei duldet einen solchen Kampf innerhalb der Organisation nicht. Das beweisen die jüngsten Beschlüsse des Parteiausschusses, durch die Genossen, deren Kampf auch mein Kampf ist, aus der Partei ausgeschlossen wurden. Dadurch hat der Parteiausschuß und der Parteivorstand das Verbrechen der Spaltung auf sich genommen.

Ich solidarisiere mich mit diesen und allen Genossen, die in unserem Bezirk und auch anderswo wegen ihrer revolutionären Einstellung aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die Ideologie von dem Hineinwachsen in den Sozialismus führt zum Faschismus, das haben die letzten Jahre bewiesen. Sie führt zur Entmutigung der Millionen, die als Opfer der kapitalistischen Entwicklung verzweifelt beiseitesteher, oder sie treibt diese unglücklichen Opfer in die Arme politischer Hasardeure. Ich will

gemeinsam als Kampf, der gefährlich werden könnte. Soviel hat der Braunschweig immerhin gemerkt, daß er als Mussolini-Ersatz für Deutschland so leicht nicht in Frage kommt, daß er die Macht mit anderen als er früher je in seinen kühnsten Träumen zu fantasieren gewagt hätte.

Der Boden ist gut vorbereitet für eine I.G. „Brüning und Hitler“ überschreibt die „Germania“ vom 30. Oktober einen Artikel. Ist es bereits der Name einer neuen Firma, das Symbol für den Übergang vom halbfaschistischen Regiment zum „legalen“ Faschismus? Sicherlich wäre der gereinigte und von sozialistischen Phrasen entlastete Hitler in bron-

mit meinen bescheidenen Kräften mitarbeiten, dies zu verhindern. Ich will mithelfen, die Arbeiterschaft, deren Existenzbasis immer mehr schwindet, in die aktive Kampffront zum Sturz des Kapitalismus einzureihen, und trete darum heute der Sozialistischen Arbeiterpartei bei, deren vornehmstes Ziel es ist

auf dem Boden marxistischen Klassenkampfes die Einigung des Proletariats zu erreichen.

Ich trenne mich heute von zahlreichen Genossen, die in den 25 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Schulter an Schulter mit mir gekämpft haben. Die Trennung von diesen Genossen fällt mir sehr schwer. Aber lieber nehme ich diese Trennung auf mich, lieber gehe ich stempeln, als daß ich noch länger die Mitverantwortung für die Politik der SPD, als daß ich noch länger die Mitverantwortung für das Gebahren des SPD-Parteiapparates übernehme, als daß ich noch länger das schamlose Intrigenspiel führender Leute gegen revolutionäre Mitglieder mitansehen.

Allen denen, die mit mir in der SPD gekämpft haben, rufe ich zu:

Kommt zu uns!

Die SPD hat das Erbe unserer großen Vorkämpfer verlassen und entwickelt sich unaufhaltsam zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei. Eure Opposition läßt man sich nur gefallen, solange diese dem Apparat nicht gefährlich wird. Rücksichtslos aber trampelt man euch nieder, wenn sich der Apparat bedroht fühlt.

Ich gehe zur SAP und will mit meiner ganzen Kraft für sie werben und in ihr kämpfen im Geiste marxistischen Klassenkampfes. Die SAP ist die Plattform für die Einigung des Proletariats, die die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus ist.

Es lebe die Sozialistische Arbeiterpartei!
Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!
Es lebe der Sozialismus!

„Und nun mag man“, so schloß Genosse Zöllig, „Dreckkübel über uns ausschütten. Die SAP wird marschieren und siegen, trotz alledem und alledem! Denn sie bildet die Plattform zur Einigung des Proletariats, die Voraussetzung ist für den Sieg des Sozialismus.“

ciertem Gips eine ganz gute Prunkfigur für ein „nationales Kabinett“. Auch sowas ist ja jetzt große Mode. „Wir hätten jedenfalls keinen dringenderen Wunsch, als mit dem Nationalsozialismus sachlich zu sprechen“ — schreibt die „Germania“. Weiter: „Der Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, hatte einige Fragen an den deutschen „Duce“ gerichtet und die „Germania“ bezeichnet sie als „ernste Fragen, die geeignet wären, nicht belanglose politische Klärungen zu schaffen“. Ist's deutlich genug? Herr Hitler braucht nur das Bekenntnis abzulegen, daß er nicht allzu plump die Vorschriften und Wünsche der Schwerindustrie

Die Schwerindustrie im Angriff

In diesem Augenblick des allgemeinen Umbaus der Lohnverhältnisse beginnt die Schwerindustrie einen massierten Sturmangriff in der nordwestlichen Eisen- und Hüttenindustrie. Sowohl im Ruhrbergbau wie in der nordwestlichen Eisenindustrie werden demnach am 30. November die Lohnabkommen ablaufen. Für die Eisenindustrie ist gleich zeitig das Arbeitszeitabkommen beendet. Auf diese Weise wird der Angriff auf die Arbeitnehmer in kurzer Zeit in dieser Schlüsselindustrie sich konzentriert entfalten.

Der Ruhrbergbau hat gerade ab 1. Oktober eine siebenprozentige Lohnkürzung erfahren, wobei die Arbeitgeber durch Erlaß der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung noch eine besondere Subvention erhielten. Diese durch Notverordnung verfügte Sonderregelung verliert Ende November ihre Gültigkeit, und die Arbeitgeber werden mindestens Verlängerung dieser Subvention aus öffentlichen Mitteln verlangen.

In der nordwestlichen Eisenindustrie wird der Kampf noch härter sein. Von hier (Severings Oeynhausener Schiedspruch) ist die erste Lohnabbauwelle ausgegangen. Seitdem sind die Lohnkürzungen weitergegangen, und eine Angleichung der Lohnkürzungen in der Eisenindustrie an die des Bergbaues würde allein eine Kürzung von 7 bis 8 Prozent ausmachen. Die Unternehmerforderungen werden darüber noch hinausgehen.

Der „Wirtschaftsbeirat“ der Reichsregierung, der die allgemeinen Richtlinien für die Produktionskostensenkung auf Kosten der Arbeitereinkommen beschließen soll, soll zweifelslos durch die massierten Tarifkündigungen unter Druck gesetzt werden. Umso deutlicher müssen die Gewerkschaftsvertreter im Beirat sich der Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterschaft bewußt sein.

befolgt, daß er sich der Zentrumstaktik — Schritt für Schritt die Arbeiterschaft ihrer Rechte zu enteignen — anpassen will, um in den Schoß der allein seligmachenden Gemeinschaft der Diktatoren „legal“ aufgenommen zu werden. Ein Platz in diesem Gremium wird dem Münchener Bierkellerhelden gut und gern eine Messe wert sein, wird es um so eher, als er, katholischer Abstammung, mit den Gebräuchen der heiligen Kirche vertraut ist.

Der Abschluß ist noch nicht perfekt, die Verhandlungspartner sind noch nicht „beim Notar“ gewesen. Aber viel, sehr viel spricht dafür, daß wir in einiger Zeit vor einer neuen Situation stehen, die mehr noch als bisher den entschlossenen Abwehrwillen des deutschen Proletariats erfordert. Es wird dann wohl der hundertmal gewarnten SPD klar werden, daß sie Brüning nur toleriert hat, um schließlich Hitler zu erdulden. Diese Duldung aber wird, das sind wir sicher, über die Geduld der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hinausgehen. Und dann werden wir weiter reden.

Es ist nicht mehr weit...

Aus den Hauptquartieren

Am Freitagabend fand gleichzeitig eine Zentrumsversammlung in Münster und eine nationalsozialistische Versammlung in München statt. In Münster sprach Prälat Dr. Schreiber, in München Stöhr und Dr. Frank. In beiden Versammlungen war der Kern der Reden die Frage des Zusammenarbeitens von Zentrum und Nationalsozialisten. Von beiden Seiten war deutlich das Bestreben erkennbar, dem andern Brücken zu bauen, wenn man sich auch noch vorsichtig gegeneinander abgrenzte. Dr. Schreiber erklärte, der Nationalsozialismus gehe zur Zeit durch eine Krise. Er müsse Verantwortlichkeiten und Garantien für eine regeionstüchtige und ausgeglichene Poli-

Was wir wollen

fik der Zukunft übernehmen. Stöhr wiederum erklärte, die Nationalsozialisten seien bereit, mit dem Zentrum zu regieren, wenn dieses sich aus den Klauen des gottesleugnerischen Marxismus befreit haben werde.

Zugleich attestiert die „Germania“ den Nationalsozialisten, daß sie sich vorteilhaft von der Geistlosigkeit und der sozialen Reaktion unterscheiden, die bei den Deutschnationalen herrscht. Und im selben Augenblick erklärt Dr. Frank in München, daß die Nationalsozialisten sich niemals unter die Führung Hugenbergs stellen würden.

Es ist nicht mehr weit von dieser Station des Weges bis zur völligen Klärung der Fronten.

Von der Front

Hitler mit den „Bürogenerälen“ an einem Tisch — ein seltsames Schauspiel, wenn man an Hitlers Worte denkt; aber nicht mehr seltsam, wenn man die Umschichtung der Klassenkräfte berücksichtigt, die im letzten Jahre vor sich gegangen ist. In demselben Maße, in dem Hitler sich von der Politik des romantischen Abenteurers umstellte auf die realen Erfordernisse bürgerlicher Klassenpolitik, in demselben Maße wandte sich die Bourgeoisie dem Nationalsozialismus zu. Seecht in Bad Harzburg — das ist der Ausdruck der gleichen Politik, wie die Bereitschaft des Reichswehrministeriums, Herrn Hitler zu empfangen. Und daß Hitler zu Schleicher, dem „Bürogeneral“ ging, das zeigt deutlicher seine Legalität als die zum Ueberdruß wiederholten Beteuerungen. Denn Legalität, das ist nicht etwa das, was Verfassung und Gesetze erlauben. Die erlauben beinahe alles, wenn man sie nur „richtig“ anwendet. Legalität — das ist das, was das Klasseninteresse der Bourgeoisie gestattet und erfordert. Und das fordert heute, daß das Kapital zusammengeht mit der Partei, die in den letzten Jahren fast alle seit je kapitalistisch wählenden Proletarier und Mittelständler um sich gesammelt hat.

Strafantrag gegen den „Vorwärts“, gegen das regierungstreueste Organ, das heutzutage zu finden ist? Der „Vorwärts“ hat vergessen, daß in Deutschland der Militarismus heute so üppige Blüten treibt wie jemals vor dem Kriege. Man darf zwar immerhin noch einiges kritisieren. Aber einen Angriff auf einen leibhaftigen Reichswehrminister erträgt die deutsche Republik nicht. Und dadurch, daß der Wehrminister zum Innenminister wurde, ist die Garantie geschaffen, daß so etwas nicht mehr ungeahndet vorkommen kann. Die Sünde des „Vorwärts“ bestand darin, daß er den Bericht des Braunschweiger Reichswehrberaters Geyer über die Braunschweiger blutigen Zusammenstöße kritisiert hatte, einen Bericht, der die nationalsozialistischen Ausschreitungen wohlwollend zu verstehen sich bemühte. Die „B. Z. am Mittag“ erklärt Groeners Einschreiten gegen den „Vorwärts“ damit, daß „der Reichswehrminister sich auf jeden Fall vor den ihm unterstellten Offizier stellt“. — Darum geht der Reichsinnenminister mit schwerstem Geschütz selbst gegen ein regierungstreues Organ vor, das an einer dienstlichen Handlung eines solchen Offiziers Kritik übt!

Eines darf der „Vorwärts“ nicht vergessen: Die Haltung der SPD hat entscheidend dazu beigetragen, den Militarismus in der deutschen Republik wieder fest in den Sattel zu heben. Die letzte Möglichkeit zu einem Wendepunkt war der August 1928, war der Panzerkreuzer A. Damals scheute die SPD vor den entscheidenden Konsequenzen ihrer angeblich ablehnenden Haltung gegenüber dem Panzerkreuzerbau zurück. Groeners Drohung mit dem Rücktritt war für die SPD ein stärkeres Argument als die Konsequenzen, die das Beugen vor der militärischen Drohung nach sich ziehen mußte. Das Proletariat hat die Folgen dieses Zurückweichens vor dem Geiste des Militarismus im letzten Jahre bereits bitter zu spüren bekommen. Der „Vorwärts“ erntet jetzt die erste Frucht dieser giftigen Saat. Wir fürchten, es wird nicht die letzte sein.

Die Führung der Sozialdemokratischen Partei hat seinerzeit die Notverordnung, die die Presse der Willkür der Polizei auslieferte, mit Jubel begrüßt; endlich sei die Möglichkeit gegeben, der verlogenen Hetze von Nationalsozialisten und Kommunisten entgegenzutreten. Severing hat sich stolz der Mitverantwortung an dieser Notverordnung gerühmt. Die sozialistischen Stimmen, die davor warnten, ein Grundrecht politischer Bewegungsfreiheit der Polizei auszuliefern, verhalten ungehört, ja sie wurden verlacht. Jetzt wurde mit den Waffen, die Severing schmiedete half, der sozialdemokratische Braunschweiger „Volksfreund“ unterdrückt. Seine Artikel waren, wie der Braunschweiger Innenminister erklärte, „aufhetzerischen und aufrührerischen Charakter“ und „entsprechen nicht den Tatsachen“. — Was ist Wahrheit? Was ist hetzerisch, was aufrührerisch? Alle diese Begriffe sind klassenbedingt. Und was vom proletarischen Standpunkt aus Wahrheit ist, das kann vom Klassenstandpunkt des Bürgers aus Verdrehung, Unwahrheit und Lüge sein. Wer eine Klasse zum Kampfe zu sammeln sucht, wird der anderen stets als Hetzer und

Die kapitalistische Welt kracht in den Fugen. Dieses Wirtschaftssystem ist seinen vorgeschriebenen Weg gegangen, folgt dem Gesetz, nach dem es angetreten.

Es geht der Vollendung seines Schicksals entgegen.

Und sein Schicksal ist: zu ersticken in dem Ueberfluß, den es nicht verwerten, auf seinem Markt nicht absetzen kann. Es ist das Schicksal des Kapitals, wie Karl Marx es vorausberechnet hat: sich selbst aufzuheben, weil es seinen eigenen Betrieb nicht mehr meistern kann.

Historische Zeiträume werden nicht nach Tagen, Wochen oder Monaten gerechnet.

Doch die Entscheidung kann jeden Tag da sein.

Es wird die Entscheidungsstunde sein für das Proletariat. Es muß gerüstet sein. Für jeden Tag.

Seine stärkste Waffe — das ist seine gewaltige Zahl, das ist das Heer der Ausgebeuteten, Geknechteten, die Armee der Schaffenden und die gewaltige und immer wachsende Zahl der Arbeitslosen. Seine größte Kraft — das ist seine geschlossene Front und sein entschlossener Wille.

Rüstung und Waffe des Proletariats — das ist seine Erkenntnis und sein Klassenbewußtsein.

Der Kapitalismus hat die Produktionsmittel reif gemacht für die Ueberführung in Gemeineigentum. Die Zeit schreitet nach planmäßiger Wirtschaft gegen kapitalistische Willkür, Anarchie, Spekulation und Profitsucht.

Reif für die sozialistische Umgestaltung zum Wohle der breiten Massen ist der ökonomische Zustand in Deutschland.

Aber: nicht reif ist das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit. Bedrängt von falschen Anschauungen und unaufgeklärt über seine eigene Macht und seine eigenen Machtmittel, sucht es — verführt von rechts und links — den Weg aus dem Unheil auf Pfaden, die es immer tiefer hineinstürzen müssen in den Abgrund diktatorischer Autokratie, faschistischer Terrors.

Dem deutschen Proletariat den Weg zeigen aus dem Chaos, das soll die Aufgabe der SAZ sein.

Einhämmern will sie von Tag zu Tag, daß das gewaltige Ringen der Zeit eine Phase ist, eine entscheidende allerdings des Kampfes der Klassen, der nie aufgehört hat und nie aufhören kann, solange der Kapitalismus seine Herrschaft zu erhalten weiß.

An jedem Tagesereignis soll immer wieder das Große und Ganze dieses Ringens gezeigt und demonstriert werden, damit das deutsche Proletariat seine Waffen stählen, seine Rüstung fester schmieden kann, damit es schlagkräftig wird für die revolutionäre Auseinandersetzung, der es bei Strafe des Untergangs, der dauernden Versklavung auf die Dauer nicht ausweichen darf.

Stark gemacht werden soll das Proletariat; nicht aber soll es in Illusionen gewiegt werden über die Kampfkraft des Klassengegners. Nicht soll die klare Erkenntnis ersetzt werden durch Parolen und Schlagworte — reformistische oder scheinradikale —; harthämmern will die SAZ den Geist des deutschen Proletariats, bis es, geistig und materiell, gewappnet ist gegen seine Feinde, gewappnet auch gegen die größte Gefahr: die Gefahr der Selbsttäuschung. Daß das deutsche Proletariat seiner selbst bewußt, ohne Ueberschätzung der eigenen Kraft, erst recht aber ungelähmt vom Zweifel in seine wirkliche Stärke den Weg der Befreiung finde, dazu will die SAZ helfen.

Und nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge sollen so, allen Schleiers entkleidet, dargestellt werden.

Die Zeit soll erkannt werden im kleinsten,

wie sie sich spiegelt hier in einer Gerichtsverhandlung, dort in Schul- und Kulturpolitik, oder in den Vorfällen des täglichen Lebens, die oft so belanglos scheinen und doch den Geist der Zeit wie in einem Brennspiegel zusammenfassen.

Unversöhnlich wird immer und überall unser Kampf sein gegen den Klassengegner — im Kampf der Meinungen unter Klassengenossen, wo immer sie stehen, werden wir

nie die Klassengemeinschaft vergessen,

uns durch nichts von sachlicher Polemik abbringen lassen. In einer von Haß und persönlicher Verunglimpfung befreiten und entgifteten Atmosphäre hoffen wir

das deutsche Proletariat zu der Einheit zusammenzuführen, die Vorbedingung ist für seinen Sieg. So will die SAZ täglich das Ziel zeigen und den Weg, Meilenstein, um Meilenstein.

Nicht wird sie davor zurückschrecken, auch Rückschläge zu verzeichnen. Denn nur wer mutig sein Schicksal ins Auge faßt, wird unerschüttert bleiben bei allen Zwischenfällen.

So wollen wir unseren Weg suchen, die Masse des kampftschlossenen Proletariats führend, von seinem klassenbewußten Willen geleitet.

Für das Proletariat und mit ihm — das soll unsere Parole sein

Die Redaktion der SAZ.

Auführer erscheinen müssen. Und darum war es schon Mord an den politischen Freiheiten der bürgerlichen Demokratie, als man die Polizei zum Richter über Wahrheit und Unwahrheit setzte. Indem Herr Groener das Verbot des „Volksfreund“ aufhob, dokumentierte er lediglich, daß er das Vorgehen des Braunschweigers für weitergehend hielt, als es das bürgerliche Klasseninteresse zurzeit erlaubt. Mit dem am selben Tage vollzogenen Strafantrag gegen den „Vorwärts“ beseitigt er jeden Zweifel darüber, daß etwa seine Begriffe von Wahr- und Unwahrheit andere als die des Herrn Klaggas, d. h. andere, als die des bürgerlichen Klasseninteresses sein könnten.

Spiel mit dem Feuer nennt die Hugenbergpresse die Absicht der Reichsregierung, sich von neuem an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich zu wenden. Und dann folgt die Drohung mit dem Krieg: „Wer die Kräfte des Widerstandes gegen langfristige und der Aufrüstung Frankreichs dienende Kriegsentschädigungszahlun-

gen unterschätzen würde, könnte die trübsten Erfahrungen bei der Durchföchtung moralisch und materiell unbegründeter Forderungen machen. Aus der Weltkrise könnte dann leicht eine Weltkatastrophe werden.“ — Das ist wenigstens deutlich. Die Front von Harzburg — das ist heute schon die Front der deutschen Bourgeoisie, die Front in der Hitler und das Reichswehrministerium Seite an Seite stehen, die Front, die der Reichsinnenminister mit all seinen diktatorischen Vollmachten vor jede Kritik schützt...

Neidsteuern — ein neuer Begriff, erfunden vom Geheimrat Dr. Quaatz, dem intimen Freunde Hugenbergs. Was ist das? — Herr Quaatz schreibt: „Je schlechter es dem Deutschen geht, mit desto wilderem Neide sieht er auf den Volksgenossen, der noch ein Stück Brot mehr zu verzehren hat.“ Ein Stück Brot? Wirklich nur ein Stück Brot mehr? Wie niederträchtig ist es in den Augen dieser Vertreter der Großbourgeoisie, Steuern zu verlangen auf die Schultern derer,

die wahrhaftig mehr haben als nur ein Stück Brot mehr zu verzehren, als die anderen! Fort mit den Neidsteuern! (Viel gibts ja sowieso nicht von der Sorte.) Mögen Steuern bezahlen die, die kaum noch ein Stück trocken Brot haben. Damit der Neid verschwinde aus der Welt. — So will es das moralische Gebot der großen Bourgeoisie.

Die Lehre aus England

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“ Das ist die Quintessenz der englischen Wahlen. Wer dachte am Wahltag noch daran, daß es einmal einen „weisen Kanzler“ gegeben hat, dem die City, die Hochfinanz, wohlwollend auf die Schulter geklopft hatte für die gute Besorgung ihrer Geschäfte? Ja, so gut hatte die Regierung MacDonald-Snowden sie besorgt, daß die beiden Träger dieses Kabinetts schließlich im Lager des Klassengegners landeten, was immerhin die Logik für sich hat. Henderson und andere Führer wurden von der Partei im letzten Augenblick vom Abgrund zurückgerissen, sie gehorchten dem Massenwillen (das ist der Unterschied zu deutschen Verhältnissen), aber die schweren Verluste der Arbeiterpartei kommen mit auf ihr Konto.

Die Arbeiterpartei hatte „nationale Politik“ getrieben, nun schlägt sie aus zu einer „nationalen Regierung“, das ist eine Regierung der Scharfmacher gegen die Arbeiterklasse. Die Regierung der Arbeiterpartei hat die „nationale Ehre“ und seine Majestät das Pfund retten wollen, nun wuchern die Tories und die Finanzleute mit dem Pfund gegen die Arbeiterklasse. „Volksgemeinschaft“ predigten die MacDonald, Snowden und I.H. Thomas, nun hat gerade darum ein großer Teil des Volks sich von der Arbeiterpartei abgewandt. Das ist die Quittung für eine unmögliche Ideologie.

Ach, wir haben das in Deutschland alles auch gehabt, in doppelter und dreifacher, immer verschlechterter Auflage. Die deutsche Sozialdemokratie hat aus den Experimenten nichts gelernt, sie hat eine Retorte nach der anderen im Feuer des Klassenkampfes von oben zerspringen lassen. Werden die Engländer klüger sein? Es ist zu hoffen. Der Anschauungsunterricht über das, was wirkliche Machtpositionen der Arbeiterklasse sind, war ja deutlich, und die Führer, mit wenigen Ausnahmen, waren klug genug, sich dem Willen der Massen zu beugen statt ihn durch den Apparat zu erdrücken. Mit den Massen, das wird, so ist zu hoffen, die Parole der englischen Arbeiterpartei sein. Mit den Massen, das heißt aber bewußte Führung des Klassenkampfes, fernab von allen Illusionen, die nur den Garten des Klassengegners gedüngt haben. Mit den Massen, das heißt: sich einsetzen für den „Sozialismus in unserer Zeit“, für das Programm der unabhängigen Arbeiterpartei, jenes kleinen marxistischen Vortrupps der englischen Arbeiterbewegung, dessen Kassandraruhe bisher ungehört verhallt waren.

Marxismus, das galt bisher für „unenglisch“, aber für die Richtigkeit dieser Lehre haben diese englischen Wahlen Zeugnis abgelegt.

Das heiße Eisen

Ein Prüfstein für das spanische Parlament
Paris, 31. Oktober.

Nach einer Havas-Meldung aus Madrid erwartet man in politischen Kreisen mit größter Ungeduld das Ergebnis der Beratung eines neuen Gesetzentwurfs über die

Organisation des Bankwesens

der vor einiger Zeit vom Finanzminister in der Kammer eingebracht wurde. Man glaubt, daß die Annahme oder Ablehnung dieses Gesetzentwurfes für den Bestand der gegenwärtigen Regierung von größter Bedeutung sein könnte. Man behauptet, wenn die Cortes den Gesetzentwurf nicht annähmen, würde Finanzminister Prieto sofort seinen Rücktritt erklären. In diesem Falle würden gemäß einer von der sozialistischen Partei getroffenen Entscheidung auch die beiden anderen sozialistischen Minister auf ihr Portefeuille verzichten.

Wenns nur wahr wäre!

Außenminister Briand hat von Kellog folgendes Telegramm erhalten: Ich beglückwünsche Sie zu ihrer hervorragenden Aktion zur Sicherstellung der freundschaftlichen Beilegung des chinesisch-japanischen Konflikts. Ihr Ansehen bildet die größte Hoffnung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens.

SPD-Redakteur zur SAP übergetreten

In Zwickau hat der Genosse Kurt Lohmann seinen Austritt aus der Redaktion des Sächsischen Volksblattes und der SPD erklärt. Er hat sich der SAP angeschlossen. Genosse Lohmann ist der einzige Regakteur des Sächsischen Volksblattes, der der Politik treu geblieben ist, die das Zwickauer Blatt der SPD unter der Leitung von Max Seydewitz vertreten hat. Daß ihm seine ehemaligen Kollegen, als sei: Uebertritt, bekannt geworden war, einen gehörigen Jauchekübel nachgegossen haben, versteht sich am Rande.

Schneestürme in Schlesien

WTB. Breslau, 31. Oktober. In Schlesien herrschte gestern nachmittag schweres Sturm Wetter, das auch heute vormittag noch anhält. Selbst im Flachlande erreichten die Stürmböen Windstärke II. Das Observatorium Breslau-Krietera registrierte eine Windgeschwindigkeit von 30 Sekundenmetern. Die Böen brachten heftiges Schneetreiben. Im schlesischen Vorgebirge hat sich bereits eine geschlossene Schneedecke gebildet. Die Reifträgerbaude meldet eine Schneehöhe von 30—50 cm bei 8 Grad Kälte. Da die geschlossene Schneedecke bis ins Tal hinabreicht, gibt es bereits gute Sportmöglichkeiten für Ski und Rodel.

Schneefälle im Hochschwarzwald

WTB. Freiburg i. Br., 31. Oktober. Weststürme haben am gestrigen Freitag dem Hochschwarzwald weitere für diese Jahreszeit ungewöhnlich starke Schneefälle gebracht. Auf dem Feldberg liegt schon eine Schneedecke von durchschnittlich einem Meter, an einzelnen Stellen sogar 2 1/2 Meter. Bei aufklarendem Wetter sind die Temperaturen erheblich unter den Gefrierpunkt gesunken. Es ist Kälte bis zu 8 Grad eingetreten.

Schweres Einsturzungsglück

Ein Mann getötet

WTB. Kulmbach, 31. Oktober. An einem im Bau befindlichen Schuppen des Zweigbetriebes der Kulmbacher Spinnerei in Mainleus stürzte infolge des Sturms das Dach ein und begrub drei Zimmerleute unter sich. Einer von ihnen wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen, die anderen beiden wurden erheblich verletzt.

Edisons Testament

William Edison, einer der drei Söhne des großen Erfinders aus seiner ersten Ehe kündigt an, daß er das Testament seines Vaters anfechten werde, da dieser den größten Teil seines 12 Millionen Dollars betragenden Vermögens seinen beiden Söhnen aus zweiter Ehe hinterlassen habe.

Der fliegende U-Bahn-Schaffner

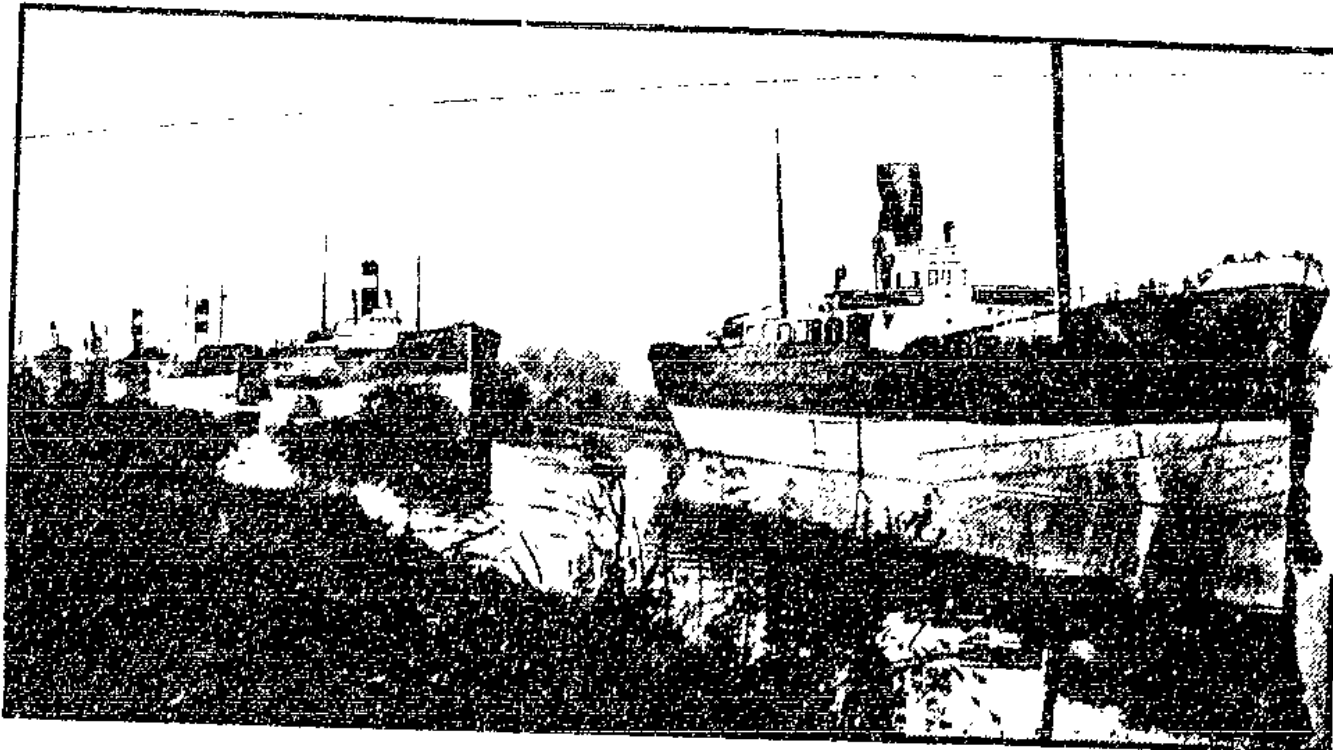
Ein zweijähriger schwerer Arbeit hat ein Schaffner der Berliner U-Bahn, namens Rehnemann, sich ein Sportflugzeug gebaut. Die Maschine besteht vollständig aus Holz und Stoff und soll sich ausgezeichnet bewährt haben.

Schwefel heilt Gelenksleiden!

Ein neues interessantes Verfahren zur Behandlung von Gelenkserkrankungen gibt ein Arzt Dr. A. Petrowych in einer bekannten österreichischen Aerztezeitung. Es handelt sich dabei um die Injizierung einer Schwefelölösung in die Muskulatur der Oberschenkelgegend, wodurch die erwähnten Erkrankungen günstig beeinflusst werden. Auf diese Weise kann man nach Ansicht Dr. Petrowychs auch Gelenkleiden heilen, welche der Behandlung mit Salizil- und Jodpräparaten hartnäckig widerstanden haben.

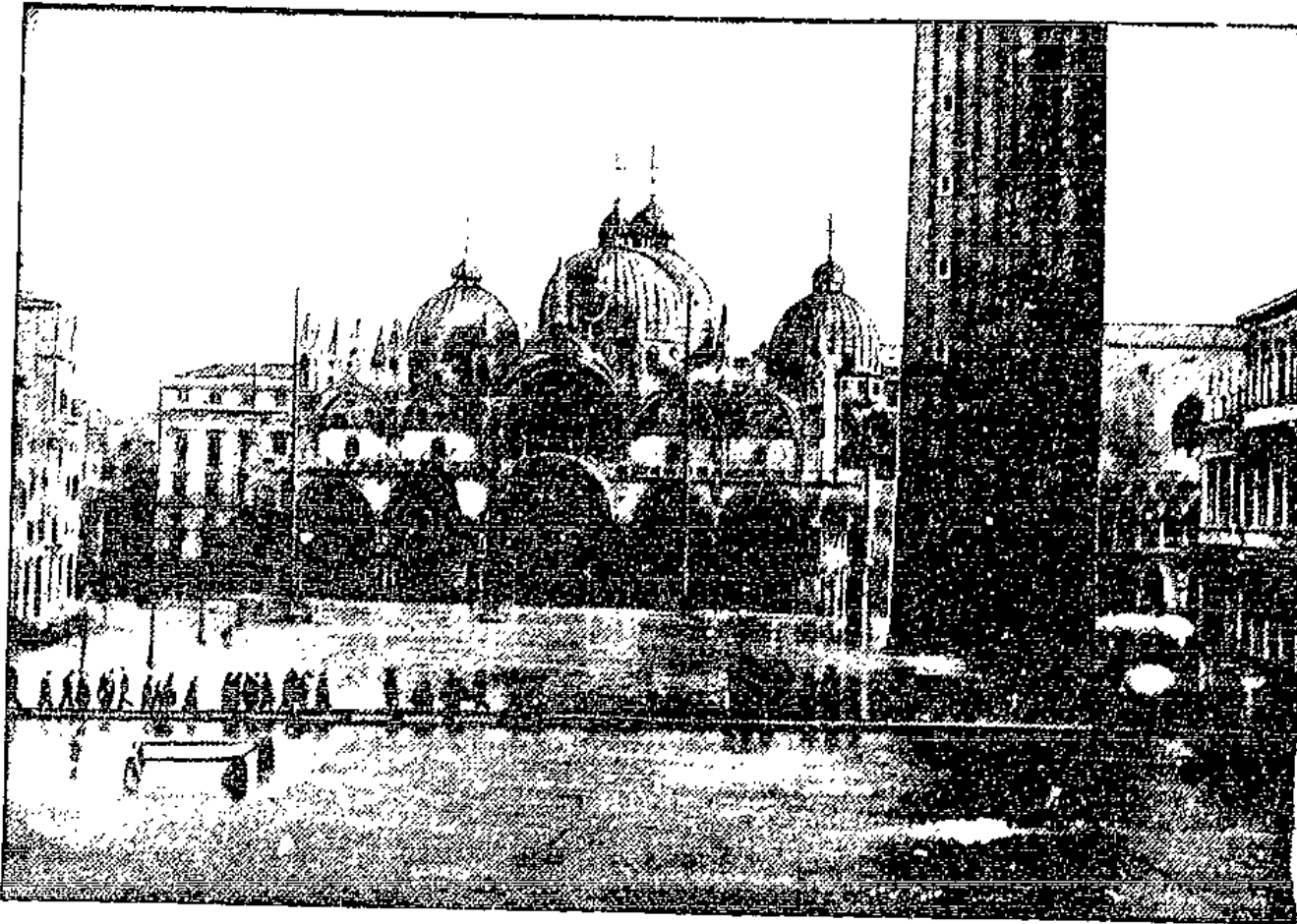
Das kapitalistische Weltbeben

Krise der Schifffahrt in Frankreich



Die Weltkrise des Kapitalismus hat auch die Schifffahrt erfaßt. Das Bild zeigt einen regelrechten Schiffsfriedhof bei Nantes. Zahlreiche Schiffe, die erst ganz kurze Zeit in Betrieb gewesen waren, mußten stillgelegt werden.

Der Markusplatz als See



Ueber Venedig ist ein starker und anhaltender Regen niedergegangen. Die Kanäle sind über die Ufer getreten; der Markusplatz gleicht einem See.

Der Mord bei Wustermark

CNB. Potsdam, 31. Oktober. Der in den gestrigen Abendstunden im Gutsbezirk Hoppenrade bei Wustermark aufgefundene Tote ist der 76 Jahre alte ledige Gärtnerarbeiter Göhrlich. Die Leiche wurde von Radfahrern im Chausseegraben liegend entleckt. Sie wies eine furchtbare Halswunde und Kopfverletzungen auf. Göhrlich, der seit etwa 20 Jahren bei einem Gärtnerbesitzer in Hoppenrade beschäftigt ist, hatte sich vor dem Mord einige Stunden im Gasthof aufgehalten und die Wirtschaft kurz nach 5 Uhr nachmittags verlassen. Geraubt wurde dem Toten anscheinend nichts, denn er hatte noch seine Geldbörse mit 2 Mark und einigen Pfennigen, den Betrag, mit dem er den Gasthof verlassen hatte, bei sich. In seinen Taschen fand man auch noch mehrere Tafeln Schokolade, die er den Kindern seines Arbeitgebers, bei denen er wohnte, mitbringen wollte. Göhrlich war wegen seiner Freundlichkeit und Gutmütigkeit bei jedermann beliebt. Daß es sich um einen Mord handelt, dürfte demnach kaum zu bezweifeln sein.

Der Lübecker Ärzteskandal

Weitere Aussagen im Calmette-Prozess

WTB. Lübeck, 31. Oktober.

Am heutigen Verhandlungstag im Calmetteprozeß sagte Schwester Heuer aus, daß in einem Fall ein Kind von der ersten Fütterung nur die Hälfte erhalten habe, weil es den Rest wieder ausgespuckt habe.

Bei der Vernehmung einer anderen Schwester wurde festgestellt, daß von einem Ausgangspräparat vier Kinder gefüttert wurden, von denen drei starben, und daß von einem anderen Präparat sechs Säuglinge Fütterungen erhielten, von denen vier gestorben sind. Die Sachverständigen fragten, ob vielleicht die Ampullen nur halb gefüllt und ob sie auch gut geschüttelt worden seien. Die Schwester erklärt, sie habe immer kräftig geschüttelt und keinen Bodensatz bemerkt. Auch diese Schwester bekundete auf die Frage, wie man die Ampullen aufbewahrt habe, daß sie meistens in dem Schlafzimmer auf dem Nachttisch gestanden hätten, damit sie gleich zur Hand seien. Ihr sei aber nicht aufgefallen, daß einige Ampullen ausgeschüttet gewesen seien oder weniger Impfstoff enthalten hätten.

Eine Einbrecherbande

WTB. Kiel, 31. Oktober.

Der Kriminalpolizei Kiel ist es gelungen, eine große Anzahl von Einbruchsdiebstählen aller Art aufzuklären, die in den letzten Monaten in Preetz und Umgebung verübt worden sind. Eine sechsköpfige Einbrecher- und Hehlerbande wurde festgenommen. Bei einem überraschenden Zugriff gelang es den Beamten in der vergangenen Nacht, in Preetz eine große Menge Diebesgut zu beschlagnahmen. Bei der nächtlichen Haussuchung wurden auch gestohlene Militärgewehre, Karabiner, Pistolen und Munition beschlagnahmt.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual

Von F. C. WEISKOPF

(Aus dem Novellenband „Der Traum des Friseurs Cimbara“, Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

Wie groß solch ein Zimmer mit einmal werden konnte!

Ein Zimmer, das doch früher immer viel zu eng und klein gewesen war!

Vojta Pulkrábek hätte es nie für möglich gehalten, daß mit einem Zimmer so etwas vorgehen könnte: plötzlich fängt es zu wachsen an, unter der Hand sozusagen, und wird groß wie... na eben, viel zu groß für ihn und die Frau!

Freilich, früher sind die vielen Möbelstücke dagewesen, die bauchige gelbe Kommode mit den verfluchten Verzierungen, die immerzu abbrechen und wieder angeleimt werden müssen; der Kleiderschrank mit den roten und blauen Blumen auf der oberen Leiste; die beiden alten Eichentruhen; das Kanapee und die „besseren“ Stühle... und jetzt stehen nur noch die drei wackligen „gewöhnlichen“ Sessel da, der Tisch und das eine der beiden Betten. Alles andere ist verkauft. Auch die Sonntagskleider aus dem Schrank und die Wäsche aus der Kommode.

Na ja, das leert schon ein Zimmer: eine kranke Frau und die sechste Woche ohne Arbeit!

Die sechste schon?

Nicht möglich!

Und er beginnt nachzurechnen:

„Das war...? Wann war das nur?! — Ach ja, Sonnabend nach den „Vierzig Märtyrern“ war das! Ja, ja!“

Volle achtunddreißig Tage liegt das jetzt

schon zurück, aber er erinnert sich jenes Sonnabends noch ganz genau.

„Als ob's heute wär!“

Am Montag nach den „Vierzig Märtyrern“ ist es im Sägewerk losgegangen, unten am Ende des Dorfes, wo die Landstraße über den Fluß setzt. Und am Sonnabend darauf haben sie auch in der Ziegelei, oben am Waldsaum bei den Lehmbrüchen, zum letztenmal gearbeitet.

Die Sägearbeiter fingen damals den Streik an, weil der Direktor ihnen an die Löhne wollte. Der Direktor war ein Deutscher, sprach das Tschechische holpzig und sichtlich mit Widerwillen. „Sie dort!“ pflegte er die Arbeiter zu rufen, oder „biann!“, — weil er sich nicht die Mühe nahm, die fremden Namen zu behalten. War's da ein Wunder, wenn er eines schönen Tages kurzerhand anschlagen ließ:

Ab Montag, den 22. d. M. gelten die bisherigen Lohnsätze mit einem zehnprozentigen Abschlag
Die Betriebsleitung

Auf dem Werk gab es kaum einen, der den Direktor nicht haßte. Sogar die Bauern im Dorf waren ihm nicht grün:

„Die Säge ist schon was Gutes, aber es sitzt nicht unser Mann dort! Der Kerl kann

ja den Dünger nicht riechen! Ist zu „fein“ für's Dorf!“

Die Abordnung, die mit ihm über die Lohnsache verhandeln wollte, warf er einfach zur Türe hinaus:

Eine Abordnung seien sie? Ach! — Von wem denn?! — Von der Organisation? — Ob sie vielleicht nicht wüßten, daß er keine Organisation anerkenne?! Hn?! — Organisation! Das wäre noch schöner, daß jemand sich in seine Befugnisse und Rechte einmische! — Oho! — Im Werk geschehe das, was er für gut und richtig halte. Das und nur das, verstanden?! — Er dulde keine Auflehnung gegen seine Verfügungen! Wo er Direktor sei, gebe es keine Rebellionen und Verschwörungen! — Wer sich seinen Anordnungen nicht bedingungslos fügen wolle... bitte!... es gebe Arbeitslose genug, die mit Vergnügen für einen noch viel geringeren Lohn arbeiten würden. — Die Löhne habe man gekürzt, weil sie im Verhältnis zur Leistung zu hoch gewesen seien. Wollten sie mehr verdienen, müßten sie eben mehr leisten. Punktum! Darüber gebe es kein Verhandeln, und sie könnten sich also alle Mühe sparen. — Im übrigen habe er keine Zeit. Guten Tag!

Als sie das erfuhren, stellten sie die Maschinen ab und liefen vor das Werk hinaus. Nur die zwei Meister blieben drinnen.

„Punktum?! — Oho!“

Als der Haufe bei dem kleinen, weißen Direktorhäuschen anlangte, fand er das Gartentor versperrt vor. Statt der Haustüre und der Fenster gab es graue, eiserne Rolläden.

„Was heißt das?!“

„Sind wir vielleicht Diebe?!“

Eine zweite Abordnung wurde nicht einmal vorgelassen.

Sie standen noch eine Weile vor dem verbarrkadierten Haus beisammen und schrien durcheinander. Natürlich wurde auch hinübergedroht zu den eisernen Rolläden. Auch ein Stein knallte gegen das Eisen, — aber das Ganze dauerte nicht lange, zehn Minuten oder eine Viertelstunde.

Dann zogen sie ab und zerstreuten sich, weil es mittlerweile spät geworden war. Die Maschinen nochmals anzulassen lohnte nicht mehr.

Am nächsten Morgen stauten sie sich vor dem verschlossenen Werktor.

Ueber der Klinks ein Zettel:

Mit gestrigem Tuge ist die gesamte Arbeiterschaft gekündigt. Die Arbeitsbücher sind in der Betriebskanzlei abzuholen, wo auch die Lohnreste ausgezahlt werden.

Wer arbeiten will, hat sich bei den Meistern zu melden, doch macht die Betriebsleitung ausdrücklich darauf aufmerksam, daß alle alten Verträge mit heutigem Tage ungültig sind und daß mit jedem Arbeitssuchenden gesondert verhandelt wird. Außerdem hat jeder Arbeitssuchende nachzuweisen, daß er nicht zu den Rädelführern des gestrigen Exzesses gehört.

Die Betriebsleitung

Keiner wußte, was das bedeutet: „Exzeß“, aber alle begriffen, daß man einigen an den Kragen und allen an Lohn und Rechte wolle. Sie blieben draußen. (Forts. folgt.)

Wirtschaft und Arbeit

Gewerkschaften im Kampf

Kapitalistische Krise —
Krise der Gewerkschaften?

Von einem Gewerkschaftsfunktionär.
Die Zuspitzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Krise erfordert eine schnelle Selbstverständigung von Partei und Gewerkschaften. Der Frankfurter Kongreß des ADGB hat, durch den Wirtschaftsaufschwung gezwungen, die These der Wirtschaftsdemokratie „suspendiert“ und der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsanarchie die Erlöseridee des Sozialismus gegenübergestellt. Den Weg zur Verwirklichung dieser Idee zu weisen, eine klare Taktik der gewerkschaftlichen Organisationen zu zeigen, ist dem Kongreß nicht gelungen.

Es erübrigt sich hier eine Darstellung der Strukturveränderungen der Wirtschaft. Die Entwicklung vom Klein- zum Großbetriebe, die Konzentration des Kapitals, die Funktionen des Finanzkapitals — dies sind altbekannte Tatsachen. Um so erstaunlicher ist es zu beobachten, eine wie wenig fortschrittliche Kampfweise selbst von der freigewerkschaftlichen Bewegung angewandt wird. Anstatt die hochkapitalistischen Tendenzen bei den Kämpfen der Arbeiterklasse in Rechnung zu stellen, hinken die Organisationen hinter der Geschichte nach. Sie lassen sich die notwendige Angleichung der gewerkschaftlichen Waffen an die moderne Klassenkriegerführung des Kapitals erst nachträglich und unvollkommen aufzwingen.

Dabei muß es sich in erster Linie handeln um das Prinzip einer einheitlichen gewerkschaftlichen Kampfführung auf breiter Basis. Heute haben die einzelnen Lokalgruppen der einzelnen Verbände je nach dem verschiedenartigen Geltungsbereich und Ablauftermin der Tarifverträge die lohnpolitischen Auseinandersetzungen zu führen. Ihnen steht die zentralisierte Macht der deutschen Unternehmer gegenüber. So ist es den Unternehmern ein leichtes, Kämpfe zu lokalisieren und Arbeitergruppe nach Arbeitergruppe niederzuwerfen. Erinnern wir uns an den Beginn der ersten Lohnabbauwelle: Dem Oeynhausener Schiedsspruch, bei dem die gesamte Macht des deutschen Unternehmertums gegen eine Arbeitergruppe eingesetzt wurde, folgte die Aktion der Berliner Metallindustriellen, nach deren Erfolg sich die Lohnabbauwelle durch sämtliche Wirtschaftszweige und Industrien Deutschlands fortwälzte.

Aus diesen Erfahrungen ergibt sich eindeutig die Notwendigkeit, zur Vermeidung der Zersplitterung des gewerkschaftlichen Kampfes die gleichen Ablauftermine für möglichst große Tarifgebiete zu erstreben. Damit wird die ganze gewerkschaftliche Kraft gegen die Angriffe auf das Tarifrecht und das Lohnniveau eingesetzt.

Die Erfolgsmöglichkeiten gewerkschaftlichen Kampfes hängen aber heute nicht mehr nur von den im Betrieb stehenden Arbeitern ab. Mit allen Mitteln muß versucht werden, zu verhindern, daß das Massenheer der Erwerbslosen gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgespielt wird. So wichtig auch die Sorge um die Erhaltung des Existenzminimums der Erwerbslosen ist, darf nicht die Notwendigkeit der Eingliederung und Nutzbarmachung der erwerbslosen Millionen für den Kampf des Proletariats außer acht gelassen werden.

Wie einleitend bemerkt, steht die traditionelle Auffassung im Herumwerfen des Steuers der Gewerkschaftsführung hindernd im Wege. Weite Kreise in Partei und Gewerkschaften sind heute durch die reale ökonomische Entwicklung in dieser übernommenen Auffassung wankend geworden. Wir waren immer stolz darauf, in Erkenntnis der ökonomischen und politischen Zusammenhänge bewußt einem bestimmten Ziele zuzustreben. Daß diese Bewußtheit der heutigen geschichtlichen Situation zu einer Kursänderung führt, ist dringendstes Erfordernis des Tages — sonst wird die kapitalistische Krise die Krise der Gewerkschaften!

Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen

Gehaltsabbau und Leistungssteigerung im Einzelhandel

Die Forschungsstelle für den Handel in Berlin hat vor einiger Zeit Aufsehen erregende Zahlen über das Personal im Handel veröffentlicht, über die die bürgerliche Presse, wie nicht verwunderlich, schweigend hinweggegangen ist. Die FfH stellt nämlich fest, daß trotz starker Senkung der Personalkosten die Leistungen nicht gesunken, sondern sogar beträchtlich gestiegen sind! Die absoluten Personalkosten sind um 2 1/2 bis 10 Prozent gegen 1930 zurückgegangen; die Einsparungen sind vornehmlich auf Kosten des weniger qualifizierten und gering bezahlten Personals vorgenommen worden. Die Ermittlungen des ZfA haben diese Feststellungen bestätigt. Darüber hinaus sind aber auch die Gehälter der in den Betrieben verbliebenen Angestellten rapid herabgesetzt worden, und zwar sowohl durch

Tarifsenkungen wie durch Abbau der über-tariflichen Zuschläge wie vor allem durch Eingruppierung der wehrlosen Angestellten in niedrigeren Tarifgruppen. Allein der Abbau der Tarifgehälter brachte eine Einkommensenkung um 6 Prozent seit Anfang des Jahres. Darüber hinaus gingen die Gehälter infolge von Um-tarifierungen und Streichung von Zulagen um weitere 12 bis 14 Prozent zurück!

„Der Rückgang des Umsatzwertes darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Betriebsbeanspruchung bei weitem nicht in demselben Maße vermindert worden ist.“ Das beweist die FfH durch eine Tabelle, deren genaues Studium den Gewerkschaften wärmstens ans Herz gelegt sei. Hier ist sie:

Personalstand, Personalleistung und Personalkosten in einigen Einzelhandelszweigen (1. Halbjahr 1931 gegen 1. Halbjahr 1930).

Handelszweig	Personalzahl		Umsatz je		Kundenzahl je		Personalkosten
	beschäft. Personen	Verkaufskräfte	beschäft. Pers.	Verk.-kraft	beschäft. Pers.	Verk.-kraft	
	in Proz. der entsprechenden Verjahrszahlen						
Textilwaren	93,8	94,2	87,2	86,8	101,7	101,8	93,4
davon:							
Textilkaufhäuser	90,9	89,4	89,4	90,9	106,9	108,7	91,2
Wäsche	94,7	95,3	86,5	85,9	92,9	92,3	95,5
Posamentierwaren	100,0	98,0	72,5	74,0	83,0	84,7	94,2
Schuhe	93,8	92,1	93,9	95,7	105,0	106,9	97,4
Glas, Porzellan	91,4	91,1	85,9	86,2	100,0	100,3	90,1
Eisenwaren	94,1	94,2	86,6	86,5	102,6	102,4	95,6

Die Personalzahlen sind sonach überall stark gefallen, ebenso die Personalkosten; dafür sind die von jeder beschäftigten Person bzw. jeder Verkaufskraft bedienten Kunden zahlenmäßig gestiegen. Vom einzelnen Beschäftigten wird eine höhere Arbeitsleistung als im Vorjahr bei schlechterer Bezahlung verlangt. Mit Recht weist die FfH darauf hin, daß im Vergleich zu den Kundenzahlen in den meisten Handelszweigen — wir haben die Tabelle nur auszugsweise wiedergegeben — die Personalkosten noch stärker gesenkt worden sind, als es dem Rückgang des Beschäftigungsgrades entsprechen würde. So gingen z. B. im Textileinzelhandel die Personalkosten um 6,6 Prozent zurück, während die Kundenzahl je beschäftigte Person um 1,7 Prozent stieg. Im Schuhwarenhandel gingen die Personalkosten um 2,6 Prozent zurück, die Kundenzahl je beschäftigte Person, also die Arbeitsleistung, stieg um 5,0 Prozent gleichzeitig. Bei den

Textilkaufhäusern steht einem Rückgang der Personalkosten um 8,8 Prozent eine Leistungssteigerung um 6,9 Prozent gegenüber.

Die Unternehmer, die die Errungenschaften betriebswirtschaftlicher Forschung stets lebhaft begrüßten, werden sicher jetzt nicht einverstanden sein, wenn ihnen vorgerechnet wird, daß der angeblich ungenügende Lohnabbau tatsächlich schon über das „erforderliche“ Maß hinausgegangen ist. Wobei das Unternehmertum konsequenterweise als erforderlich den Lohnabbau bezeichnen müßte, der die Personalkosten dem Beschäftigungsgrad anpaßt. Wir sind gespannt, ob der Einzelhandel, speziell der Großbetriebe, nunmehr die Gehälter der gestiegenen Leistung nach oben anpassen wird. Nein, wir sind gar nicht gespannt, denn wir wissen nur zu gut, daß jetzt die Parole ausgegeben werden wird: Anpassung der Gehälter an die Umsatzschwankungen, nicht an den Beschäftigungsgrad.

Sportschau der SAZ

Ein Sonntag im Zeichen der Waldläufe

Zum heutigen Sonntag haben die Arbeiter-Sportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Groß-Berlins zu den regelmäßig wiederkehrenden Bezirkswaldläufen aufgerufen. Man hat längst erkannt, daß es im Interesse der Breitenarbeit unbedingt wichtiger ist, diese Waldläufe nach Möglichkeit in die äußeren Bezirke zu verlegen, um dadurch allen Bezirksvereinen die Möglichkeit zur Werbung auf breiter Basis zu geben. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins, so weit sie noch in der Lage ist, unter den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen den Sonntag dazu zu benutzen, um nach außerhalb zu fahren, wird in Sadowa, in den Rehbergen, in Falkensee und im Grunewald interessante und spannende Kämpfe zu sehen bekommen.

Auch in den entfernter gelegenen Orten wie Falkensee, Brandenburg, Rathenow und Luckenwalde tragen die Organisationen ihre Bezirkswaldläufe aus.

Das Hauptinteresse wird sich zweifellos auf die Austragung des Waldlaufs in Sadowa konzentrieren. Hier treffen u. a. die bekannten Berliner Leicht-Athletik-Vereine, wie ASC, Ostring, Köpenick und Wildau, zusammen, und es wäre verfehlt, vorderhand bereits den Sieger zu nennen; obgleich nicht

zu verkennen ist, daß an Hand der Ergebnisse des Sommers auf der Aschenbahn für den ASC ein kleines Plus vorhanden ist, zumal der ASC mit den bekannten Mittelstrecklern Huwe und E. Braun am Start erscheint. Ostring dagegen hat ebenfalls seine besten Läufer, wie Kintscher und Kittler, zur Stelle.

Einen besonderen Anreiz bieten für diesmal die Spielermannschaften, die ebenfalls in allen Bezirken in achtbarer Zahl ihre Meldungen abgegeben haben.

Der Start aller Bezirkswaldläufe ist auf 15 Uhr festgelegt.

Im Rahmen der Veranstaltung des ersten Bezirks in der Wuhlheide bei Sadowa findet gleichzeitig, veranstaltet von den Arbeiter-Photographen, eine sehenswerte Sportbilderausstellung statt.

Fahrtverbindung dorthin: Straßenbahn 87, 95, 187 bis Sportrestaurant. Sadowa, an der Wuhlheide 260, oder Stadtbahn bis Wuhlheide.

Wir rufen die Arbeiterschaft Groß-Berlins auf, diese Veranstaltungen nach Möglichkeit zu unterstützen, um dadurch gleichzeitig im Interesse des Arbeitersport-Gedankens zu werben.

Fußballspiele am heutigen Sonntag

Beginn der ersten Männer-Mannschaft 15 Uhr, vorher 2. Mannschaft 13 Uhr 15.

- Kreis-Klasse A, 1. Mannschaft.
- Osten—Herzfelde
 - Hoppegarten—Storkow
 - Normannia—Selchow
 - ASV. Neukölln—Dtsch. Wusterhausen
 - Oberspree 2—Brit 88, 2
- II. Bezirk.
- Blankenburg—Vorwärts Wandsdorf—Adler Bez.
 - Hansa—Zehdemck
 - Eintracht—Freie Scholle
 - Weißensee—Saxonia
- IV. Bezirk A, 1. Mannschaft.
- Schöneberg—Wilmersdorf
- IV. Bezirk A, 2. Mannschaft.
- Niemegk—Waltersdorf
 - Treuenbrietzen—Ruhlsdorf
- III. Bezirk. Entscheidungsspiele.
- Staaken I—Eintracht II

Die Handball-Spiele fallen infolge der Bezirks-Waldläufe beinahe ausschließlich aus.

Winter-Sport.

Ski-Trocken-Kurse des 1. Kreises werden abgehalten: Neukölln: Schule Donaust. 120,

Geschäfte . . .

Der Unternehmerpresse in der Textilwirtschaft geht es nicht gerade gut. Der reiche Inseratensegen ist zusammengeschrumpft, und nun sucht man das gesteigerte Risiko möglichst schnell los zu werden. Deshalb hat jetzt die Union Deutsche Verlagsgesellschaft den Verlag Schottländer abgestoßen, der vor allem die Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser den Konfektionär herausgibt. Die neuen Eigentümer, frühere Angestellte des Union-Verlags in leitender Stellung, haben zunächst in großzügiger Weise ihre soziale Gesinnung bewiesen und dem Personal auf alle Fälle gekündigt. Da nun wurden zahlreiche Kündigungen wieder zurückgenommen, nicht ohne entsprechende Gehaltskürzungen. Dennoch wird sich dieser Tage die Belegschaft mit den früheren Kollegen in leitender Stellung vor dem Arbeitsgericht treffen, weil diese jetzigen Inhaber die übrigen Angestellten, deren Kündigung noch läuft, anscheinend müde machen wollen, auf alle Bedingungen einzugehen. Soweit ist das einer der täglichen Fälle.

Nun verlautbart aber ein weiteres, was nachzuprüfen noch nicht möglich war. Nach den gescheiterten Fusionsverhandlungen mit der Textilzeitung soll ein Vertrag mit der . . . Phönix-Illustrationsdruck- und Verlags-GmbH. abgeschlossen worden sein, die bekanntlich in der Lindenstraße 8 einen nicht nur äußerlichen Konnex zum „Vorwärts“, der Konzentration und der SPD unterhält. Man berichtete uns, daß — nach Ablauf oder Kündigung des gegenwärtigen Druckvertrags mit Otto Elsner — die Phönix-Gesellschaft den Druckauftrag erhalten soll, weil sie sich vertraglich zur Finanzierung des Schottländer-Verlags bereit erklärt habe! Wenn diese, aus zweifellos gut unterrichteter Quelle stammende Nachricht zutrifft, würde es uns lebhaft interessieren, ob im Hintergrund des Finanzierungsvertrags nur SPD-Gelder oder auch Gewerkschaftsgelder stehen, würde es uns lebhaft interessieren, ob die Arbeiterbank durch ihren Geheimrat dieses Geschäft sanktioniert hat oder welche, vom Reich garantierte Bank dahintersteht. Gewiß würde eine Verschmelzung, eine Ausschaltung wirtschaftlicher sein, gewiß würde sie andererseits zahlreiche Arbeitskräfte freisetzen, aber da heutzutage das Geschäfts- und Unternehmerrisiko sowieso schon sozialisiert ist, hätten die dann frei werdenden Arbeitskräfte durch geringere Unterstützungen usw. letzten Endes doch die Kosten der verfehlten, weil überflüssigen Fortsetzung zu tragen. Ist der Kredit zum Druckauftrag wieder mal . . . das kleinere Übel? Das Risiko, kreditiertes Geld und Druckauftrag zu verlieren? Oder sollte man nicht doch lieber darauf verzichten, den Konzentrierungs- und Reinigungsprozeß in der Wirtschaft, noch dazu anscheinend mit Mitteln der Massen aufzuhalten?

Wer bezahlt den „Wirtschaftsbeirat“?

Unzweifelhaft muß die Reichsregierung sich von Sachverständigen beraten lassen. Die Reichsverfassung sieht zu diesem Zwecke vor allem die Bildung eines Reichswirtschaftsrates vor. Der Reichswirtschaftsrat hat uns im Rechnungsjahr 1930 allein 136 000 M. Aufwandsentschädigung gekostet. An die Reichsbahn waren für Freikarten ferner 257 000 M. zu zahlen. Insgesamt kostete uns der Reichswirtschaftsrat 678 000 M. Der Reichswirtschaftsrat besitzt auch einen organisatorischen Apparat. Es würde uns interessieren, wie weit dieser Apparat, selbst wenn sein Schlummerdasein unangenehm unterbrochen sein sollte, für den jetzigen „Wirtschaftsbeirat“ der Reichsregierung nutzbar gemacht worden ist, aus welchen Mitteln dieser Beirat überhaupt und in welcher Höhe entschädigt wird, und welche besonderen bürokratischen Ausgaben zusätzlich entstanden sind?

Die Lohnabbauwelle

Kündigung des Lohnabkommens in der Metallindustrie Nordwest.

Arbeit-Nordwest hat das laufende Lohnabkommen zum 30. November d. J. gekündigt. Die zurzeit geltende Lohnvereinbarung, die eine Herabsetzung des Tarifstundenlohnes um 8 Pfennig brachte, ist am 1. August in Kraft getreten und erstmalig zum 30. November kündbar.

Gehaltskündigung im Ruhrrevier.

Der Zechenverband hat wegen der schlechten Wirtschaftslage die ab 1. Oktober d. J. gültigen Vereinbarungen vom 14. Oktober über Gehälter und soziale Zulagen der technischen und kaufmännischen Bergbauangestellten zum 30. November d. J. gekündigt, d. h. zu dem gleichen Tage, zu dem auch die Löhne der Bergarbeiter gekündigt worden sind.

Verbindlichkeitserklärung im Reichsbahnlohnstreit

Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist der Schiedsspruch vom 27. Oktober 1931 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Formwandlungen der Diktatur in Jugoslawien

Von Klaus Zweiling

König Alexander liebt die Nacht. In der Nacht vom 2. zum 3. September verkündete er durch Maueranschlag, daß er „seinem Teuren Volk“ die Verfassungsrechte wieder gebe, die er ihm in der Nacht vom 5. zum 6. Januar 1929 geraubt hatte. Allerdings: nicht die selbe Verfassung!

Deutschland, das jetzt einen eigenen Kursus über Verfassungsfragen durchmacht, tut gut daran, diese Wandlungen im Verfassungsleben Jugoslawiens aufmerksam zu verfolgen.

Vor allem ist der König weiter die verfassungsrechtlich ausschlaggebende Instanz geblieben. Das Einkammersystem der alten Verfassung wurde umgewandelt in ein Zweikammersystem. Zur Verabschiedung eines Gesetzes ist nunmehr die Zustimmung beider Kammern, des Parlaments und des Senats erforderlich. Vom Senat aber wird nur die Hälfte der Abgeordneten gewählt, die andere Hälfte — ernannt der König. Daß er überdies Einwirkungsmöglichkeiten genug besitzt, um stets einige der gewählten Senatoren durch Druck oder Versprechungen auf seine Seite zu ziehen, ist selbstverständlich. Scheitert aber ein Gesetz in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden beidemal daran, daß Kammer und Senat sich nicht einigen, so — entscheidet der König.

Wahlen unter der Aufsicht der Gendarmerie, die ein gefügiges und brutales Werkzeug in den Händen der Krone ist (solange diese die Gehälter zahlen kann) und ein Parlament, das in seinen Entschlüssen von einem Senat abhängt, der willenslos dem König ausgeliefert ist: ein König, der in letzter Instanz entscheidet — das ist ungefähr das Gegenteil von Demokratie. Es bleibt die Diktatur, und die einzige reale Wandlung in ihrer bisherigen Form ist die Vorschaltung einer parlamentarischen Hemmung vor den absoluten Willen des Königs. Die Funktion des Parlaments aber beschränkt sich praktisch auf Beratung.

Das innere Problem des Jugoslawischen Königreichs stellt sich oberflächlich dar, als ein „nationaler“ Gegensatz von Serben und Kroaten. Die Mehrheit des Parlaments, die Regierung — das war Serbien; die Opposition, kämpfend um Gleichberechtigung, ja um Autonomie — das war Kroatien. Diese Formulierung erschöpft zwar noch nicht die ganze Vielgestaltigkeit der Spannungen (z. B. standen die Slowenen in den meisten Fällen an der Seite der Kroaten), doch gibt sie den Kern.

Hinter diesem scheinbaren Stammesgegenstand verbirgt sich jedoch ein wirtschaftliches Ausbeutungsverhältnis. Kroatien (ähnlich Slowenien) — seit vielen Jahrhunderten unter ungarischer Herrschaft und selbst eines der entsetzlichen Opfer der Stephanskronen — war in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weit dem serbischen Gebiet voraus. Vor allem der Straßen- und Bahnbau, den die kapitalistisch-militärischen Bedürfnisse der Habsburger Monarchie erforderten, trug zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes bei. Das bäuerliche Privateigentum am Grund und Boden ist seit vielen Generationen festgewurzelt, und auf ihm aufgebaut ein relativ ertragreiches Steuersystem. Dagegen sind die serbischen Gebiete verkehrstechnisch sehr wenig erschlossen. Die Bauernwirtschaft war noch vor relativ kurzer Zeit auf der patriarchalischen Großfamilie aufgebaut, einem Rest uralter Gentilorganisation, der den altgermanischen Markgenossenschaften nahe verwandt war. Die Folge dieser beiden Tatsachen ist, daß in Serbien noch heute in weiten Strecken keine modernen Ansprüche genügende, exakte Vermessung des Grund und Bodens vorliegt und damit eine wesentliche Grundlage für ein fundiertes Steuersystem fehlt. Andererseits aber bedarf gerade das serbische Gebiet ganz besonderer Aufwendungen zu seiner verkehrstechnischen und sonstigen wirtschaftlichen Erschließung.

Das Ergebnis dieses wirtschaftlichen Mißverhältnisses ist die Empörung der kroatischen Bauernschaft darüber, daß erhebliche Steuerbeträge, die dem bis zum letzten Quadratzentimeter Boden zur Steuer herangezogenen Kroaten entstammen, zur Entwicklung Serbiens verwandt werden, während die theoretische Steuerpflicht der serbischen Bauern oft praktisch gar nicht kontrollierbar ist. Auf der anderen Seite hat die serbische herrschende Schicht dank der zahlenmäßigen Ueberlegenheit der Serben sich in Militär und Bürokratie unverhältnismäßig breitgemacht.

Diese der Entwicklung der Bauernwirtschaft entspringenden Verhältnisse sind für die jugoslawische Politik ausschlaggebend, da die Industrie — Bergwerke und einige Großbetriebe in den wenigen industriellen Zentren und großen Hafenstädten — und mit ihr das Proletariat nur in geringfügigen Anfängen vorhanden sind.

In der historischen Richtungs- und Instinktosigkeit aller Bauernparteien hatte die radikale kroatische Bauernpartei Alexanders Staatsstreich im Januar 1929 unter-

stützt in der völlig unbegründeten, aber durch doppelzüngige Versprechungen genährten Hoffnung, daß die Diktatur der Krone das zahlenmäßige Uebergewicht der Serben zugunsten der Kroaten korrigieren würde. Die Enttäuschung kam mit der Auflösung aller kroatischen Parteien und der Zerstückelung der alten historischen Landschaften und ihrer willkürlichen Neugliederung in Banate, die kreuz und quer die alten Stammesgrenzen durchschneiden.

Damit sollte die politische Kraft der kroatischen Bauern für alle Zukunft gebrochen werden. Zum Ueberfluß machte die neue Verfassung auch die Selbstverwaltung dieser künstlichen Banate zuschanden, indem der einflußreiche oberste Verwaltungsbeamte, der Banus, nicht gewählt, sondern vom Ministerpräsidenten ernannt und obendrein die Finanzgebarung der Banate von der Zustimmung des Belgrader Finanzministeriums abhängig gemacht wird.

Um die politische Sammlung der kroatischen Bauern aber völlig unmöglich zu machen, verbietet die von Alexander oktroyierte Verfassung ausdrücklich die Bildung von Parteien und Vereinen auf der Grundlage der

Oberleutnant Matuschka

Für den gesunden Menschenverstand war es schon nach den ersten Meldungen ziemlich klar, daß bei den Eisenbahnattentaten von Jüterbog und Bia-Torbagy ein Irrsinniger seine Hand im Spiel gehabt haben mußte. Währenddessen fahndeten die „Fachleute“ (Kriminalisten und Journalisten) nach politischen Motiven und politischen Tätern. Je nach der politischen Einstellung der „Fachleute“ wurden rechts- oder linkspolitische Organisationen verdächtigt. Und ein paar Kommunisten wurden auch verhaftet. (Kommunisten werden immer bedeutend schneller verhaftet als die Nazis und ihre Anhänger.)

Nun hat der gesunde Menschenverstand recht behalten: Herr Matuschka ist ohne Zweifel verrückt. Aber was für eine Art von Verrücktheit ist das? Religiöser Wahnsinn? Erotischer Wahnsinn? Politische Verrücktheit?

Die Fachleute (in diesem Fall die Fachleute des Wahnsinns, die Pathologen) beginnen schon wieder, sich zu streiten. Und wieder ist Herr Matuschka für den einfachen, gesunden Menschenverstand gar kein so großes Problem. Er ist ein Sadist. Und ein Sadist ist Sadist, nicht aus politischen oder religiösen Gründen, sondern immer aus erotischen Motiven, aus pathologischer, krankhafter Veranlagung. Ob Matuschka seinen Gelüsten ein religiöses oder politisches Mäntelchen umhängt, ob sich ihm seine sadistische Veranlagung mit religiösen oder politischen Wahnsinn vermischt, das ist uns gänzlich gleichgültig. Wir wollen auch nicht „Rache und Vergeltung“. Ein Todesurteil macht niemals irgend etwas wieder „gut“. Was wir wollen, das ist Klarheit: Was für eine Rolle spielt der Sadiasmus, was für eine Rolle spielt ein Sadist, wie dieser Herr Matuschka, im gesetzlich geregelten, alltäglichen, bürgerlichen Leben, wenn er keine Eisenbahnattentate und Massenmorde, keine ganz offenkundigen Verbrechen begeht? Was tut ein Sadist, wie Herr Matuschka, wenn er legaler Weise Macht hat, wenn er „Vorgesetzter“ ist? Wenn er Chef, Vorsteher, Generaldirektor, irgendein Beamter, Richter, Staatsanwalt, Polizist, Gefängnisaufseher oder gar Soldat, Unteroffizier, Offizier ist?

Der Massenmörder Matuschka war Offizier! Er war Oberleutnant im Kriege. Und darüber hinaus war er ein wichtiges und tätiges Mitglied der weißgardistischen Räuber- und Mörderbanden des „neuen“ Ungarn, die in der Hauptsache aus Offizieren bestanden.

Wie er dort „gewirkt“ hat, das hat einem seiner eigenen Kameraden erzählt. Arbeiter sollen entworfen werden, von denen unser Gewährsmann (ein „weißer“ Offizier) selber sagt: „Sie waren recht harmlose Leute. Die sollten wir entwaffnen — vorausgesetzt, daß sie überhaupt Waffen besaßen.“

Er erzählt dann weiter:

„Am Morgen ging ich ins Lager und traf einen Oberleutnant und Zugkommandanten. Der erzählte mir utrahend, daß er am Abend, als er in die Baracke 9 eintrat, sofort reinen Tisch machte. — Ich habe nicht viel Federlesens gemacht, sondern habe sofort schlafen lassen. Und er führte mich in die Baracke, deren Fußboden mit Blut besudelt war. — Ich legte elf Tote ... mit Decken verhält. Der Oberleutnant hob die Decken nacheinander auf und zeigte mir nacheinander die Leichen, die von vielen Kugeln durchbohrt waren.“

Dieser Oberleutnant, der elf wehrlose Menschen im Schlaf überfiel und ermorden ließ, der gegen jeden Befehl das Blutbad im Ehemann-Lager veranstaltete, war der Oberleutnant Karl Sylvester Matuschka.

Und er zeigte seine Opfer nicht nur mir — er zeigte sie allen Offizieren, die sich gleich mir mit Abscheu von ihm abwandten.

Das Blut schien ihm Vergnügens gemacht zu haben. Ich werde niemals den feierglänzenden Blick vergessen, mit dem er die Leichen und die tödlichen Wunden zeigte, aus denen noch das Blut ranz ...

So „wirkte“ Matuschka. So wurden „Ruhe und Ordnung“ in Ungarn „wiederhergestellt“. Auf den sadistischen Mordtaten solcher Bestien, wie dieser Matuschka eine war,

Stämme und Konfessionen. Dabei ist zu beachten, daß die Scheidung von Kroaten und Slowenen auf der einen, Serben auf der anderen Seite sich im wesentlichen deckt mit der Scheidung von römisch-katholischer und griechisch-orthodoxer Religion.

Der Gegensatz, dessen politischer Ausdruck so mit allen Mitteln verhindert werden soll, ist aber gerade das gegenwärtige soziale Zentral-Problem Jugoslawiens. Man versteht, wenn unter diesen Umständen die meisten der alten Parteien sofort nach der Oktroyierung der Verfassung die Frage erörtern, ob sie sich überhaupt an den Wahlen beteiligen sollten. Die kroatische Opposition erklärte sogar, daß „nur ein Aufblühen der alten Kämpfe übrig bleibt“, und es ist sehr leicht möglich, daß auf die Dauer diese Kämpfe die früheren an Heftigkeit weit übertreffen werden.

Es bleibt die Frage: Was wollte Alexander überhaupt mit dieser seltsamen Sorte „Demokratie“?

Es scheint, daß er sich in stärkerem Maße als bisher auf eine Klasse stützen will, die sozial in Jugoslawien erst im Entstehen begriffen ist: auf die Bourgeoisie. Die neue Verfassung schafft nämlich auch einen Wirtschaftsrat, der — wie die Meldungen sagten — „in Wirtschaftskreisen mit großer Befriedigung begrüßt“ wurde. Auf diesem Wege soll scheinbar der zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallende Einfluß des Großkapitals künstlich verstärkt werden. Und hier hat man auch einen Hinweis auf die wahren

(aber nicht die einzigen!) wurde das „neue“ Ungarn aufgebaut, das Ungarn des Herrn Horthy und des späteren Briand Europäers Herr Bethlen (mit dem Briand und Stresemann in Genf an einem Tische saßen), während Matuschka sich von dem gestohlenen, erpreßten, durch Mord erworbenen Geld ganz unbehelligt eine Villa und eine Fabrik kaufen konnte.

So sieht das „neue“ Ungarn, so sieht das „neue“ Europa der „Ruhe und Ordnung“ aus! Oben die regierenden Herren, die Vertreter und Beschützer der „Ruhe und Ordnung“, unten die „Matuschkas“ (erst Offizier, dann „weißer“ Offizier und Mörder, dann Fabrik- und Villenbesitzer), diese „Matuschkas“, die die europäische Ruhe und Ordnung „wiederhergestellt“ haben. In Ungarn heißen sie Matuschka, bei uns in Deutschland Killinger, Fahlbusch, Oberleutnant Schulz usw., eine lange Reihe. Und wenn der Sadiasmus dieser Herren in „ruhigen“ Zeiten noch nicht bis zu sinnlosen Eisenbahnattentaten geführt hat, so wissen wir doch, daß sie alle immer wieder „unruhige“ Zeiten herbeisehnen, um ihren blutigen Machtgelüsten freien Lauf lassen zu können. Und wir wollen nun dafür sorgen, daß sie die Kameradschaft ihres Mordkameraden Matuschka, mit dem zusammen, Hand in Hand, sie „gearbeitet“, d. h. gemordet und die „Ruhe und

Lohnabbau in der Seefahrt und Hochseefischeret

Der vom Arbeitsminister für verbindlich erklärte Schiedsspruch in der Seefahrt — 13 Prozent Heuer-Abbau, 20 Prozent Abbau der Ueberstundenätze und des Pflegegeldes, Urlaubsverkürzung, zusätzliche Arbeitszeitverlängerung ohne Vergütung usw. — hat bei den Seeleuten, die ihre schwere und gefährliche Arbeit unter einer alten, wilhelminischen Seemannsordnung von 1902 verrichten, die Erbitterung zur Siedehitze gesteigert. Die Erwerbslosigkeit unter den Seeleuten ist riesengroß, rund 15 000 werden allein in Hamburg-Altona gezählt. Der durch nichts gerechtfertigte Schiedsspruch in der Seefahrt läßt nun natürlich auch die Reeder in der Hochseefischeret nicht ruhen, sie verlangen jetzt eine Angleichung der Heuern auf den Stand von 1927, das bedeutet einen Abbau von 23 Prozent. Eine schändliche Forderung, wenn man bedenkt, daß die Fischdampfer fast das ganze Jahr beschäftigt sind (bis auf wenige Monate in heißen Sommern) und von der Wirtschaftskrise fast ganz verschont geblieben sind. Dabei ist in diesem Frühjahr erst ein 5 1/2-prozentiger Abbau der Heuern erfolgt. Die ganze zusammengeballte Macht muß eingesetzt werden. —ich.

Matrosen in Rechtsnot

Ueber der Ostsee hält ein Mann im Flugzeug Ausschau. Sucht er nach Schiffen in Seenot?

Von Rußland fahren Schiffe nach Kiel, Lübeck, Königsberg, an der Reede warten erregte Männer. Polizeiaufgebot! Heimatssehnsucht? Wiedersehensfreude?

In russischen Häfen haben etwa 500 Matrosen gestreikt. Die Seemannsordnung vom Jahre 1902 kennt kein Streikrecht, sondern nur Meuterei, selbst wenn der Streik, wie es hier gewesen ist, nicht auf hoher See, sondern im Hafen erfolgt. Mit riesigem Aufgebot wird nun das Recht exekutiert. Polizeiflieger suchen die Schiffe, Kriminalpolizei empfängt mit Polizeibooten die inzwischen durch Rundfunk verständigten Schiffe. Während der Einfahrt werden an Hand der Aussagen der Schiffsoffiziere die „Schuldigen“ festgestellt und nach einer Voruntersuchung von 15 Minuten verhaftet und an Land gebracht.

An Land wird Tag und Nacht am laufenden Band gerichtet. Mit Schnelligkeitsrekord

Vater dieser Verfassung. Die Bourgeoisie braucht wenigstens den Schein des Parlamentarismus, um einen kreditfähigen Staat als Rahmen ihrer Entwicklung zu schaffen. Der Sorge Frankreichs um die Sicherstellung seiner zahlreichen Kredite in Jugoslawien ist man entgegengekommen, um neue Kredite aus dieser einzigen heute noch praktisch unerschöpflichen Kreditquelle bekommen zu können. Die Bourgeoisie braucht aber auch den ungeteilten jugoslawischen Staat, als Einheit gefestigt, um ein genügend weites und reiches Feld ihrer Entwicklung sicherzustellen.

So scheint die persönliche, auf Militär und Beamtenkörper gestützte Diktatur Alexanders sich zu einem Werkzeug der bürgerlichen Klassendiktatur zu wandeln, die wiederum nur den Boden für eine rasche Entwicklung der kapitalistischen Industrie in Jugoslawien schaffen wird. Diese Entwicklung wird auf Kosten der breiten Bauernschichten gehen müssen, der serbischen nicht minder als der kroatischen. Wird die neue Diktatur Alexanders, was sie zu werden verspricht: ein mächtiger Hebel kapitalistischer Entwicklung, so wird sie aber gleichzeitig ein mächtiger Hebel der Entwicklung des Proletariats. Hinter den Kämpfen der Serben und Kroaten, die die nächste Zukunft aus dem Dunkel der Verschwörungen und Attentate wahrscheinlich wieder ans Licht heben wird, bereitet sich so eine neue, ganz anders gearbete Klassenfront vor, die auch neue soziale Kampfbedingungen und damit neue Aufgaben für die jugoslawische Arbeiterklasse bringen wird.

„Ordnung“ wiederhergestellt haben, — daß sie diese noble Kameradschaft nie wieder abschütteln können. Zusammen gefangen, zusammen gehalten! Sie sind zwar noch nicht gefangen, aber sie sind Blut von seinem Blut und Geist von seinem Mordgeist.

Aber es gibt noch eine andere Frage: Wie hat ein Sadist wie dieser Matuschka im Weltkrieg sich ausgetobt? Er war nur Oberleutnant. Was hätte er getan, wenn er General gewesen wäre? Und Matuschka war ganz gewiß nicht der einzige Sadist, der im Kriege, als Offizier, Gelegenheit hatte, ganz „legal“ seine sadistischen Blutträume in die blutige Wirklichkeit zu übersetzen, — nicht als Sadist erkannt und verabscheut, sondern als tapferer Held gepriesen und ausgezeichnet.

Der Herr Oberleutnant Matuschka diente in der österreichischen Armee und hat infolgedessen die österreichische Tapferkeits-Medaille. Bei uns in Deutschland hätte er sich natürlich das Eisenerz Kreuz für „tapferes Verhalten“ bekommen und, da er Oberleutnant war, die „erste Klasse“.

Wir wollen damit nicht etwa behaupten, daß alle Offiziere Sadisten waren. Aber man kann sich seine Offiziere nicht aussuchen. Und die schlechten Offiziere hatten im Kriege es leichter, ihre Bosheit „an den Mann“ zu bringen, als die guten Offiziere ihre Güte,

den wird verhandelt und verurteilt. Autos stehen bereit, die Verurteilten ins Gefängnis zu bringen.

Es ist eine Freude, zu sehen, wie der Apparat der Gerechtigkeit prompt funktioniert. Vom Augenblick, wo am Horizont das scharfe Glas des Flugzeugpiloten das Schiff erspäht, bis zum Augenblick, wo der Verurteilte im Auto zum Gefängnis rollt, vergehen nur wenige Stunden. Dazwischen liegt die Justiz. Nur die Menschenrechte bleiben draußen; sie würden den reibungslosen Ablauf des Verfahrens nur hemmen.

Ein gescheiter Beschluß

Die englische Eisenbahngewerkschaft streicht Thomas Pension.

London, 30. Oktober.

Als Thomas seinerzeit bei der Bildung der Nationalregierung das Staatssekretariat für die Kolonien übernahm und seine Stellung als Generalsekretär der Eisenbahngewerkschaft aufgab, hatte der Vollzugausschuß dieser Gewerkschaft bekanntlich beschlossen, seine Pension zu streichen. Thomas legte bei den Vertretern der Gewerkschaft gegen diesen Beschluß Berufung ein. Die heutige Konferenz der Gewerkschaftsvertreter, auf der Thomas die von ihm eingenommene Haltung verteidigte, billigte den Beschluß des Vollzugausschusses. Thomas verliert somit seine Pension, die sich auf mehr als 500 Pfund Sterling im Jahre belaufen hätte.

Mitteilungen des Parteivorstandes der SAP

Richtlinien für den Schutz und für die kommunalpolitische Arbeit

hat der Parteivorstand der SAP beschlossen und an die Bezirksleitungen zum Weitervertrieb verschickt.

Alle Materialien, also auch diese Richtlinien, gehen künftig den Ortsgruppen von der Bezirksleitung zu. In den Fällen, wo Ortsgruppen die Richtlinien nicht erhalten, wenden sie sich an die zuständige Bezirksleitung. Nur in den Bezirken, in denen noch keine Bezirksleitung ist, fordern vorhandene Ortsgruppen das Material direkt vom Parteivorstand in Berlin.

Der Parteivorstand der SAP.

Mutterns Hände

Hast uns Stullen jeschnitten
un Kaffe jekoht
un de Töpfe rübajeschohn —
un jewischt un jenüht
un jemacht un jedreht ...
alles mit deine Hände.

Hast de Milch zudeckt,
Uns Bonbons zusteckt
un Zeitungen ausjetragen —
hast die Hemden jezählt
un Kartoffeln jeschält ...
alles mit deine Hände.

Hast uns manches Mal
bei großen Schkandal
auch 'n Kutzenkopp jeeben,
Hast uns hochjebracht.
Wir wahn Sticker acht,
sehse sind noch am Leben ...
alles mit deine Hände.

Heiß warn se un kalt,
Nu sind se alt.
Nu bist du bald am Ende.
Da steh wa nu hier,
und denn komm wir bei dir
und treicheln deine Hände.
Kurt Tucholsky.

Die deutsche Frau im Dritten Reich

Adolf, der Herr der braunen Heerscharen, war von seiner Audienz beim Sieger von Tannenberg ins Hotel Kaiserhof zurückgekehrt und wartete bei Kaffee und Kuchen auf das Auto, das ihn nach Harzburg bringen sollte. Mit einem guten Duzend seiner Mannen saß er an einer langen Tafel und sprach von der künftigen großen Zeit. Da nahen sich zwei Jungfrauen im Festgewande mit Blumensträußen im Arm, um ihm zu huldigen. Adolf nickte gnädig Gewährung, hörte sich die Sprüchlein der bebenden Ehrenmädchen an, nahm die Buketts und übergab sie dem Ober. Aber er geruhte nicht während der feierlichen Zeremonie sein Gesicht zu lüften. Er saß wie angepöckelt auf seinem Thronesselnchen, um ein Beispiel zu geben, daß der deutsche Mann den Frauen keinerlei Achtung entgegenzubringen habe. Sie müssen sich ruppig behandeln lassen und sollen Soldaten gebären. Fertig damit. Einer der Paladine winkte: Abtreten! Da zogen die beiden Jungfern gehorsam und etwas betreten, wie es tumblen Mägden gebührt, wieder ab. Deutschland erwache.

Auch im Rundfunk beginnen die deutschen Frauen sich der glorreichen Vergangenheit zu erinnern. Gab es da unlängst eine kleine Funkrevue, die im Elfenreich spielte. Die Oberelfe schrie: „Angetreten, marsch — marsch!“ Da trippelten Füßchen, da krachten Hacken zusammen, da ließ es: „Stillstann! — rührteuch! — stann!“ — das klappt wieder mal nich — rührteuch! — stann!“ So ging es ein gutes halbes dutzendmal. Mir lief der Schweiß über den Rücken. Jetzt — dachte ich — jetzt kommt der schreckliche Moment, da unser Feldwebel immer schrie: „Ich werde euch heute zwiebeln, bis euch das Wasser im ...“ Aber das kam nicht, das hat sich die Oberelfe bloß gedacht, denn der Rundfunk hält auf feine Form n.

Herr Krause saß selig lächelnd vor dem Lautsprecher und sann über das dritte Elfenreich nach. „Siehste, Minna,“ meinte er zu seiner Eehälfte, „da steckt Zug drin, da kannste noch was lernen!“

Hoffentlich hat ihm Minna dafür die Leberknödel versalzen.

Deutsche Frau, erwache!

Vier hoffnungsvolle Jünglinge, mit Hakenkreuzen geschmückt, standen an einer Ecke der Friedrichstraße und warteten auf etwas. Worauf sie warteten, das weiß ich nicht, es war mir auch egal. Aber plötzlich lief ein nettes Mädchel über den Fahrdamm auf die Jungens zu und rief vergnügt: „Paul, Paul!“

Paul fauchte seine Freundin, denn das war sie wohl, statt eines Grußes an: „Halt Schnauze!“

Das Mädchen verstummte augenblicklich und begnügte sich, zu Paul bewundernd emporzuschauen, weil er sich so männlich benahm. Sie standen nun zu fünf und warteten in finsterner Entschlossenheit. Endlich rang sich von Pauls Lippen der knappe Befehl: „Kannst mir 'ne Mark pumpen!“

Das Mädchel nickte und öffnete das kleine Täschen.

Das nenne ich Disziplin! Das hat noch Saft in den Knochen! Dagegen kommt man sich geradezu schlapp vor.

Deutsche Frau — halt Schnauze!

Erna Müller.

Stärke
unseren Pressefonds

Die Frauen in der SAP

Sammlung zur Entscheidungsschlacht!

Gertrud Düby

Heroische Frauengestalten kämpften vereinzelt, verachtet, aber dennoch unbeirrt in der Zeit der französischen Revolution um das Recht der Unterdrückten. Manche gingen gleich Olympe de Gouges ihren Weg mutig zu Ende und bestiegen furchtlos das Schaffot. Wir treffen sodann die Frauen

als eifrige Kämpferinnen inmitten der jungen Arbeiterbewegung.

Wir sehen, wie die Frauen den engen Kreis ihrer Häuslichkeit verlassen, in alle Berufe eindringen und eine immer wichtigere Rolle spielen im Wirtschaftsleben der Völker. Und schließlich sehen wir die Frauen dem Manne gleichberechtigt und teilhaben am politischen Geschehen.

Aber die Frau, die in den Reihen der Arbeiterbewegung kämpfte um das Recht der Ausgebeuteten, hatte sich immer ganz besonders eingesetzt für die Rechte ihres Geschlechtes und ihres Nachwuchses, hatte den Kampf um den Schutz von Mutter und Kind stets als ihre Forderung erhoben. Sie erreichte auf diesem Wege mancherlei. Arbeiterinnenschutz, Schutz des Kindes, Ausbildungsmöglichkeiten für die proletarische Jugend, Vervollkommnung der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind wichtige Marksteine. Mit Leidenschaft kämpfte die Frau nicht allein um ihre politische, sondern nicht minder um ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung. Mit Empörung wandte sie sich gegen die Barbarei des Paragraphen 218, diesem Ausnahmegesetz gegen die Frauen der Arbeiterklasse.

Es war ein langer und mühseliger Weg, den die Frau gehen mußte. Und bekanntlich versucht sie, ihm heute weiter zu folgen. Aber immer stärker wird der Widerstand, auf den sie stößt, immer unachgiebiger werden ihre Widersacher. Reformen, um die sie einst unermüdet gekämpft, werden heute durch den Federstrich halbfaschistischer Regierungen zunichte gemacht. Die Frau erlebte im vergangenen Jahre, wie aus dem Gefüge der Wohlfahrtspflege, des Erziehungswesens, des Arbeitsrechts ein Stein nach dem anderen gelockert wurde; sie erlebt heute, wie das Werk, an dem sie so emsig mitgearbeitet, das Werk der sozialen Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zusammengestürzt. Und in den Abgrund mitgerissen werden all die Rechte, all die Errungenschaften, die die Frau aus dem Sklavendasein früherer Jahrhunderte emporgehoben haben. Von neuem wird der An-

spruch der Frau auf selbständige Gestaltung ihres Daseins, ihr Anspruch auf wirtschaftliche Unabhängigkeit streitig gemacht. Von neuem heißt es, die verheiratete Frau soll sich nicht ernähren durch ihrer Hände Arbeit, sie soll abhängig sein und angewiesen auf die Gnade des ihr angetrauten Mannes. Und laut posaunen es die Herolde der Reaktion in alle Welt, daß die Frau von neuem gehorchen lernen und zur Magd und Dienerin werden müsse.

Das alles trifft die proletarische Frau auf das Schmerzlichsche. Sie hatte sich seit jeher in die Klassenfront des Proletariats eingereiht, sie hatte aber zur Hauptsache für jene Reformen gekämpft, die ihr als Frau besonders nahe lagen. Der zusammenbrechende Kapitalismus ist nicht gewillt, ist gar nicht mehr imstande, der Frau auch das kleinste Entgegenkommen zu zeigen.

Er holt im Gegenteil mit letzter Kraft zum Schlage aus, alles zu vernichten, was die Arbeiterklasse, was die Frau ihm abgetrotzt hat.

Schmerzlich mag für viele Frauen die Erkenntnis sein, daß die Zeit der Teilerfolge, die Zeit des langsamen, aber stetigen Fortwärtsschreitens für immer vorüber ist, daß die Entscheidungsschlacht herannaht, in der die Arbeiterklasse den großen endgültigen Sieg erringen oder eine vernichtende Niederlage erleiden muß. Die Frau widerstrebt bisher der Unrast großer sozialer Kämpfe, sie liebt Ruhe und harmonische Entfaltung. Sie schreckte zurück vor Revolutionen und blutigem Bürgerkrieg. Sie wünschte den Sozialismus herbei, aber sie hoffte auf ein friedliches Hineinwachsen in die neue Gesellschaft.

Die Frau übersah, daß es gerade

die Illusion eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus

war, die das Versagen des Sozialismus im Jahre 1914 ermöglicht und die blutige Katastrophe des Weltkriegs mitverschuldet hat. Sie übersah, daß es wiederum die Angst vor der wirklichen Revolution, vor dem wirklichen Umsturz der Gesellschaft im Jahre 1918 war, die das entsetzliche Elend unserer Tage heraufbeschworen hat. Millionen und aber Millionen hunderttausender und darberender Menschen sind die Opfer der Zauderpolitik des Proletariats, das 1914 nicht wagte, gegen den Wahnsinn des Weltkrieges sich zu erheben, und das 1918 nicht wagte, dem zu-

sammengebrochenen Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Die neue Partei des revolutionären Proletariats,

die Sozialistische Arbeiterpartei, wird sich selbstverständlich alle Forderungen der Frauen nach sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Gleichstellung zu eigen machen. Denn als sozialistische Partei kämpft sie gegen jede Form der Unterdrückung, gegen die Unterdrückung eines Geschlechtes nicht minder als gegen die einer Klasse. Aber die Frauen innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei haben die große Aufgabe, allen Frauen des Proletariats zu zeigen, daß ihre Forderungen nicht Wirklichkeit werden können, solange der Kapitalismus besteht.

Die Frauen der Sozialistischen Arbeiterpartei wissen, daß jedes Erbarmen mit dem Klassenfeind Grausamkeit der eigenen Klasse gegenüber bedeutet.

Die Frauen der Sozialistischen Arbeiterpartei weigern sich, dem Kapitalismus länger noch Opfer zu bringen.

Sie weigern sich, zu leiden im Profitinteresse einer kleinen Minderheit. Sie wollen nicht länger dulden, daß der Kapitalismus Reichtümer verschleudert, während Millionen hungern. Sie wissen, daß nur der Sozialismus alle Reichtümer der Welt der großen Masse der Arbeitenden erschließen wird.

Die Frauen der Sozialistischen Arbeiterpartei werden alle Kräfte einsetzen, um dem Kapitalismus ein rasches Ende zu bereiten. Nicht Arzt, sondern Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft werden sie sein.

Für den Sozialismus aber sind die Frauen der Sozialistischen Arbeiterpartei bereit, Opfer jeder Art zu bringen.

Die Frauen der Sozialistischen Arbeiterpartei empfinden es als ihre große Aufgabe, die Indifferenten, die Frauen aus anderen proletarischen Organisationen anzufürzeln und mobil zu machen für den Kampf um den Sozialismus unter den Fahnen der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Es ist Zeit, hohe Zeit!

Der Kapitalismus windet sich in Todeskrämpfen. Unser ist die Zukunft, unser die Welt. Die roten Fahnen des Sozialismus leuchten uns zum Sieg.

Genossinnen, sammelt euch! Auf zum letzten Gefecht!

Erwerbslose Frauen

Anna Siemsen

überhaupt zusammen. Die kann man also auch nicht heraussetzen. Und die andern? Die paar Hunderttausend verheirateten Frauen, die es in Industrie, Handel und Verkehr gibt, kommen bei unserer Riesenarbeitslosigkeit garnicht in Betracht. Ihre Ausschaltung würde nicht einmal eine Erleichterung bringen, denn entweder fallen sie nun ihrerseits der Erwerbslosenunterstützung zu, oder wenn sie keine Unterstützung erhalten, so fällt ihre Kaufkraft aus, die auf einen Mann übertragen wird. Die Kaufkraft im allgemeinen wird nicht gesteigert, der Verbrauch also nicht erhöht, die Produktionskrise nicht um einen Deut gemildert. — Wir drehen uns also auf diese Weise im Kreis. Aber das Verhängnisvolle ist, daß durch diesen Kampf die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Kampf Fragen und -aufgaben abgelenkt wird.

Um was geht es denn bei unserer ganzen Wirtschaftskrise? Eine Wirtschaft ist dann gesund, wenn alle Menschen beschäftigt sind mit produktiver Arbeit, und der Ertrag dieser Arbeit so unter sie verteilt wird, daß sie alle davon existieren können. Auch in einer gesunden Wirtschaft kann die Verteilung der Arbeit und die Verteilung des Arbeitsproduktes ungerecht sein. Sie ist es in einer Klassengesellschaft immer. Trotzdem besteht eine solche Wirtschaft fort, solange Verteilung von Arbeit und Arbeitsprodukt (Bedarfsgegenständen) funktioniert. Eine Wirtschaftsrevolution setzt immer dann ein, wenn eine Arbeit, die bis dahin produktiv war, aufhört, und die Wirtschaft kommt erst wieder zur Ruhe, wenn die arbeitslos Gewordenen wieder in produktiver Arbeit untergebracht sind. Das war der Vorgang bei der Enteignung der Bauern, die sie vom Land in die Städte drängte, und bei der Maschinisierung der Industrie, die die Handwerker zu Industrieproletariern machte. Heute stehen wir nach der erneuten technischen und organisatorischen Rationalisierung wieder mitten in einer solchen Revolution. Fast unbemerkt aber ist eine Revolution vor sich gegangen, welche die Frauen aus ihrer Arbeit geworfen hat und es notwendig macht, für sie neue Arbeits-

möglichkeiten zu schaffen. Das ist die Umgestaltung des Haushalts, die seit mehr als hundert Jahren die produktive Arbeit, die früher mit Schlachten, Einmachen, Backen, Brauen, Kleider- und Wäscheherstellen die Frauen produktiv beschäftigte, aus dem Hause in die Industrie verlegt hat, wo sie viel rationeller und technisch vollkommener geleistet wird. Frauenarbeit im Haushalt ist heute in sehr vielen Fällen nicht mehr produktiv. Sie ist zumeist sehr unrationell und nur darum so sehr mühsam, kraft- und zeitraubend, weil sie mit technisch ganz rückständigen Mitteln ausgeführt wird. Etwa so, als wenn ein Weber im Zeitalter der vollkommensten mechanischen Webstühle einen Handwebstuhl gebraucht. Darum müssen die Frauen produktivere Arbeit suchen. Und es ist nun ihr trauriges Schicksal, daß ihre Revolution zusammenfällt mit der gesamten Revolution der Wirtschaft, daß sie neue, produktive, gesellschaftlich nützliche und ihre eigene Existenz sichernde Arbeit suchen müssen, wo ganz allgemein, um mit Marx zu reden, die Produktivkräfte den Produktionsverhältnissen über den Kopf gewachsen sind, das heißt, wo die bestehende Wirtschaftsordnung sich unfähig erweist, den Menschen Arbeit und Unterhalt zu geben.

Habe ich gesagt, es sei ein trauriges Schicksal. — Es ist traurig nur, falls wir nicht die Zusammenhänge dieses Geschehens erkennen und keinen anderen Ausweg draus finden können, als beispielsweise den falschen und ungangbaren: zurück mit der Frau in die Familie. Es kann ein sehr großes und freudiges Schicksal sein, wenn es die Frauen mit Kampfmut und Erkenntnis erfüllt, so daß sie sich daran machen, diese Wirtschaft und Gesellschaft, die sie heute bedrückt, neu zu gestalten. Dann ist nämlich das Schicksal von arbeitenden Männern und arbeitenden Frauen, von Erwerbstätigen und Hausfrauen ein gemeinsames. Und aus dem Kampfe um die Arbeitsstelle, der Männer und Frauen gegeneinander treibt, wird der gemeinsame Kampf von Kameraden um die Neuordnung der Welt.

Lokalblatt der SAZ

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

Ein Mensch sucht das Glück

Mittagsstunde in der Tauentzienstraße. Menschenmassen wälzen sich an den Geschäften vorbei, bleiben stehen, eilen wieder weiter. Hinter mir höre ich eine erregte Frauenstimme sprechen, einer eleganten, nicht mehr allzu jungen Dame gehörig, wie ich mich durch einen kleinen Seitenblick überzeuge. Eine etwas asthmatische Männerstimme versucht angestrengt aber vergebens sie zu beruhigen.

„... und ich sage dir, ich lasse mir das Kleid doch machen, und wenn du dich noch so sehr dagegen wehrst.“

„Aber Lina, bedenke doch die Zeiten, ich bin ja froh, wenn ich nur genug zum Leben aufreiben kann, und das ist bestimmt nicht wenig. Aber so wie die Geschäfte nur etwas besser werden...“

„Ach was, ewig die Geschäfte, was hat man denn vom Leben, wenn du schon wegen der paar hundert Mark solch ein Geschrei machst!“

Tränen sind in ihrer Stimme, ich fürchte gleich einen Auftritt auf offener Straße. Doch sie werden abgelenkt, an einer Straßenecke steht eine Menschenmenge, auch sie bleiben stehen. Was ist los? Die Menschen stehen dicht gedrängt um ein Mädchen, es sind aber weder die Ausrufe eines Straßenverkäufers noch der Wortwechsel eines Streitpaars zu hören. Alle drängen sich nach vorn und gehen dann gleich still weiter. Ich werde neugierig — sonst mische ich mich nie in Straßenszenen — und dränge mich auch durch.

Endlich stehe ich vor dem jungen Mädchen. Ein feines Gesicht, anständige, wenn auch bescheidene Kleidung. Um den Hals trägt sie eine Papptafel, auf der in großen Buchstaben steht: Ich suche Arbeit! Darunter eine Aufzählung ihrer Kenntnisse, und sie kam eine ganze Menge, die Kleine. Was mag diesem Entschlusse vorangegangen sein? Man ahnt Enttäuschungen, Jammer, Not, eine ganze Tragödie. Leicht ist es ihr bestimmt nicht geworden, das sieht man ihrem Gesicht an, den Augen, mit denen sie anscheinend gleichgültig auf die sie anstarrenden Menschen blickt.

Stumm drängen sich die Menschen um sie, lesen die Tafel und gehen still und betreten weiter. Auch das Paar von vorn geht weiter, doch die Dame ist nun ganz still geworden. Hat sie erkannt, wie kleinlich ihre Sorgen gegenüber diesem Leid sind?

Die Kleine aber steht weiter an der Ecke, preßt trotz der Lippen aufeinander und wartet auf das Glück, das zu ihr kommen soll, ein ganz bescheidenes Glück, denn sie will nur leben, nichts weiter.

Liebes, kleines, tapferes Mädchen, möge es bald zu dir kommen!
E. C.

Kriegsopfertagung

Der Gau Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hält im Stadtverordneten-saal des Rathauses seinen 12. ordentlichen Gautag ab. Er hat am Sonnabend nachmittag begonnen und soll am Sonntag beendet werden. Die Kriegsopfer sind von der Notverordnungs-politik der Regierung Brüning besonders hart getroffen worden. Ihr Unmut über den sonderbaren „Dank des Vaterlandes“, den ihnen das „Kabinett der Frontsoldaten“ abgestattet hat, fand seinen Niederschlag auch in einigen Anträgen, mit denen sich der Gautag des Reichsbundes zu beschäftigen haben wird. So fordert die Ortsgruppe Zehlendorf u. a.:

Wir appellieren daher an den Bundesvorstand, die Interessen der Kriegsopfer einer Partei zu übertragen, die sich für Einstellung aller Zahlungen an Fürsten, Kirche und Reichswehr und für Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen einsetzt.

Für diese Forderungen tritt nur eine Partei ein: die SAP. Sie ist darum auch die Partei der Kriegsopfer, für deren Interessen sie mit aller Energie zu kämpfen bereit ist.

Kirche und Hakenkreuz

Bisher war das Haus Wilhelms-
sue 112, das der Kirche gehört, zum Teil von dieser für eine kirchliche Volksküche und zum anderen Teil für ein Rentnerabendheim bestimmt. Das Bezirksamt Wilmerdorf hat andererseits auch ein Interesse an diesem Hause, da darin bei Raumbedarf die Auszahlungen der Wohlfahrt erfolgt Scheinbar hat nun die Kirche keine Bedürfnisse mehr zu verpflegen, diese werden ihr mit der Zeit den Rücken gekehrt und sich der Freidenkerbewegung angeschlossen haben, jedenfalls wurde die Küche geschlossen und den Nazis Platz gemacht. Große Hakenkreuzplakate mit dem Brandenburger Tor leuchteten von den Fenstern, und die übliche „Literatur“ steht zum Verkauf aus. Es ist Riesenspektakel. Meldefahrer auf Motor- und Fahrrädern treffen ein. Die Schüler der in der Nähe liegenden Schule holen sich hier ihre

politischen Kenntnisse und Abzeichen, die sie merkwürdigerweise auch beim Unterricht tragen dürfen, kurz, das Haus der Kirche ist die Domäne der Nationalsozialisten von Wilmerdorf.

Wie kamen aber nun die Hitlerjungen dazu, diese Räume zu mieten? Leer standen die Räume bisher nicht. Unseres Wissens waren sie auch nicht öffentlich zur Vermietung ausbezogen worden. Es bleibt hier eigentlich nur der Weg der guten Beziehung zwischen Kirche und Nationalsozialisten. Wir wissen schon lange, daß die Kirche keineswegs auf dem Boden der Verfassung steht. Aber immer noch schluckt sie Unsummen von Staat und Kommune, — das Geld von Kirchengegnern und -freunden. Sie nimmt die Hilfe des Staates in Anspruch, um ihre Steuern, die ihren Organen ein sorgloses Leben sichern, einzuziehen. Aber sie bekämpft den Staat durch Unterstützung einer staatsfeindlichen Bewegung!

Wir hoffen, daß man den Pfaffen von Wilmerdorf auf diese große politische Tat die entsprechende Antwort geben wird. Heraus aus der Kirche!

Weitere Einschränkung des Straßenbahnbetriebes

Am Sonnabend vormittag hat der Verkehrsausschuß des Aufsichtsrats der BVG folgende weitere Einschränkung des Straßenbahnverkehrs beschlossen:

Die Straßenbahnlinien 29, 48, 55, 66, 89, 115, 168, 184 und 199 sollen ganz, an den Sonntagen außerdem noch die Linien 16 und 92 außer Betrieb gesetzt werden. Die Linie 25 soll wieder wie früher bis Tegel durchgeführt werden.

Auch im Autobusverkehr sind Einschränkungen geplant. Die Linien 4 und 30 sollen eingezogen werden, die Linie 2 soll bereits an der Halensee-Brücke enden und nicht mehr bis Grunewald fahren, die Linie 12 nur noch bis zum Dönhofsplatz, nicht mehr bis Weißensee, die Linie 31 nur noch bis zur Potsdamer Straße in Spandau.

Die Einschränkungen sollen am 1. Dezember in Kraft treten, vorausgesetzt, daß der Aufsichtsrat der BVG, der sich am 9. November mit dieser Frage zu beschäftigen hat, den Vorschlägen des Ausschusses zustimmt.

Genosse Georg Kunze, Berlin-Charlottenburg, Leibnizstr. 40, teilt uns mit: Der „Vorwärts“ brachte am 25. 10. unter „Georg Kunze geht um“ die Mitteilung, daß ich die Mitgliedsbücher von SPD-Mitgliedern der 57. Abteilung in Charlottenburg einsammle. Ich ersuchte den „Vorwärts“ unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes um die Aufnahme nachfolgender Berichtigung, die bisher jedoch nicht erschienen ist: „Es ist unwar, daß ich Parteibücher von SPD-Genossinnen und -Genossen gesammelt habe, um dadurch Mitglieder für die SAP zu gewinnen. Ich lehne es ab und die SAP hat es nicht nötig, mit derartigen Tricks und auf krumme Art und Weise neue Mitglieder zu werben. Wahr ist lediglich, daß ich ehemalige

Parteilosen besucht habe, um ihnen Flugblätter zu bringen und mit ihnen zu diskutieren.“

Die Stadtverordnetenversammlung ist für Donnerstag, den 5. November, zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen worden.

Im Helldorf-Prozeß, bei dem es sich um die Judenpogrome auf dem Kurfürstendamm handelt, wurden heute vormittag in der Beweisaufnahme Aussagen gemacht, die den Grafen Helldorf außerordentlich belasten und ihn als Rädelsführer der Krawalle erscheinen lassen. U. a. bekundete der Sturmführer Löbe von der NSPD., daß ihm Helldorf auf dem Kurfürstendamm an dem fraglichen Tage gesagt habe: „Versuchen Sie, alle SA-Leute, die Sie sehen, nach dem Wittenbergplatz zu dirigieren!“

Ueberfall in einer Pfandleihe. Ein junger Mann von etwa 20 Jahren erschien heute vormittag um 9 Uhr 30 in der Pfandleihe von Kumpfel, Hermannstr. 106/107 in Neukölln, um sich einen Paletot zu kaufen. Die vorgelegten Stücke sagten ihm nicht zu, und er verließ nach kurzer Zeit den Verkaufsraum. In diesem Augenblick stürmten zwei Männer mit vorgehaltenen Pistolen in das Geschäft und gaben einige Schüsse ab. Mit dem Ruf „Hände hoch!“ sprangen sie über den Ladentisch und beraubten die Kasse. Der Verkäufer hatte sich in den Nebenraum begeben, um von dort aus um Hilfe zu rufen. Inzwischen waren die Täter geflüchtet, bei der Verfolgung konnte aber einer von ihnen festgenommen werden. Es handelt sich um einen 28-jährigen Walter Wandlitz, dessen Wohnung noch unbekannt ist. Die Höhe des gestohlenen Betrages steht noch nicht fest. Wie nachträglich ermittelt wurde, haben die Räuber mit Schreckschußpistolen gearbeitet.

Versammlungskalender

- Bezirksleitungen**
- Bezirksvorstand Berlin: Bürau: Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34, III Hof, 2 Treppen. Tel.: Königstadt 4228. Sprechstunden Montag bis Donnerstag 12-18 Uhr. Freitag 12-19 Uhr.
- Versammlungskalender**
- Mitgliederversammlungen mit dem Thema: „Was trennt uns grundsätzlich von der SPD und der KPD?“ unter Zugrundelegung des Aktionsprogramms. Beginn 20 Uhr.
- Ortsverein Mitte: Mittwoch, den 4. 11. 31, Rolandufer 8, Nähe Jannowitzbrücke, bei Haack. Ref.: Gen. Fritz Levy.
- Ortsverein Tiergarten: Mittwoch, den 4. 11. 31, Turmstraße 18, Parkrestaurant.
- Ortsverein Kreuzberg: Mittwoch, den 4. 11. 31, Böckstraße 8.
- Ortsverein Charlottenburg: Dienstag, den 3. 11. 1931, Fritschestraße 43, Eingang Pestalozzistraße, bei Grüning. Ref.: Gen. Reemig.
- Ortsverein Steglitz: Donnerstag, den 5. 11. 31, Rugestraße 6, bei Warneke.
- Ortsverein Treptow: Mittwoch, den 4. 11. 31, Niederschöneweide, Berliner Straße 120, bei Grubel. Ref.: Gen. Reich.
- Ortsverein Köpenick: Bezirk Falkenberg-Bohnsdorf: Dienstag, den 3. 11. 31, Gemeinschaftshaus Falkenberg, Jugendheim. Ref.: Seigewasser.
- Ortsverein Pankow: Mittwoch, den 4. 11. 31, Mühlentstraße 38, bei Lehmann. Ref.: Gen. Gudzyndowski.
- Ortsverein Prenzlauer Berg: Kursusbeginn Dora Fabian erst am 16. 11. 31.
- Ortsverein Weißensee: Bez. Hohenschönhausen: Die öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 4. 11. 31, wird auf einen späteren Termin verlegt. Bekanntmachung erfolgt noch.
- Für Ortsverein Zehlendorf mit den Bezirken Dahlem, Wannsee und Teltow-Stadt Meldungen an Richard Werner, Zehlendorf, Am Hegewinkel 117.

Aus dem Gerichtssaal

Gerichtsberichterstattung und sozialistische Presse

„Aus dem Gerichtssaal“ — das ist eine der bei dem Durchschnittsleser beliebtesten Zeitungsrubriken. Der gute Bürger nimmt, wenn er am Frühstückstisch sitzt, gar zu gern aus der Morgenzeitung Kenntnis von der Schlichkeit der Welt, freut sich doppelt seiner satten Tugend und konstatiert befriedigt, daß das Laster doch zuletzt allerwege den Kürzeren zieht.

Leider unterscheiden sich die Gerichtsberichte der Arbeiterblätter oftmals wenig oder gar nicht von den Berichten in bürgerlichen Blättern: der „Fall“ wird mit der üblichen Terminologie des Gerichtssaales behandelt, „Schuld“ und „Sühne“ sind feststehende Faktoren, Paragraphen, Gegebenheiten, die zu meist unantastbar sind, selten, daß irgend etwas von den gesellschaftlichen Zuständen, aus denen der „Fall“ erwuchs, lebendig wiedergegeben und diese Zustände als die letzte Ursache der „Schuld“ kritisch dargestellt werden. Gewiß: das Wort Klassenjustiz ist keinem Arbeiter mehr fremd, aber es wird zumeist wie der vom Großvater geerbte „Wichstopp“ behandelt: man holt es nur bei feierlichen Gelegenheiten, erstklassigen Justizbegräbnissen aus dem Schrank.

Auch der Proletarier, der selbst mit dem Gesetz in Konflikt kommt und sich zu Unrecht oder zu hart bestraft fühlt, ist im allgemeinen geneigt, eher den Unverstand oder den bösen Willen des Richters für seine harte Bestrafung verantwortlich zu machen, als den Grund hierfür im System zu suchen. Die Erkenntnis, daß die Klassenjustiz nicht bei

den politischen Prozessen aufhört, sondern überall mit an unseren Richtertischen sitzt, zwischen den Schöffen wie neben dem Einzelrichter, diese Erkenntnis äußert sich höchstens in einem dumpfgröhlendem: „Die Gesetze sind ja doch bloß für die Reichen gemacht!“ Auf Geratewohl hole ich vier Stichproben aus meiner Reportermappe:

I.

Der Angeklagte hat sich in den Januar-tagen des Jahres 1919 zweckentsprechend in einen republikanischen Polizeibeamten umkostigiert, trotzdem er als früherer Oberleutnant sonst durchaus keine republikanischen Gefühle hegt, hat auf requiriertem Auto in der Grenadierstraße bei den „lästigen Ausländern“ mit einigen befreundeten Koksschiebern, die diesmal die Kriminalbeamten spielten, Beschlagnahmen vorgenommen, hat über 100 000 Mark erbeutet. Nach jahrelangem Aufenthalt an der Riviera hat man den Herrn Oberleutnant a. D. bei der Heimkehr doch noch für dieses alte Vergehen verantwortlich gemacht, er hat sogar in Untersuchungshaft sitzen müssen. Die Sache sieht recht unangenehm nach Raub aus. Aber noch ist Polen nicht verloren! Der Vater des Angeklagten nahm ihm einen der ersten Strafverteidiger Berlins. Der weiß, wie man vor Gericht einen guten Eindruck erzielt: „Und ich bitte doch zu bedenken, daß der Angeklagte einer sehr guten Familie angehört. Der Vater ist Oberstudienrat in XI!“ Mindestens dreimal klingt dieser Satz beschwörend in seinem Plaidoyer auf,

bis Vorsitzender und Schöffen begriffen haben: „Diesen Menschen aus guter Familie trifft eine Freiheitsstrafe natürlich viel schwerer als einen gewöhnlichen Proleten. Es handelt sich um den Sohn eines Oberstudienrates, meine Herren!“ Und richtig: er kriegt auch nur ein paar Monate Gefängnis, ein Drittel der Strafe wird für die Untersuchungshaft abgerechnet, für den Rest der Strafe gibts Bewährungsfrist.

II.

Der Maximilian B. . . ja, der Bengel war schon in der Erziehungsanstalt. Der Herr Amtsgerichtsrat zieht alle Register seines Zornes. Der Bengel ist verstockt! Geständig zwar ist er. Er hat als Laufbursche (nicht mal einen vernünftigen Beruf hat der Lämmel gelernt!) 130 Mark unterschlagen, bloß um mal gut leben zu können, hat sich davon Stiefel, einen Anzug, Oberhemd und Schlips gekauft und den Rest auf dem Rummel und im Kabarett verjuxt. (Zur Riviera-reise langte es ja nicht. . .) Des Amtsgerichtsrats-Stimme tremoliert vor moralischem Abscheu. Maximilian steht in der Anklagebank wie ein hockiger Junge vor seinem scheltenden Lehrer. Er hat keinen Verteidiger, ist armer Leute Kind — und einen Offizialverteidiger gibts für so einfache Fälle nicht. Er hat auch nicht die Gewandtheit der jungen Leute aus gutem Hause, die sich hier sehr oft auch ohne Verteidiger glänzend aus der Klemme ziehen. Er ist ein Proletarierbengel, und er steht das erstmal vor Gericht. Dafür kriegt ihn Frau Justitia, dieses unsympathische Frauenzimmer, gleich ordentlich an den Kragen: man geht über den Antrag des Staatsanwalts hinaus: ein Jahr Gefängnis, keine Bewährungsfrist! Und im Rabenflügel wird nun seine Erziehung zum Verbrecher vollendet werden.

III.

„Ich hatte es ja gar nicht nötig, zu betrügen! Mein Vater ist Großkaufmann und hatte mir damals erst 2000 Dollars gegeben.“ So versichert der elegante junge Mann. Einen Verteidiger hat er sich nicht genommen; was mit Reden zu schaffen ist, schafft er schon allein. Einige unbenutzbare Tatsachen bleiben aber bestehen. Er hatte den Verkauf eines Motorrads vermittelt; zuerst wollte er es selbst kaufen und hatte schon mit falschen Schecks aus dem seiner Mutter gestohlenem Scheckbuch gezahlt, dann aber schien ihm das doch zu gefährlich, er gab das Rad zurück und brachte als neuen Reflektanten seinen Freund, der hier als Rittergutsbesitzer auftrat; das Rittergut lag auf dem Monde. Dann unterschrieben beide Freunde einen Kaufvertrag, der Freund mit einem falschen Namen. Das ist schwere Urkundenfälschung, und darauf steht eigentlich Zuchthaus. Aber das Gericht entscheidet: „Strafmildernd kommt in Betracht, daß die schwere Urkundenfälschung die zwangsläufige Folge des versuchten Betruges ist. Sonst wären beide Angeklagte ja sofort entlarvt gewesen.“ Und so kamen beide noch einmal mit je drei Monaten Gefängnis davon. Sie waren beide aus guter Familie. — Ob dieselben Richter auch für einen ganz gewöhnlichen Proleten ebenso viel verständnisvolle Milde aufgebracht hätten?

IV.

Ein Ehepaar steht in der Anklagebank. Er ist ein hüftlanger junger Arbeiter, sie ein frühverblühtes junges Weib. Sie hat ihr jüngstes Kind, das kaum ein Jahr alt ist, auf dem Arm. Zwei andere sind noch zu Haus. Das Ehepaar hat gemeinsam Ladendiebstahl begangen; nicht zum ersten Male. Aber nach seiner letzten Strafe hatte er gearbeitet, bis die Wirtschaftskrise ihn aufs Pflaster warf. Monatelang war er arbeitslos. Die Frau hochschwanger. Da unterlagen beide. Sie stahlen Strumpfwaren, Wäsche. Er ging dann damit hausieren. „Ihr Glück, daß sie trotz ihrer Vorstrafen nicht als rückfällig betrachtet werden können — sonst kämen sie ins Zuchthaus! Gemeingefährliche Ladendiebe! Gefahr für das Geschäftsleben!“ Wer den Herrn Amtsanwalt hört, möchte meinen, Stephan H. und seine Frau hätten den Ruin des deutschen Handels ganz allein auf dem Gewissen. Das kleine Kind protestiert quä-kend gegen das Gedörm des schwarzen Mannes. Ach, von diesen Zornesreden wird sein kleiner Magen leider nicht satt! Aber sein Weinen kann das Plaidoyer eines gewandten Verteidigers nicht ersetzen: Stephan H. wird zu einem Jahr, seine Frau zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Das sind vier von den tausend Tragödien des Alltags, die keine Korrespondenz, kein Reporter meldet, die das Proletariat aber näher angehen als der „bessere Raubmord“, für den die bürgerliche Presse sogar zwei Spalten opfert. Denn die Verständnislosigkeit selbst wohlmeinender Richter, die unbewußte und bewußte Klassenjustiz, der alle Tage neue Opfer gebracht werden, sie zeigen dem Proletariat deutlich, was die Glocke geschlagen hat und wie viel sie nachgeht.

Wir wollen endlich einmal anfangen, auszusprechen, was ist!
Rose Kwald.

Unter militärischer Bedeckung

Der Wirtschaftsbeirat der Regierung tagt



Brüning und Staatssekretär Pünder vor dem Palais des Reichspräsidenten



Der Vorsitzende der Republik und des Wirtschaftsbeirats



IG Farbensdiktator Schmitz (links) lächelt, Schwerathlet Dr. Silverberg (rechts) reibt sich die Hände



Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Wirtschaftsbeirat

Die deutschen Gewerkschaften haben in ihrer wechselvollen Geschichte einige Höhepunkte erlebt, auf denen das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse in ihrer Hand lag. Die revolutionäre Welle im November 1918 stellte neue Aufgaben. Die Arbeiter waren die Herren im Lande und für eine weitschauende Gewerkschaftspolitik ergaben sich die wichtigsten Probleme. Aber die damaligen Führer der Zentralkommission der Gewerkschaften setzten sich mit den Führern der Industriellen an den Verhandlungstisch und schlossen die Zentralarbeitsgemeinschaft. Mit Brief und Siegel bestätigten sie den Herren Stinnes, Klöckner und Co. ihren Anspruch darauf, auch weiterhin als die „Führer der Wirtschaft“ zu gelten, jener Wirtschaft, die durch die schwerindustrielle Kriegspolitik reif zum Verschrotten geworden war.

Fünf Jahre später, im Herbst des ereignisreichen Jahres 1923 erteilten die inzwischen wieder mächtig, fett und großspurig gewordenen Industriellen die Quittung für das Vertrauen, das ihnen die Gewerkschaftsführer im November 1918 erwiesen hatten. Die deutschen Arbeiter hatten den Kapitalismus wieder aufgebaut, sie hatten in der Inflation ihre wertbeständige Arbeitskraft dazu hergegeben, die Grundlagen ihrer Ausbeutung zu festigen und jetzt, wo man die Zentralarbeitsgemeinschaft nicht mehr so nötig brauchte, wo sie im Gegenteil zu einer Fessel für die Pläne auf Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der

Reallöhne wurde, die nicht mehr durch inflationistische Maßnahmen gesenkt werden konnten, gab man dem Mohren, der seine Schuldigkeit getan hatte, den verdienten Tritt.

Wir schreiben heute 1931. Dreizehn Jahre nach der Gründung der ersten Zentralarbeitsgemeinschaft sitzen die Führer des ADGB im „Wirtschaftsbeirat“ mit den Industriellen um einen Tisch. 1918 war es der Krieg, heute ist es die Zuspitzung der Wirtschaftskrise, die den Beweis erbringt, daß die sogenannten Führer der Wirtschaft in eine Sackgasse geraten sind, aus der es keinen Ausweg gibt. Sie suchen wieder einmal den Ausweg in einem beispiellosen Raubzug an der deutschen Arbeiterschaft. Dadurch, daß die Lebensbedingungen der breiten Massen auf ein noch viel tieferes Niveau herabgedrückt werden, als in der Inflationszeit, sollen dem profitungrigen Kapital neue Kräfte, neue Profite erwachsen, mit denen es die Pleite sanieren will. Zur Durchführung dieses Raubzugs sollen die Führer des ADGB die Autorität der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse einsetzen. Haben sie das getan, dann können die gewerkschaftlichen Vertreter sich wieder nach Hause trollen. Ueber das weitere unterhalten sich die Herren Kapitalisten unter sich.

Man sollte meinen, daß die Spuren der einstigen Zentralarbeitsgemeinschaftschrecken Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder ist es jedenfalls, ihren Führern unzuweilig beizubringen, daß sie andere Aufgaben zu erfüllen haben, als sich dem Diktat der Regierung Brüning, des Reichspräsidenten und der schwerindustriellen Drahtzieher zu erfüllen. Die wichtigste dieser andern Aufgaben aber ist die Mobilisierung der Massenkraft des deutschen Proletariats zum Kampf gegen ein bankrotttes System und eine bankrotte Klasse.

Das Einheitsfront-Angebot der KPO

Die ruhige und sachliche Antwort der „Fackel“ auf das famose „Einheitsfront-Angebot“ der KPD-O. hat heute die „Arbeiterpolitik“ zu einer Sturmflut von Beschimpfungen angeregt. Die KPO, die uns so gern für dumm verkaufen möchte, ist böse, daß wir uns auf ein politisches Kümmeblättchenspiel nicht einlassen. Also schreit sie nach üblicher Methode: Haltet den Dieb!

Die „Arbeiterpolitik“ ist so geschmackvoll, die eindeutige Gegenüberstellung von dem, was sie vorgab, mit dem Einheitsfront-Angebot erreichen zu wollen, und dem, was sie wirklich erreichen wollte, mit dem Vorwurf zu beantworten, wir hätten die Verhandlungen mit den Vertretern der KPD-O. „dreist gefälscht“. Wir stellen nunmehr fest, daß der Bericht der „Arbeiterpolitik“ nicht mit den wirklichen Vorgängen übereinstimmt, und wir werden Gelegenheit nehmen, die offenbar schlecht informierten Mitglieder der Reichsleitung und die Mitglieder der KPD-O. selbst besser zu informieren, als es offenbar Brandler lieb sein wird. Im übrigen denken wir gar nicht daran, der ganzen Angelegenheit einen Raum zu widmen, der ihrer Bedeutung nicht zukommt. Die SAP kämpft nicht gegen die KPO, sondern gegen den Klassenegner, und sie ist dabei so ausreichend beschäftigt, daß sie für die unfruchtbare Auseinandersetzung mit der KPO-Führung nur soweit Zeit, Arbeitskraft und Raum zur Verfügung stellen wird, als zur sachlichen Richtigstellung erforderlich ist.

Briefe an die SAZ Bescheidenheit ist eine Zier, doch

Wenn ein Volk wie das deutsche durch die große Erwerbslosigkeit in seinen Ansprüchen an das Leben bescheiden geworden ist, kann man das verstehen. Daß aber die größte politische Partei Deutschlands, die SPD, die kleinsten Zugeständnisse der Regierung in ihrer Presse als große Erfolge hinstellt, ist schon mehr als Bescheidenheit.

Wie die „Erfolge“ in Wirklichkeit aussehen, das haben wir oft und zu Genüge erfahren. Brüning weiß, was er der SPD bieten kann, um eine weitere Tolerierung seiner Regierung zu erzwingen. Das Los der Millionen von Erwerbslosen ist hart, und die meisten können sich die Lage eines Wohlfahrtsempfängers mit 12,90 M. die Woche gar nicht vorstellen. Man hat das Gefühl, als wenn ein Teil der führenden Genossen der SPD jede Fühlung mit den Massen verloren hätte. Oder ist die soziale Frage für sie gelöst? Gebe man sich keiner Täuschung hin: gelingt es nicht bald, die Millionen von Erwerbslosen in Arbeit zu bringen oder ausreichend zu unterstützen, so gibt es ein Ende mit Schrecken, und der Sturm der Massen wird über alle hinweggehen und alles vernichten, was sich ihm entgegenstellt.

Nur die Ablösung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine sozialistische Planwirtschaft kann Abhilfe bringen. Sie erreichen wir aber nicht durch weiteres Verhandeln und Tolerieren der Regierung Brüning, sondern nur durch Kampf gegen dieses System auf der ganzen Linie. Politische Fragen sind Machtfragen, das bekommen wir so oft zu hören und sollen es als Entschuldigung gelten lassen. Wir aber sagen: die Macht hat der, welcher sie ergreift! Adolf Franke.

Immer wieder Lohnsenkung

Neuer Lohnabbau der Reichsarbeiter um 4 1/2 Prozent. Und die Folge, daß die Löhne der Arbeiter der Post, der Reichsbahn und der Gemeinden gleichfalls entsprechend herabgedrückt werden. Dazu die noch ärgeren Angriffe gegen die Löhne in der Privatindustrie. Im ganzen soll das Einkommen der Arbeiterschaft abermals um Milliarden verkürzt werden.

Ein Frevel gegen die Arbeiterklasse, aber ein Frevel gegen die Wirtschaft nicht minder. Gerade nach der amtlichen Statistik sollte von einem deutschen Volkseinkommen von insgesamt 70 Milliarden auf die Lohnsteuerepflichtigen allein der Betrag von 45 Milliarden entfallen. Sicherlich war der Einkommensteil des Besitzes um viele Milliarden höher, denn woher hätten sonst ein jährlicher Zuwachs des Volksvermögens um 10 Milliarden und die ins Ausland verschleppten weiteren 10 Milliarden Mark stammen sollen? Aber gleichviel: das Einkommen der zwei Volkdrittel, die aus Arbeitern und Angestellten bestehen, war der größte und wesentlichste Teil des in Konsumtion gelegten Volkseinkommens. Senkte man dies Einkommen, wie es seit 1929 geschehen, um 10, 12, 15 Milliarden Mark im Jahre, so mußte die Kaufkraft versiegen, so mußte die Produktion immer ärger gedrosselt werden, so mußte die ganze Wirtschaft zum Teufel gehn.

Wir haben seit Jahren vorausgesagt, was kommen würde. Nämlich der katastrophale Rückgang der Produktion, eine ungeheuerliche Arbeitslosigkeit, die immer wachsende Verelendung. Vor allem der arbeitenden Massen, aber auch der Angestellten, der Beamten und des selbständigen Mittelstandes. Eine allgemeine Zerrüttung des deutschen Volkes, die systematisch durch den Wahnsinn des Lohn- und Gehaltsabbaus herbeigeführt werde.

Und es ist alles so gekommen. Die Geschäftspleiten, die Selbstmorde verzwweifelter Arbeiter, ruiniertes Geschäftsleute

— sie konnten ja gar nicht ausbleiben! Denn wenn man eine Wirtschaft gewaltsam stranguliert, muß sie ja aus dem letzten Loch pfeifen.

Im Jahre 1928 stand der Index der deutschen Produktion nach amtlicher Berechnung auf 100, 1929 sogar auf 102, aber dann sank er 1930 auf 84 herab, um heute bereits auf 68 zu sinken. Das bedeutet, daß heute nur noch etwa zwei Drittel von dem produziert werden, was 1928 und 1929 erzeugt wurde. Und da wundert man sich über die 4 1/2 Millionen Arbeitslosen und die Winteraussichten auf 6 oder 7 Millionen Arbeitslose?

Alles geht aber dadurch in die Binsen: die Reichseisenbahn verliert ihre Transporte und macht Defizit statt eines Ueberschusses von 860 Millionen; der Post, den Straßenbahnen usw. droht die gleiche Pleite. Und warum? Weil man die Kaufkraft der Massen so unerhört herabgedrückt hat, jene Kaufkraft, mit der die deutsche Wirtschaft gedeiht oder zusammenbricht.

Die kapitalistischen Scharfmacher, die durch die Folgen ihres Werkes vollends um den Verstand gebracht worden sind, fordern immer neuen, immer brutaleren Lohn- und Gehaltsabbau. Um die Ausfuhr zu steigern, um Dumping treiben zu können!

Die Toren! Da die Pest des Lohnabbaus nunmehr von Deutschland aus auch die anderen Länder ergriffen hat, geht die Ausfuhr immer mehr zurück. Und das Ausland schützt sich rücksichtslos gegen jede Schmutzkonkurrenz — siehe England, die Schweiz, Italien und Holland!

So geht es nicht! Dieser Weg führt nur immer tiefer in die Pleite, ins Verderben. Da das die „Wirtschaftsführer“ aber noch immer nicht kapieren, müssen die zwei Volkdrittel der Handarbeiter und Stehkragenproletarier der verbrecherischen Wirtschaftszerstörung ein Ende machen!

Deine Waffe im politischen Tageskampf

ist die

SAZ

Darum abonniere noch heute die

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:

Wohnort:

Straße:

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Wie man uns bekämpft

Das „kleine Splitterchen“ SAP, über das sich die sozialdemokratische Presse so weidlich lustig macht, scheint den Herrschaften im Organisationsapparat der SPD doch erheblich Kopfschmerzen zu bereiten. Uns liegen Zuschriften in großer Zahl vor, die schildern, mit welcher schmutzigen Methoden von dieser Seite der Kampf gegen die SAP geführt wird. Drei davon seien hier wiedergegeben.

In Frankenhäusen bei Crimmitschau hat die SAJ ihre Auflösung beschlossen, und die bisherigen SAJ-Genossen sind mit drei Ausnahmen zum Sozialistischen Jugendverband übergetreten. Nunmehr hat eine energische Bearbeitung der abtrünnig Gewordenen eingesetzt, die man durchweg mit Privatbriefen besetzt hat. Einer davon hat folgenden Wortlaut:

Werter Genosse!

Wir ersuchen dich, wieder zur SAJ zu kommen, denke an Deinen Großvater, der viele Jahre in der Partei ist. Mit denen Du jetzt gehen willst, waren bestimmt nicht die besten Freunde von Dir! Also zurück zur SAJ, zu den roten Falken, den Kinderfreunden.

Frankenhäusen, den 26. 10. 1931.

Mit Freundschaft

Willy Wolf, Karl Kupfer.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

In der letzten Mitgliederversammlung der SPD wurde auch Stellung zu der vor drei Wochen erfolgten Spaltung der SAJ genommen. Daß man mich, den früheren Geschäftsführer der SAJ, dabei als Halbkommunisten und mit kommunistischen Methoden vorgehenden Menschen bezeichnete, ist nicht weiter verwunderlich, höchstens könnte man erstaunt sein, daß man sich erst jetzt über diesen meinen gemeinen Charakter klar wurde. Dann aber zitierte der Vorsitzende Lautermann eine Stelle aus einem von mir an ihn gerichteten Brief des Inhalts, daß ich die SAJ von nun an ebenso bekämpfen würde, wie die Kommunisten dies täten, worauf die Versammlung mit berechtigter Pfiffrufen quittierte.

Tatsache ist, daß ich dem Genossen Lautermann nicht eine Zeile geschrieben habe und auch niemals mündlich eine Äußerung der angeführten Art tat. Nachdem ich durch drei voneinander unabhängigen Ohrenzeugen unterrichtet worden war, suchte ich drei Tage nach der Versammlung den Genossen Lautermann auf und verlangte den angeblich von mir geschriebenen Brief zu sehen. Einen solchen besaß der „Genosse“ natürlich nicht, sondern erklärte, nicht von einem Brief, sondern von einer mündlichen Äußerung (!) gesprochen zu haben. Als ich trotz aller Abschweifungsversuche des Genossen Lautermann darauf bestand, den Ohrenzeugen meiner mündlichen Äußerung genannt zu bekommen, nannte er mir den Jugendgenossen W. Ich suchte diesen sogleich auf und ließ mir von ihm erklären, daß er eine solche Äußerung meinerseits weder gehört, noch weitergetragen habe, selbst sehr erstaunt gewesen sei, dergleichen über mich zu erfahren, mir das nicht zutraue und überhaupt eine solche Kampfweise nicht billige.

Damit ist erwiesen, daß der Genosse Lautermann sich seine oben erwähnte Behauptung glatt aus den Fingern sog. Die Lüge wurde vor der gesamten Parteimitgliedschaft in einem solchen Bruchton der Überzeugung in die Welt gesetzt, daß sich gar kein Zweifel erheben konnte.

Im Verlauf unseres Gesprächs bezeichnete es der Genosse Lautermann als „ehrlos“, zu Seydewitz überzugehen. Wie soll man ein Verhalten nennen, das im bürgerlichen Leben gewöhnlich Verleumdung heißt? Und wie muß es um eine Sache bestellt sein, deren Vertreter Zuflucht zu solchen Mitteln nehmen! Wahrlich, man macht uns das Scheiden leicht.

Hans Jahn, Darmstadt.

Auch in Oberhausen versucht man unsere Bewegung zu terrorisieren. So ist es nicht möglich, daß im Volksheim die „Fackel“, die wir dorthin unentgeltlich gaben, auch nur einen Tag hängen bleibt. Es scheint auch bald unmöglich zu sein, den Dieb zu erwischen. Ebenfalls hat sich der Leiter der Oberhausener Gewerkschaftsjugend dazu hinreißen lassen, die Ortsgruppe des Sozialistischen Jugendverbandes beim Städtischen Jugendamt als staatsfeindlich zu denunzieren, damit sie nicht in den Genuß des städtischen Jugendheims kommt.

Wir haben nicht die Absicht, in gleicher Weise mit vergifteten Waffen zu kämpfen. Wir sind gesonnen, den notwendigen Kampf gegen die SPD streng sachlich zu führen und weisen es von uns, mit Verleumdungen zu arbeiten. Wir wissen, daß unsere Sache gut ist und daß sie keiner Nachhilfe bedarf, um zu siegen.

SAP auf dem Vormarsch

Düsseldorf.

Über die Seydewitz-Versammlung, von der wir an anderer Stelle melden, ist noch ergänzend zu berichten:

Nach Seydewitz hielt die kürzlich zur KPD übergetretene Genossin Thorhorst eine sehr schwache professorale Vorlesung gegen die SAP für die KPD. Das Schlimmste an der SAP ist nach ihrer Auffassung, daß sie in so weitgehendem Maße das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft gewährleistet. Nach ihr sprachen noch vier Redner, darunter einer, der sich als Vertreter der SPD ausgab, aber keiner war, und je ein Redner der KAPD, KPO und der KJ. Von kommunistischer Seite wurde Genosse Seydewitz am Schlußwort behindert, obwohl Genossin Thorhorst vorher mit ihrem Namen dafür gebürgt hatte, daß die Versammlung ruhig zu Ende geführt werden könne. Ein junger Mann erklärte angesichts dieses Gebarens seiner Parteifreunde, daß er sich abwendete von den Kommunisten. Ein Vertreter der KPD reichte schriftlich eine Aufforderung an alle aus der KPD Ausgeschlossenen zum Vorstandstisch herauf, den gleichen Schritt zu tun wie er: der SAP beizutreten. Am Schluß der Versammlung bestärkten jugendliche und erwachsene Mitglieder der SPD die Genossen Zöllig und Seydewitz, drückten ihnen die Hand und erklärten: „Nun sind wir auch dabei!“ Bald werden sie am ganze Niederrhein dabei sein, die wirklichen revolutionären Klassenkämpfer. Die Sozialistische Arbeiterpartei marschiert auch am Niederrhein!

Wuppertal

Ortsgruppe und Unterbezirk Wuppertal der SAP haben sich konstituiert. Vorsitzender Willy Boschulte, Geschäftsführer Max Löwenstein, Wuppertal-Elberfeld. Neben einer Anzahl ehemaliger USP-Genossen haben sich ganze Jugendgruppen der neuen Partei angeschlossen. Im November wird sie mit größeren Versammlungen an die Öffentlichkeit treten. Die sozialdemokratische „Freie Presse“ widmete uns einen humoristisch sein sollenden Begrüßungsartikel, in welchem sie uns den Rat gab, uns einäschern zu lassen. Wir denken nicht daran und werden der „Freien Presse“ schon recht bald beweisen, daß wir quicklebendig sind!

Demokratie?

Aus Lübeck wird uns geschrieben:

Nachdem vorher schon Sozialistische Arbeiterjugend und Jung-Reichsbanner einstimmig und scharf gegen den freiwilligen Arbeitsdienst Stellung genommen hatten, befaßte sich nun auch die Jugend der freien Gewerkschaften mit der heftig umstrittenen Angelegenheit. Der Sekretär des A.D.G.B. nahm in äußerst sachlicher Weise zu dem Problem Stellung. Persönlich verwarf er den freiwilligen Arbeitsdienst, aber dennoch kam er nicht zur nötigen Konsequenz. Er hat bekannt, daß der Vorstand des A.D.G.B. sich grundsätzlich gegen freiwilligen Dienst ausgesprochen hätte, daß er aber, wenn er durch Reichsanordnung eingeführt würde, das Vertrauen in den Genossen Wohlfahrtsensor setze, ihn in unserem Sinne zu beeinflussen. Das konnte die Jugend nicht befriedigen. Hatte man grundsätzlich abgelehnt, sollte man auch praktisch durchhalten. Ein arbeitsloser Kollege brachte darum eine Resolution ein, die — wie in SAJ und Jungbanner — den freiwilligen Arbeitsdienst scharf zurückwies und vor allem die Gewerkschaften aufforderte, zur Nichtbeteiligung aufzurufen. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung gab zu verstehen, daß sie hinter dieser Entscheidung stände. Trotzdem schloß der Versammlungsleiter nach dem Schlußwort des Referenten die Versammlung, ohne über die eingebrachte Resolution abstimmen zu lassen. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der Jugendlichen. Sollte das Demokratie sein?

Die Jugend aller Arbeiterorganisationen fordert schärfsten Kampf, die Führer werden wieder das „kleinere Uebel“ schlucken. So erhält man nicht die Schlagkraft des Proletariats! Die Jugend will Klarheit und nicht Halbheit!

Mit Phrasen ist der SAP nicht beizukommen!

Aus Arnstadt in Thüringen wird uns geschrieben:

Der Führer der Arnstädter SPD, Steinbrück, hat in der Nr. 245 der „Volkszeitung“ versucht, sich mit der SAP politisch auseinander zu setzen. Nach vierzehntägigem Ringen in einzelnen Ortsgruppen konnte fest-

Osnabrück

Die Ortsgruppe Osnabrück hielt ihre erste öffentliche Versammlung mit dem Genossen Ströbel als Referenten im überfüllten Saal der Stadthalle zu Osnabrück ab. Es waren über 700 Besucher erschienen, trotzdem das Reichsbanner, ADGB, AFA und Sportkartell mit der Staatspartei am gleichen Abend eine Kundgebung und Demonstration auf dem Marktplatz veranstalteten. Diese Kundgebung war wohl nicht so unabsichtlich in der kurzen Zeit gerade für den Sonnabend, an dem die SAP die erste öffentliche Versammlung veranstaltete, arrangiert worden. Die SPD-Presse schreibt von einem schlechten Auftakt und einer schwachen Rede des Genossen Ströbel. Es wurde dabei die Meinung erwähnt, die Genosse Ströbel vor einem Jahre in der Frage der Tolerierung vertrat. Genosse Ströbel hat gute Gründe für das Aufgeben dieser Meinung gehabt. Die Redakteure der Osnabrücker SPD-Blattes aber haben ihre Meinung in vier Tagen über die Tolerierungspolitik geändert, ohne Gründe dafür zu haben. Am Montag nach der Harzburger Tagung hatte sie in einer Funktionärsversammlung gegen die Tolerierungspolitik gesprochen. Am Freitag in der Mitgliederversammlung war ein prominenter „Templel“-Redner da und die Stimmung schlug um: „man“ war für Tolerierung. Diese Leute richten sich mit ihrem „Mut“ und ihrer Darstellungsweise selbst. Die Versammlung war für die SAP-Gruppe Osnabrück ein großer Erfolg.

Genosse Ströbel sprach außerdem in einer Versammlung in dem Vorort Eversburg. Wir werden nach diesem guten Auftakt bald wieder von uns hören lassen.

Ludwigshafen

Die erste Mitgliederversammlung der SAP wurde von dem provisorischen Vorsitzenden, Genossen Ham, eröffnet und war gut besucht. Genosse Stucky legte die Ziele der SAP dar. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Auch der provisorische Bezirksvorsitzende, Genosse Kohl, sicherte sich mit seinen Darlegungen die volle Sympathie aller Anwesenden. Genosse Ham wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Eine stattliche Zahl Mitglieder war schon vorhanden, und an diesem Abend waren weitere 10 Neuaufnahmen zu buchen. Alle Mitglieder bewiesen große Arbeitsfreude für die neue Partei.

gestellt werden, daß der Unterbezirk Arnstadt nach wie vor geschlossen zur Sozialdemokratischen Partei steht, jubelt er. Wir stellen bescheiden die Anfrage: wer waren die Ringer? Siege, die herauskommen, wenn der Parteiapparat allein in die Arena steigt, der Gegner aber nicht zugelassen wird, sind Ludendorff-Siege! Wir sind der Meinung, daß der politisch notwendige Kampf erst noch beginnt. Das Wahlergebnis von Dessau, wo die SPD in einem Jahre 18 000 Stimmen verlor, davon allein 13 000 an die Nazis, verpflichtet uns, im Interesse der Arbeiterschaft den Kampf gegen die verhängnisvolle Politik der SPD mit aller Schärfe zu führen. So sehr wir auch selbst den Bruderkampf hassen, ist die politische Auseinandersetzung doch bitter notwendig, wenn nicht in absehbarer Zeit der Faschismus, der heute in Deutschland noch versteckt regiert, auch offen triumphieren soll. Gerade die Wahlen in Dessau beweisen, wie verhängnisvoll die Politik der SPD für die Arbeiterschaft wird. Auch wenn der ehemalige Thüringische Innenminister Herrmann der Arbeiterschaft verspricht, 6 bis 7 Millionen Industriearbeiter in der Landwirtschaft ansiedeln zu wollen, wird die Gefahr nicht gebannt. Wo hat Marx geschrieben, daß der Sozialismus aus kleinen, eigenen „Leben“ besteht? Wir leben in der Zeit, von der Karl Marx sagt, daß das Kapital seinen Lohnsklaven nicht mehr ernähren könne. Da kann man nicht mehr Arzt des kranken Kapitalismus spielen wollen, wenn man die Arbeiter nicht betrügen will! Hart und unerbittlich schlägt der Kapitalismus auf die Arbeiterschaft ein. Die neue Lohnabbauoffensive der Unternehmer macht alle Vernebelungsversuche der SI zunichte. Deshalb sagen wir: der Kampf beginnt erst, es werden die Sieger von heute die Besiegten von morgen sein. Dar wird auch die persönliche Art des Kampfes der „Volkszeitung“ nichts ändern. Er wird sich herausstellen, wer den Kampf mit den bewährten marxistischen Grundsätzen und wer ihn nur mit Agitationsphrasen führt. Die heutige SPD hat schon lange den Grundsatz August Bebel's vergessen, der gesagt hat: „Ich bin und bleibe der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaftsordnung!“ Dieser Ausspruch unseres großen Vorkämpfers wird der Wegweiser der SAP ein. Deshalb haben wir die Kraft, in die Kampfarena zu steigen, um auch mit dem SPD-Parteiapparat zu ringen, auch wenn Steinbrück Berge von Krücken herbeischleppt, den kranken Apparat zu stützen. Der Sieg wird unser sein!

Ein „sozial denkender“ Kreisausschuß

Aus Mühlberg a. d. Elbe wird uns geschrieben:

Der Kreisausschuß für den Kreis Liebenwerda hat die Unterstützungssatzes festgesetzt. Danach erhalten in Mühlberg a. d. E. wohnhafte Sozial- und Kleinrentner nur dann Unterstützungen, wenn ihr monatliches Einkommen bei alleinstehenden Personen 20 RM., bei Ehepaaren 32 RM. nicht übersteigt. Für jedes zu unterhaltene Kind erhöht sich dieser Satz um 6 RM. im Monat. Auf diese Richtsätze wird alles erzielte Einkommen, wie Renten, Aufwertungsansprüche, Unterstützungen von dritter Seite usw., voll angerechnet. Diese Regelung ist mit dem 1. Oktober d. Js. in Kraft getreten.

Selbst der Vater hat erkennen müssen, daß wir mit diesem Beschluß ohne Zweifel einem Zustand, wie wir ihn in der alten Armee-pflege hatten, bedeutend näher gekommen sind. Dies ist ja auch der Zweck der Sozialreaktion, welcher die Sozialpolitik ein Dorn im Auge ist. Dem „sozialführenden“ Kreisausschuß gehören neben dem zuständigen Landrat als Vorsitzenden noch weitere 3 bürgerliche Mitglieder an, außerdem aber noch 1 Nazi (Kaufmann Friese, Mühlberg) und 1 Sozialdemokrat (Gewerkschaftssekretär Heyne, Bockwitz). Zum Erstaunen aller Hilfsbedürftigen und der gesamten Arbeiterschaft ist dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden. Was dieser Kreisausschuß damit getan hat, das hat noch kein anderer Kreis fertiggebracht. Und daß derartige scharfe und einschneidende Maßnahmen unter Mitwirkung eines Arbeitervertreters gefaßt werden konnten, ist der gesamten Arbeiterschaft von Mühlberg unverstänlich. Daß die Erbitterung und Empörung der Betroffenen grenzenlos ist, dürfte jedem einleuchten.

Daß der Kreisausschuß Liebenwerda kein soziales Gefühl hat, geht weiter daraus hervor, daß er angeraten hat, ein Kind solle gegen seinen Vater mit Zahlungsbefehl vorgehen, damit dieser Unterstützung zahle. Ebenso sollten die Unterstützungsberechtigten im vergangenen Sommer ihren Lebensunterhalt durch Sammeln von Beeren, Pilzen, Aehren usw. bestreiten.

An dem unterdrückten und ausgebeuteten Proletariat liegt es, die ihm bisher von der deutschen Republik geoffenen, durch die vielen Notverordnungen aber stetig gekürzten und abgebauten Wohlfahrtsgesetze in verschärftem Kampf zurückzuerobern. Hierzu bietet sich Gelegenheit durch sofortigen Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei.

50 % Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch im Winter

Die Reichsbahn hat sich entschlossen, die 50proz. Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch während der Wintermonate bestehen zu lassen. Bisher wurde diese Tarifiermäßigung, die schon vor Jahren eingeführt worden ist, nur während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober gewährt, da im allgemeinen während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober die Kleingartenbestellung ruht. Mit der Beibehaltung dieser beliebten Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch während der Wintermonate will sich die Reichsbahn in den Dienst der in diesem Winter von Reich- und Länderregierungen besonders geförderten Erwerbslosen-siedlung und Kleingartenbewegung stellen.

Schöneheide i. Erzgebirge

Unsere öffentliche Versammlung am Freitag, 23. Oktober, war überfüllt. Was der SPD bisher noch nicht gelang, haben wir fertig gebracht! Vor der Versammlung veranstalteten wir einen Werbemarsch durch den Ort; an der Spitze der Spiemannzug der Freien Turner. Eine ganze Reihe neuer Genossen haben sich angemeldet. Wir werden in Bälde das erste Hundert erreichen! F.

Versammlungskalender

Ortsgruppe Osnabrück. In einer Mitgliederversammlung mit Sympathisierenden, die am Sonnabend, dem 31. Oktober, in Wegmanns Saal, Iburger Straße, um 8 Uhr abends stattfindet, spricht der Genosse Pieper-Bochum über die Aufgaben und den Aufbau der SAP.

Soz. Jugendverband, Ortsgruppe Osnabrück. Sonntag: Fahrt zu den Zeppelinstainen. Dienstag: Vortrag über „Sozialistische Jugendarbeit“.

Wie steht's im den Film?

Vier Arten von Filmen dominieren in der Filmproduktion dieses Jahres.

Da sind zuerst die Militärschwänke und -possen. Sie sind samt und sonders dermaßen dumm und albern, daß jede Diskussion über sie unmöglich und unnötig ist. Sie sind außerdem in ihrer kritiklosen Militärspielerei und Verniedlichung der „guten alten“ Kasernenhof-Zeit gefährlich. So daß nicht nur jeder klassenbewußte Proletarier, jeder Pazifist, sondern jeder vernünftige Mensch, wo er Gelegenheit hat, gegen sie protestieren sollte.

Dann gibt es eine lange Reihe mehr oder weniger alberner Lustspiele und Possen, die die Beliebtheit gewisser Komiker auszunutzen versuchen. Sie sind nicht weiter gefährlich oder doch nur insoweit, als sie den Geschmack des Kinopublikums auf ein beschämend niedriges Niveau herabdrücken. Auch kann es einem leid tun um so gute Komiker und Schauspieler wie Max Adalbert und Felix Bressart, deren große Begabung in diesen albernen Possen entwürdigt und verdorben wird.

Dann kommen die Schau- und Prunkstücke, die teuren „Großfilme“, die mit großem Aufwand von Menschenmassen, Geld, Kostümen — Revue- und Operetten-Ambüment servieren. („Bomben auf Monte Carlo“, „Der Kongreß tanzt“, die Lubitsch-Chevalier-Operetten-Filme usw.). Sie wollen und sollen zblenken von den Sorgen und Nöten der Zeit, täuschen eine Welt vor, die es nicht gibt. Sie sind manchmal sehr geschickt gemacht, paradien mit glänzenden Schauspielern, glänzenden Bauten, glänzenden Kostümen und Uniformen. Der Proletarier, der sie sich für sein Geld ansieht, handelt wie der, der für seine letzten Groschen sich eine Pulle Schnaps kauft oder Kartussel fährt.

Und endlich gibt es eine kleine Zahl von Filmen, die versuchen, ein Abbild des wirklichen Lebens zu geben oder doch dem wirklichen Leben sich zu nähern — sei es humorvoll karrierend, sei es ernst und tragisch, sei es kritisch, oder mit dem leisen Versuch einer bescheidenen Gesellschaftskritik. Dies sind die einzigen Filme, die unser Interesse in Anspruch nehmen können.

Der Pallenberg-Film „Der brave Sünder“ rutscht manchmal ins peinlich Possenhafte ab, hat aber dank Kortners Regie und Pallenbergs Komik manch gute Szene und eine anständige gutmütig-mitleidige Grund-Gesinnung. — Anspruchlos und zugleich besser, lebensnaher ist der französische Film mit dem ganz irreführenden Namen: „Eine Razzia in Paris“. Toricht lange, übertrieben ausführliche Box-Szenen stören. Aber von der sympathischen, einfachen Natürlichkeit dieser französischen Schauspieler, können unsere deutschen Regisseure und Schauspieler noch immer sehr viel lernen. — Erich Engel (der Regisseur der „Dreigroschenoper“) hat mit viel Gewinn von ihnen gelernt, besonders von dem Regisseur René Clair und seinem reizenden Film: „Sous les toits de Paris“. Engel hat mit seinem wehmütig-heiteren, aber nicht weinerlichen, nicht verlogenen, anspruchslos-natürlichen Film: „Wer nimmt die Liebe ernst?“ die beste Komödie des deutschen Tonfilms gemacht. Er ist damit und dadurch der Filmregisseur, von dem wir das Beste erwarten.

Die Verfilmung von Döblins herrlichem Roman „Alexanderplatz“ ist, trotz Döblins Mitarbeit, vorbeigelungen. Das ist kein Bild des heutigen Berlin geworden, sondern ein belangloser Kriminalfilm, der in irgendeiner x-beliebigen Großstadt spielt, kein Milieu — immerhin aber (durch Heinrich Georges, Margarete Schlegels und Bienerts Darstellungskunst) ein paar richtige Menschen

Sehr groß ist die Auswahl an guten oder doch erträglichen Filmen nicht. Das kann man auch nicht anders erwarten, solange die Filmindustrie in den Händen bleibt, in denen sie ist, — solange sie nichts anderes ist als eine „Industrie“, eine Industrie, die wie jede Industrie Geld verdienen will, ganz einerlei womit und wodurch, und die deshalb immer wieder auf die billigsten und niedrigsten Instänkte ihres Publikums spekuliert.

Der eindringlichste, wichtigste Film kam aus Rußland. „Der Weg ins Leben“. Er behandelt die Frage der Erziehung verwaister Kinder. Er ist der erste russische Ton-Film, deshalb technisch oft recht unvollkommen. Er ist ein Sowjet-Propaganda-Film, schildert die Zustände in Rußland nicht ganz ehrlich, setzt die Erziehungsarbeit und die Erfolge der Bolschewiki in ein allzu günstiges Licht. Aber er ist trotzdem der einzige Film der beginnenden Film-Saison, der sich mit einem ersten Problem ernsthaft auseinandersetzt. Und deshalb ist er der wichtigste Film der beginnenden Film-Saison.

Hans Siemsen.

Winterhilfe

Die Berliner Winterhilfe ist eine segensreiche Einrichtung, wer wollte das bestreiten. Noch nicht viele Tage ist es her, da wurden die Bewohner der vornehmen westlichen Viertel durch Fanfarengeschmetter aus dem Schlaf geschreckt. Reichswehr knapperte die stillen Straßen ab und sammelte Liebesgaben, die denn auch reichlich strömten. Reporter der großen Zeitungen nahmen an diesem Hilfswerk teil und berichteten von den stillen Tragödien eines verantwortungsbehafteten Bürgertums. Ja, da gab es sogar einen alten ausgedienten Major oder Oberst, der sich nach kurzem Seelenkampf von seinem letzten Waffenrock trennte. Wem kämen da nicht die Tränen. Wem von den Ärmsten im Norden oder im Wedding wird nicht ein kurzer militärischer Ruck durch die Knochen fahren, wenn er mit dieser preußischen Montur beglückt wird. Sollte der hilfreiche Offizier vergessen haben, seine Achselstücke zu entfernen, so könnte der Empfänger es dem glorreichen Schuster Vogt nachtun und sein Glück als Major von Pankow oder Weißenseer versuchen.

Ferne sei uns billiger Spott. Ehre dem braven Spieler, der sich von dünn gewetzten Hosen, schäbigen Mänteln und ausrangierten Strickwesten trennt. Ehre den vielen, die sich verpflichtet haben, einen Tischgast oder ein Kind mit durchzufüttern. Zahlreiche mittlere und kleine Beamte bringen hier wirkliche Opfer. Sie balancieren selbst am Rande der bürgerlichen Not, obwohl sie von der Not des Proletariats keine Ahnung haben. Mancher von ihnen nimmt es ernst, denkt einen Augenblick über den Hunger der anderen nach, bevor er die Gabel mit Kasseler Rippensteak zum Munde führt, nickt Muttern sorgenvoll zu und läßt es sich erst dann schmecken. Die Zeiten sind eben schwer, denkt er trübe, jeder muß sehen, wo er bleibt.

Das neue Buch

Justus Ehrhardt: „Straßen ohne Ende“
(Agis-Verlag Berlin-Wien)

Seit Peter Martin Lampel hat die Fürsorge-erziehung auch in die Literatur Eingang gefunden. Aber hier ist ein Buch, das nicht einzelnen schlechten Erziehern und Beamten die Schuld gibt, sondern, aus dem proletarischen Leben heraus geschaffen, das System kennzeichnen und treffen will. Der Botenjunge Hans Schulze ist kein schlechter Kerl. Sein einziges Verbrechen ist, daß er auch ein bißchen Lebensfreude, auch ein armseliges bißchen Glück haben will. Aber nicht einmal zum Kinobesuch mit seinem Mädchen reichen die paar Lohnpfennige. Und draußen ist eine große Welt. Draußen ist Hamburg, ist das Meer. Dieser Drang in die Welt, dies Suchen nach Freude bringt Hans zum Verbrechen. Und als er erst einmal unterschlagen hat, geht es immer weiter abwärts. Die Kameraden treiben ihn dazu. Wer kann ihn retten? Auch der Fürsorger ist kein böser Mensch, er nimmt seinen Beruf ernst, aber der Beruf macht ihn zur Maschine. Er sieht nur noch die Akten, nicht mehr den Menschen. Und so wird aus Hans das Aktenstück „Betr. Schulze“.

Der Betrieb in der Fürsorge ist lebenswahr, anschaulich, nicht im eigentlichen Sinne „tendenzios“ geschildert. Es zeigt den Apparat, die Maschine, die die Menschen zerreiben müssen, auch die besten, die nur durch das Proletarierlos auf die „schiefe Bahn“ kamen. Dieser Hans Schulze ist nur einer von den vielen Tausenden, denen nicht geholfen werden kann, an denen das staatliche Ordnungssystem zur Falle werden muß. Ohne Ende liegen sie auf der Straße die Tausende, die unschuldig schuldig werden durch ein schuldbeladenes, fluchwürdiges System.
D. F.

Uraufführungen im Rundfunk

Im Berliner Rundfunk gelangt am 4. November ein literarisches Sonderspiel „Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Rembrandt“ von Hans Kyser zur Uraufführung; am 9. November gelangt im gleichen Sender „Die große Sensation“ von Herbert Rosenfeld (Gastspiel der Gruppe junger Schauspieler) zu Uraufführung.

Genosse
Angelica Balabanoff (Paris)
spricht
Dienstag, 3. November 1931, abds. 8 Uhr
in Haverland's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35
über:
**„Die gegenwärtige Krise und
der sozialistische Ausweg“.**
Genossenschaft freibelliger Sozialisten

Winterhilfe? Brauchen wir sie wirklich? Brauchen wir diese Scherflein, die von der Nächstenliebe, mehr aber noch, von der Angst vor den „radikalen Elementen“ auf den Krümperwagen unseres Rahmenheeres niedergelegt werden? Erstickt nicht die Welt im Überfluß von Wolle und Stofffasern, Brotgetreide, Kohlen, Kaffee, Tabak, Büchsenfleisch und rindenlosem Käse? Gibt es nicht Wein, Fisch und Kuchen soviel wie in den schönsten Märchen? Gibt es nicht obendrein viel mehr freie Zeit, als man sich je zu haben wünschte?

Alles das gibt es, denn ich lese jeden Tag in allen Zeitungen, daß die schönsten Dinge in unvorstellbar großen Lagerhäusern der ganzen Welt kaputtgehen, weil niemand sie kauft.

Ja, da kann doch was nicht stimmen! Tolle Zustände müssen da herrschen! Ungefähr so, als ob jeden Morgen bei uns im Betrieb erst einmal alle Werkzeuge durcheinander geworfen würden und wir bis Mittag unsern Kram auseinander sortieren müßten. Schönen Krach gäbe das!

Je länger ich mir die Sache durch den Kopf gehen lasse, desto fadenscheiniger wird diese Winterhilfe und diese ganze sogenannte private Wohltätigkeit. Alles ist da, bedenke doch! Freilich scheinen die Lagerhalter und die Verwalter aller dieser schönen Dinge ganz unfähige Burschen zu sein, völlig unqualifiziert für ihre Arbeit. Man sollte ihnen schleunigst kündigen. Man sollte die abbauen, die sonst so gerne andere abbauen. Und mal Ordnung in den Laden bringen. Ohne Reichswehr. Die brauchen wir nicht, wir schaffen es schon alleine...

Wie war's? Wollen wir nicht morgen anfangen?
Hans Scharf.

„Im Namen Gottes!“

Opfer der Inquisition.

Nach Akten, die in Madrid gefunden wurden, starben von 1481 bis 1808 in dieser Stadt allein 31 912 Ketzler den Flammentod auf den Scheiterhaufen der heiligen Inquisition. 291 456 Menschen verfaulten in den Kerkern und auf den Ruderbänken der Staatsgaleeren.

Thomas Torquemada, dessen „erlauchtes und ehrwürdiges Andenken“ die päpstliche Zeitung noch im Jahrhundert des Dampfes und des Telegraphen so sehr pries, war von 1481 bis 1488 spanischer Großinquisitor. In diesen sieben Jahren wurden 2000 Ketzler auf den Scheiterhaufen zur höheren Ehre Gottes und der weitaus niedrigeren des Profits der Kirche, sowie der Adelligen lebendigen Leibes geröstet. Torquemadas Nachfolger Deza übertrumpfte diesen Rekord christlicher Nächstenliebe um ein Beträchtliches: er ließ 2500 Ketzler verbrennen. Aber beide übertraf ihr Nachfolger, der fanatische Erzbischof Xymenes von Toledo, der 3000 lebende Menschen den Flammen übergab. Der vierte Großinquisitor, der später Papst Hadrian VI. wurde, lieferte der Menschenverbrennungsindustrie des Jesuitenordens „nur“ die kümmerliche Zahl von 1600 lebenden Ketzern.

Auf dem Inquisitionsgebäude in Sevilla, der Zentrale des großen Menschenverbrennungsgeschäftes, stand folgende Inschrift:

„Im Jahre des Herrn 1461 unter dem Pontifikat Sixtus' IV. und unter der Herrschaft Fernandos und Isabellas nahm hier die Heilige Inquisition ihren Anfang. Bis zum Jahre 1524 haben hier mehr als 20 000 Ketzler ihr scheußliches Verbrechen abgeschrieben; fast eintausend hartnäckige Ketzler sind dem Feuer überliefert worden, unter Billigung und Gutheißung der Päpste Innozenz VIII., Alexander VI., Pius III., Julius II., Leo X., Hadrian VI. und Clemens VII.“

Und da wundert man sich heute darüber, daß ein tiefer Haß gegen den Klerikalismus in Spanien besteht.

Das 3. Buch der „Roten Bücher“
der Marxistischen Büchergemeinde

Unsere Stellung zu Sowjetrußland

Die Widersprüche der russischen Revolution • Die Irrwege und Fehler der Revolutionäre • Der Aufbau im Fünfjahrplan
Wie soll man und wie darf man nicht zu Sowjetrußland Stellung nehmen?

MITARBEITER
Max Adler - Wien, A. Gerschenkron Wien
Prof. Hartwig - Prag, F. E. W. Lewy - Berlin, II - Berlin

Neu eintretende Mitglieder können dies. Buch z. Mitgliedspreis von RM 3,- erhalten Einzelverkaufspreis M 7,45

Die weiße Schmach

Dr. T. K. Fodor

Dr. Fodor ist lange an der süd-afrikanischen Küste als Schiffsarzt gefahren. Seine Erlebnisse und Beobachtungen werden in Kürze als Buch gesammelt erscheinen.

Vom Wert des Lebens

Ende Juni 1929 liegt ein deutsches Frachtschiff vor Gran Bassa, der zweitgrößten Stadt Liberians, um Piossava (Palmfasern) zu laden. In langen Wellenkolonnen kommt die See längsseits auf das Schiff zu. Wie Spielzeuge werden die beladenen Eingeborenenboote hochgehoben. Eins kippt um und geht unter. Ein Schwarzer ertrinkt. Aus. Niemand kümmert sich darum.

Ein neugieriger Europäer, der in den afrikanischen Sitten noch nicht recht bewandert ist, fragt den Agenten, der gerade an Bord kommt, was eigentlich auf solche Unfälle erfolge. Wenn ein Weißer, sei er auch nur ein Arbeiter, ins Meer stürzt, macht man einige Rettungsversuche, sagt man ihm. „Was geschieht aber, wenn sich ein Schwarzer den Arm bricht,“ fragt er weiter. „Oder wenn er gar ertrinkt, wie eben?“

Antwort: „Was soll denn da geschehen? Gar nichts. Bricht sich einer den Arm, dann hat er es sich selbst zuzuschreiben; er hätte besser aufpassen sollen. Und ertrinkt er — was geht es uns an? Gelegentlich, wenn der Mann lange bei uns gearbeitet hat und tüchtig war, wenn wir auch die Familie gut kennen, dann bekommen die Hinterbliebenen so zum Trost ein Kistchen Schnaps. Darüber freuen sich die Leute schon sehr...“

Wenn zwei dasselbe tun...

In der Südafrikanischen Union besteht seit drei Jahren ein Gesetz gegen die Unmoral; danach wird jeder Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Ein typisches Beispiel für die Handhabung des Gesetzes demonstrierte man im vorigen Jahr an dem Weißen J. J. Knoutze und einer Schwarzen, Miriam Totwana, die sich vor dem Gericht von Stutterheim zu verteidigen hatten. Die Anklage lautete auf unerlaubten Geschlechtsverkehr. Dem Mann wird vorgeworfen, daß er gegen das Gesetz verstoßen habe, weil er sich das Mädchen willfährig machte, dem Mädchen, daß es die Handlung zuließ.

Das Urteil lautete gegen den Weißen auf fünf Monate Gefängnis bei harter Arbeit, gegen das Mädchen nur auf zwei Monate. Das scheint ganz gut. Nur — ein kleiner Unterschied ist dabei: der Mann wurde verwahrt, die unerlaubte Handlung in Zukunft zu unterlassen; er brauchte seine Strafe gar nicht anzutreten. Das Mädchen aber hat sie längst absitzen müssen.

Theorie und Praxis

Es ist Sonntag. Die Glocken rufen die Gläubigen, und die Buren von Piet Retif in Transvaal verdienen diese Bezeichnung wahrlich. In langem Zuge wallfahrten sie zur Kapelle der Holländischen Reformierten Kirche. Da mischt sich, sieh und staune, zwischen die Frommen ein Farbiger. Dieser Thomas Mkwambi ist nicht aus Piet Retif, wohl nicht einmal aus Transvaal, sonst würde er diese Sünde nicht begangen haben.

Wütend sind die Gesichter der Buren. Der Pförtner stürzt auf ihn zu. Bald kommt auch Polizei. Der Bursche wird abgeführt und kann nun in der stinkigen Gefängniszelle über seine Untat nachdenken. Am nächsten Morgen verurteilt man ihn wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu 1 Pfund Strafe oder einen Monat Gefängnis.

Nachher erklärt er mir: „Mit einer Religion, in der Praxis und Theorie so verschieden aussehen, will ich nichts mehr zu tun haben. An der Tür steht die Theorie: „Kommt zu mir...“, die Praxis heißt aber: „dann bekommst du ein Pfund oder einen Monat Gefängnis als Strafe.“

Nobelpreisträger Prof. Otto H. Warburg

Der Nobelpreis für Physiologie und Medizin ist an den Berliner Zellforscher Professor Otto H. Warburg verliehen worden. Warburg ist einer der Vorkämpfer der modernen Zellphysiologie, die besonders durch die gefährliche Zunahme der Krebserkrankungen von größter aktueller Bedeutung ist. Im Juli vorigen Jahres hatte er eine Spende des Rockefeller-Instituts erhalten. Sie ermöglichte ihm, ein eigenes Zellforschungsinstitut in Berlin-Dahlem aufzubauen.

Die verbesserte Arbeitsgemeinschaft

Hindenburgs Wirtschaftsbeirat, der von Vögeler bis Graßmann die ganze Nation umspannt, hat zu „arbeiten“ begonnen. Die erste Kommission ist bereits eingesetzt. Er wird die Krise des Kapitalismus nicht überwinden können. Er bildet sich das wahrscheinlich auch gar nicht ein. Aber seine Aufgabe ist darum nicht unwichtig. Hindenburg hat sie in der Eröffnungsrede so formuliert, daß er erklärte,

jeder Teilnehmer des Wirtschaftsbeirats dürfe sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes . . . verantwortlich fühlen, jeder müsse sich innerlich lösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelrückichten.

Das ist die Aufgabe dieses Wirtschaftsbeirats: die Proletarier über die klassenmäßige Bedingtheit ihres Schicksals hinwegzutäuschen, in ihnen die Illusion von neuem zu erzeugen, ihr Schicksal sei ein Teil des Schicksals einer „höheren“ Gemeinschaft, der Nation. Als Repräsentant dieser höheren Einheit tritt der Wirtschaftsbeirat vor die staunende Welt. Herr Hindenburg befiehlt, daß niemand an Klasseninteressen denkt — und der Wirtschaftsbeirat wird gehorchen. Die Verhandlungen sind geheim — da trägt man sowieso keine große Verantwortung vor denen, die der Hunger trotz Hindenburgs Reden an jedem Morgen von neuem an ihre Klassenlage mahnt. Und Hindenburg — zu dem Heilmann früher schon so gern ging und den Höring so überaus verehrt, wie er in seiner jüngsten Reichshankerhebung feststellte — Hindenburg befiehlt, daß man in seinem Beirat nur an die „Wirtschaft“ denkt. „Die“ Wirtschaft — das ist die Wirtschaft von heute, die kapitalistische Wirtschaft, die Wirtschaft um des Profits willen. Wer an sie denkt, „losgelöst von Gruppeninteressen“, der denkt damit schon in den Formen und Voraussetzungen der kapitalistischen Gesellschaft, der unterstellt bereits das bürgerliche Klasseninteresse — als das Gegebene — der steht schon „der Klassenfront, neben Hindenburg.

„Nur wenn solche Gesinnung Sie, meine Herren, erfüllt, werden Ihre Beratungen den sittlichen Wert und die überzeugende Kraft besitzen, ohne die ein gesundes und lebensstarkes Volk sich nicht führen läßt.“

So fuhr Herr Hindenburg fort in seiner Rede. Und diese Worte offenbaren die Hohlheit der bürgerlichen Idee der über den Klassen stehenden Einheit der Nation klarer als alles andere. Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats sollen „überzeugende Kraft“ besitzen. Wen sollen sie überzeugen? Sollen sie die Massen „überzeugen“, daß das System der Ausbeutung bleiben muß, obgleich es nur noch vom Mark der Elenden und Getretenen sich mühselig am Leben erhält? Ja, die Überzeugung muß man dem Volke beibringen, wenn die Ausbeuterklasse es weiter führen soll. Wir aber meinen, daß das proletarische Volk gesund und lebensstark genug ist, diese ganze bürgerliche Führung beiseite zu schieben und eine gesellschaftliche Ordnung der Gerechtigkeit zu schaffen, der sittlicher Wert turmhoch über allen sittlichen Werten der Ausbeuterwelt steht.

Der gerettete Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, der Herr Dr. Brüning, streicht

weiter seine Notverordnungspflaster, um die Geschwüre der kapitalistisch-nationalistischen Ausschweifungen seines Patienten zu verdecken. Das Aerztekonsilium, genannt Reichswirtschaftsbeirat, deckt den Doktor Unblutig vor den neugierigen Blicken eines Publikums, das zur Blut-Transfusion ausersehen ist. Die Blutspender, das deutsche Proletariat, müssen ja in Narkose versetzt werden, damit sie nicht wissen, was mit ihnen geschieht. Herr Dr. Brüning gehorcht bei all dem nur dem Gesetz seiner Klasse — es wäre nicht schwer gewesen, das auch vor seiner neuen Operation zu wissen. Aber die deutsche Sozialdemokratie wollte es nicht wissen . . .

Hätten ihre großen Außenpolitiker sich das französische Parteiblatt zur Hand genommen, so hätten sie am Tage des Reichstagszusammentritts, ohne eine Wahr-

Georg Ledebour an die Jugend

Jugend und Alter — das sind wohl physiologische Gegensätze, es müssen nicht geistige sein. Auch wenn der Körper altert, kann der Geist jung bleiben. Wer von den Jungen wollte sich vermessend, an revolutionärem Elan mit dem „alten“ Ledebour zu wetteifern? Zwar war er nicht persönlich anwesend in einer Versammlung der Jugend von Berlin am Sonnabend, einer Versammlung, in der Angelica Balabanoff von der „Überwindung des Faschismus und den Aufgaben der proletarischen Jugend“ und Theodor Liebknecht Begrüßungsworte sprach — aber mit den Jungen war sein Geist. Und dem alten Kämpfer dankte die Jugend durch jubelnden Beifall, als der folgende Brief zur Verlesung gebracht wurde:

29. Oktober 1931

Liebe Genossen!

Gern hätte ich in Eurer Versammlung ein Referat übernommen, um Euch in Eurer sozialistischen Gesinnung zu festigen und Eure Tathereitschaft zu stärken, muß aber meines Gesundheitszustandes wegen leider davon Abstand nehmen. Doch will ich wenigstens auf diesem Wege Euch einen aufmunternden Gruß senden. Denn solange ich im öffentlichen Leben wirke, habe ich mich immer mit der Jugend inniger verbunden gefühlt und habe bei meinem Appell zum begeisterten Vormarsch und zur entschlossenen Tat bei der Jugend auch immer einen wärmeren Widerhall gefunden, als bei den älteren Jahrgängen. So wird es auch wohl heute wieder sein.

Ich habe mich deshalb auch besonders gefreut, zu hören, daß der Aufruf zur Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei, die frei von den Entartungserscheinungen der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Partei, auf allen Lebensgebieten den Kampf aufnehmen soll zur Verwirklichung des Sozialismus, gerade bei der Arbeiterjugend die wärmste Begeisterung ausgelöst hat.

So marschiert denn, liebe Genossen, voran und empor in festem Schritt! Laßt Euch nicht kirren, laßt Euch nicht wirren durch

fort mit der Sozialversicherung, fort mit den „hohen“ Löhnen, fort mit den Rechten der Arbeiterschaft. Kein Wunder, daß die Herren Bankiers in Amerika Beifall klatschten, denn, wie sagt schon Heine: „Ger mächtig verbündet in unseren Tagen das reiche Ungeziefer ist.“ Wir sind nicht so unhöflich wie der große Dichter, aber wir wissen, wenn Bankiers zusammensitzen und sich gegenseitig Beifall klatschen, daß dann die Völker — so oder so — bluten müssen.

Klagges gibt sich nicht zufrieden

Wie der braunschweigische Innenminister Klagges der „Braunschweigischen Landeszeitung“ mitteilt, hat er gegen die Aufhebung des Verbotes des „Volksfreund“ Widerspruch erhoben.

Dynamit-Fund

in einer stillgelegten Zeche.

In der Nähe von Herdorf (Kreis Altkirchen) fand man im Stollen eines stillgelegten Bergwerks eine Kiste mit 25 Pfund Dynamit, das wahrscheinlich aus einem Diebstahl herrührt. Der Fund wurde polizeilich sichergestellt.

Wer ist mächtiger?

Gandhi und die übrigen Delegierten der Indienkonferenz sind für den 5. November nachmittags nach dem Buckingham Palast geladen worden. Wie mitgeteilt wird, will sich Gandhi in seiner üblichen Kleidung, in Lententuch und Schal, zum König begeben.

Sie wollen auch dabei sein.

Der Oberschlesische Handwerkerbund hat an den Reichspräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der „die Bitte unterbreitet“ wird, zu dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung auch einen Vertreter des ober-schlesischen Handwerks und Gewerbes hinzuzuziehen.

sagerin zu bemühen, einen Blick in die Zukunft tun können. Denn unseren französischen Genossen war es klar, daß die „nationale Front“ nichts anderes will als Herrn Brüning und Herr Brüning nichts anderes als die „nationale Front“. Nur in der Methode ist man sich nicht einig. Die einen wollen's mit Lärm und Krach und Bürgerkrieg, die anderen . . . doch lassen wir das französische Sozialistische Blatt, den „Populaire“, selbst sprechen:

„Die andere Gruppe der kapitalistischen Bourgeoisie ist vorsichtiger. Sie schaut vor dem gewaltsamen Schlag zurück. Sie hat Furcht, das Proletariat offen zu provozieren. Sie ist besorgt, daß der Kampf für sie ungünstig ausgehen könnte.“

„Aber sie fordert, daß die „starke“ Regierung das Proletariat Stück um Stück, ohne allzu viel Lärm seiner Errungenschaften der letzten Jahre beraube.“

Und da halten wir ja nun gerade! Die Methode ist anders, das Endresultat ist, so sagt das französische sozialistische Organ,

gleich furchtbar für die Arbeiterklasse. Denn diese hat, so heißt es da weiter, „schon längst all die Konzessionen gemacht, die mit der Verteidigung ihrer Lebensinteressen vereinbar sind. Sie kann keine neuen Opfer mehr auf sich nehmen.“

Heute kann das deutsche Proletariat nicht weiter zurückweichen. Es kann eine Regierung nur unterstützen, wenn diese entschlossen ist, den Nationalismus zu schlagen, ohne aber den Lohn- und Gehaltsempfängern neue Lasten aufzuerlegen. Im andern Fall muß das deutsche Proletariat sich ebensowohl gegen die „nationale Front“ wie gegen die diktatorische und arbeitfeindliche Regierung zur Wehr zu setzen wissen.“

Das ist, wir betonen es nochmals, geschrieben am 13. Oktober, dem Tag, an dem der Reichstag zusammengetreten ist. Und nun vergleiche man mit dieser Voraussage den Tatbestand. Dann wird man wohl auch den Grad der Voraussicht und die Qualität der Politik sozialdemokratischer Führung ermessen können.

Das ist doppelt schmerzlich, weil seit 1918 der Aufstieg der englischen Arbeiterpartei beständig steil aufwärts gegangen war. Sie hatte erhalten:

	Stimmen	Mandate
1918	2 244 945	57
1922	4 236 733	142
1923	4 348 379	191
1924	5 437 620	151
1929	8 862 594	287

Zwischen 1924 und 1929 war der Stimmenzuwachs, fast um 2,9 Millionen, besonders groß. Das lag nicht nur daran, daß 1929 die Arbeiterpartei in 569 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatte (1923 geschah das erst in 427, 1924 in 514 Wahlkreisen), sondern sehr wesentlich auch daran, daß im Jahre 1929 auch 5 151 000 weibliche Wähler mehr an der Wahl teilnehmen durften, die durch das Wahlgesetz vom Jahre 1928 das Wahlrecht erhalten hatten. Während vorher neben 12,6 Millionen männlicher nur 9,6 Millionen weiblicher Parlamentswähler gestanden hatten, war bei der Wahl 1929 das Verhältnis das folgende geworden:

18 280 982 männliche Wahlberechtigte,
14 791 818 weibliche Wahlberechtigte

Und das Votum der hinzugekommenen weiblichen Wähler hat sich 1929 offenbar stark zu Gunsten der Arbeiterpartei ausgewirkt. Umgekehrt dürfte an dem Rückgang der Labour-Stimmen am 27. Oktober 1931 das Wiederabfluten weiblicher Wählerstimmen einen Teil der Schuld tragen. Pflegen doch politisch ungeschulte Wählerkreise stimmungsmäßigen Einwirkungen am leichtesten zu erliegen, und die Lösung der „nationalen Einheitsfront“, die obendrein von dem bisherigen gefeierten Führer der Arbeiterpartei ausgegeben wurde, stellte ja unstrittig ein derartiges Stimmungsmoment dar.

Aber wenn die Labour-Party auch ein rundes Fünftel ihrer Stimmen verlor, so bleibt die Herabdrückung ihrer Mandatsstärke eine schwer zu begreifende Ungeheuerlichkeit. Freilich war es 1929 auch den Liberalen nicht allzuviel besser ergangen. Sie hatten damals 5 300 947 Stimmen erhalten, nahezu den vierten Teil der abgegebenen Stimmen, jedoch nur 57 von 615 Mandaten, also rund den elften Teil. Gegenüber dem Jahre 1924 hatten sie zwar 2 818 000 Stimmen gewonnen, aber nur 16 Mandate! Ingesamt entfiel auf je 98 000 liberale Stimmen nur ein Mandat, dagegen ein Mandat auf knapp je 30 000 Labour-Stimmen.

Man sieht also, welch schreiend ungerechte Mandatsverteilung das englische Wahlrecht bereits im Jahre 1929 offenbarte. Nur traf dies Unrecht damals die Liberalen und Konservativen, während die Arbeiterpartei der Nutznießer war. Diesmal aber ist der Schlag mit verdoppelter Wucht auf die Labour-Party gefallen.

Weitsichtige Politiker der Arbeiterpartei mußten voraussehen, daß es einmal so kommen konnte. Sie hätten also schon aus purem Parteiinteresse heraus das gegenwärtige Wahlsystem bekämpfen und durch ein besseres ersetzen müssen. Die Gründe dafür, warum das nicht geschah, dürften im Wesentlichen die gleichen sein, die bereits vor vielen Jahren MacDonald, damals noch der aufstrebende Führer der jungen Partei, in seinem Buche „Sozialismus und Regierung“ entwickelte. Er schrieb damals:

„Unser gegenwärtiges Wahlverfahren begünstigt politisch aktive Minoritäten. Die ihm anhaftenden Ungewissheiten ermöglichen es einer neuen, aggressiven und begeisterten Bewegung, mit ihrem Geiste und mit ihrer Stimmenmacht ein Maximum an Eroberungen zu machen.“

Unter Ablehnung besonders des Proportionalensystems verwicherte MacDonald, daß die notwendige Widerspiegelung der Parteienstärke im Parlament selbst schon erreicht werden könne durch häufige Grenzregulierung der Wahlkreise.

„Auf den Ruf nach Proportionalverteilung antwortet die Demokratie mit dem Feldgeschrei: kürzere Legislaturperioden, Bezahlung der offiziellen Kosten, häufige Neueinteilung der Wahlkreise.“

Trotzdem ist es jetzt dahin gekommen, daß nach dem Wahlergebnis vom 27. Oktober 1931 auf je 165 000 Labour-Wähler nur ein Labour-Abgeordneter entfallen konnte, dagegen auf je 27 000 konservative Wähler ein konservativer Abgeordneter. Die schweren Unterlassungsgebrechen der Labour-Party allein in der Wahlrechtsfrage haben sich bitter gerächt!

Geldsäcke unter sich

CNB. New York, 30. Oktober.

Auf einem Frühstück des Bond-Club, dem führende amerikanische Bankiers angehören, schilderte Dr. Ing. Carl Friedrich von Siemens eingehend die Entwicklung, die zu der Krise in Deutschland geführt habe. Er erklärte, daß er hier der Ansicht begegnet sei, daß Deutschland seine Schuldverpflichtungen nicht erfüllen wolle. Demgegenüber könne er aber versichern, daß Deutschland nie daran gedacht habe, geliehenes Geld nicht zurückzahlen.

Die Lasten aber, die Deutschland von anderen Ländern und von sich selbst aufgeladen würden, überstiegen alle Kräfte.

Diesem Uebelstand sei auch das Anwachsen des Radikalismus zuzuschreiben. Es sei nur natürlich, daß eine Anzahl Bestimmungen des Versailler Vertrages dem Nationalsozialismus zu Hilfe kämen und von Hitler zur Agitation ausgenutzt würden. Der Redner erklärte weiter, er sei überzeugt, daß, wenn die Hoffnung wieder in das deutsche Volk einklinge und das arbeitswillige Deutschland wieder arbeiten könne, sich die Lehre Hitlers und der Kommunismus nicht weiter ausdehnen würden.

Die Ansprache wurde von dem Bankiers, unter denen man Parker Gilbert, Paul Warburg und Clarence Dillon bemerkte, mit großem Beifall aufgenommen.

Man muß diese Nachricht nur richtig lesen, dann weiß man, was gemeint ist. Herr von Siemens sagt zwischen den Zeilen, daß Deutschland keine Reparationen zu zahlen gedenke. Das ist die außenpolitische Seite und der Hinweis auf die Revision des Versailler Vertrages. Und der andere Passus von den Lasten, die Deutschland „von sich selbst aufgeladen würden“ — er bedeutet nichts anderes, als

Prosperität

von M. G.

Der Genosse Wels hat in einer Hamburger Versammlung eine programmatische Rede gehalten. Er hat zunächst beteuert, daß die Sozialdemokratie „die Tolerierpolitik wie die Pest hasse“. Diese Erklärung ist einigermassen überraschend. Die Pest, nicht wahr, haßt man, weil sie eine tödliche, sicheres Verderben bringende Krankheit ist? Wir hatten bisher angenommen, die Sozialdemokratie betrachte die Tolerierung als ein unangenehmes und gefährliches Mittel, das man indessen schlucken müsse, gerade um das sichere Verderben, die Hitlerpest, abzuwenden. Aber mit der Pest sich abfinden, mit dem unbedingt Verderblichen und Tödlichen...! Der Genosse Wels scheint sich dem Standpunkt der extremsten SAPDer sehr bedenkenlich zu nähern.

Indessen, Gefühlsausbrüche soll man nicht logisch wägen. Wichtiger als der Haßausbruch ist eine ihm folgende Aeußerung. Nach den Berichten in den sozialdemokratischen Zeitungen fuhr Wels fort:

„Marx hat die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung ermittelt, in deren Zügen die Krisen sich zuspitzen und vor allem die Arbeiterschaft furchtbar in Mitleidenschaft gezogen wird. Eine solche Krise des Kapitalismus der ganzen Welt erleben wir seit Jahren. Das ist nicht die Situation, in der entscheidende Beschlüsse zum Sozialismus gezogen werden können. Wir werden und kommen der Erbe des Kapitalismus sein, im Stadium seiner höchsten Entwicklung und Blüte. Wir können das Haus, in dem wir selbst wohnen und leben müssen, nicht selbst verbrennen.“

Wels beruft sich auf Marx. Danach ist es vielleicht erlaubt, ein paar Stellen aus Marx gerade zu diesem Thema zu zitieren. Es heißt bei ihm in der Neuen Rheinischen Revue (Nachlaß III 444):

„Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein... Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo die beiden Faktoren die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen in Widerspruch geraten... Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise, Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“

Und an der berühmtesten aller Marxstellen, im Vorwort zur Kritik der politischen Oekonomie heißt es:

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt haben. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Periode sozialer Revolution ein.“ Und endlich im Kommunistischen Manifest: „Sie (die Bourgeoisie) ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben...“

Wenn Worte einen Sinn haben, so sagt Marx hier dreierlei:

1. In einer Periode der Prosperität ist eine Revolution, also eine Umwälzung der Gesellschaft, also der Sozialismus, unmöglich.

2. Unmöglich ist ebenso eine dauernde Blüte des Kapitalismus, vielmehr folgt notwendig auf seine höchste Entwicklung die Zeit, wo „die Produktivverhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte werden“ und daher der Kapitalismus den Arbeitern ihre Existenz nicht mehr sichern kann.

3. Wenn diese Periode erreicht ist, das heißt, wenn die Blüte des Kapitalismus vorüber und seine höchste Entwicklung überschritten ist, da die aufs höchste entwickelten Produktivkräfte von den Produktionsverhältnissen gedrosselt werden, dann, erst dann, dann aber auch mit Notwendigkeit kommt die soziale Revolution.

Die gegenwärtigen Tatsachen scheinen aufs genaueste auf diese Voraussage von Marx zu passen. Unsere technische Entwicklung ist so weit fortgeschritten, daß wir mehr produzieren als wir imstande sind, zu verteilen. Unsere Produktivkräfte sind demmaßen entwickelt, daß wir nicht mehr wagen dürfen, sie auszunutzen. In Deutschland stehen 40—50 Prozent der Maschinen still, feiern ein Viertel bis ein Drittel der Arbeiter, in England und Amerika, also in Ländern, wo der Kapitalismus seine höchste Entwicklung erreicht hat, haben wir das gleiche Bild. Die Monopolstellung vieler Konzerne, welche die Preise hochhalten können, der Lohndruck, welcher den allgemeinen Verbrauch senkt, die Fehlinvestierungen von Kapital, das man weiter verzinst, während es längst abgestorben ist, mit einem Wort die Produktionsverhältnisse, hindern die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts, fesseln damit die Produktivkräfte. „Die Gesellschaft kann unter diesen Produktionsverhältnissen nicht mehr leben.“

Im Gegenteil, sagt der Genosse Wels. Sie muß unter ihnen weiterleben. Sie muß warten, bis eine neue Prosperität heraufzieht. Woher soll diese Prosperität kommen, fragen wir bescheidenlich. Und warten vergeblich auf Antwort! Jedenfalls, meint Genosse Wels, können wir nicht eher etwas unternehmen, bis

Artisten-Schicksal 1931

70 Prozent ohne Arbeit! / Das Los einer Berufsgruppe im Jahre 1931

Von Alfred Fossil, Präsident der Internationalen Artisten-Loge.

I.

Vor einigen Wochen war der Artist noch Abend für Abend gefeiert worden. Jetzt steht er mittellos am Schalter einer Wohlfahrtsbehörde.

Der Beamte erklärt ihm, er könne Wohlfahrtsunterstützung nur bei seiner Heimatsbehörde bekommen. Ein Artist aber hat selten einen festen Wohnsitz. Er reist von Ort zu Ort und ist nirgend und überall zu Hause. Da er einmal längere Zeit in Berlin gewohnt hat, wird unser Mann jetzt nach Berlin verwiesen.

Wie dort hinkommen? — Er wandert von Amt zu Amt, überall abschlägige Antworten. Schließlich wird durch das „Rote Kreuz“ die Reise nach Berlin ermöglicht.

Er meldet sich hier bei der Wohlfahrtsbehörde; und wieder wird ihm gesagt, daß er ja gar nicht sozialversicherungspflichtig sei, daß er keinen Anspruch auf Unterstützung habe.

II.

Er hat viele Monate hindurch Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt; überall da, wo man seine Angestellten-eigenschaft anerkannte. In anderen Städten, in denen der Artist nicht als Arbeitnehmer, sondern als selbständiger Gewerbetreibender angesehen wird, hat man die Entgegennahme der Beiträge verweigert. So kam er niemals in den Genuß der Rechte, wohl aber waren die schon geleisteten Beiträge verloren.

Die staatlichen Behörden, denen die Arbeitsämter unterstehen, können ihn nicht unterstützen. Die städtischen Wohlfahrtsämter wissen nicht, was sie mit dem Artisten anfangen sollen.

Er wird zunächst zum Arbeitsamt, nach der Vermittlungsstelle für ungelernete Arbeiter verwiesen. Dort sagt man ihm, daß er als Artist sich bei dem paritätischen Engagementsnachweis melden muß.

Immer noch ohne jede städtische oder staat-

liche Unterstützung, ohne Geld wendet er sich an diesen Fachnachweis. Ein Engagement kann man ihm nicht geben, da man seine artistischen Leistungen nicht gesehen hat.

Nach monatelanger Unterstützung stellt er einen Antrag auf Umschulung in einen anderen Beruf. Die Umschulung kann nicht erfolgen, da er außerhalb der Sozialversicherung steht und keine Beiträge entrichtet hat.

III.

Lohnsteuerpflichtig ist er, aber er genießt nicht den Schutz, den alle anderen Arbeitnehmer genießen.

Außerdem: der Artist braucht neben dem Stückchen Brot noch mehr zum Leben. Er braucht seine Arbeit. Die Arbeit, damit die Gelenke geschmeidig bleiben, damit er die Fühlung mit dem Publikum behält.

Das Arbeitsamt, das städtische Wohlfahrtsamt, die freie Fürsorge versagen. Es entsteht ein Versorgungsfall.

Ein Hoffungsstrahl: Er wendet sich an seine Berufsorganisation, die „Internationale Artisten-Loge“. Sie kämpft für ihn wie für alle anderen Artisten um die Gleichstellung in sozialer Hinsicht.

Aber 70 Prozent aller Artisten sind engagementslos.

Er ist kein Star, er gehört nicht zu den wenigen Auserkorenen, die im Lichte stehen und auch in schlechten Zeiten keine Unterstützung brauchen.

Die große Masse der mittleren und kleineren Artisten aber, die als Staatsbürger ihre Pflichten zu erfüllen haben, warten immer noch auf die Unterstellung unter die Sozialversicherung...

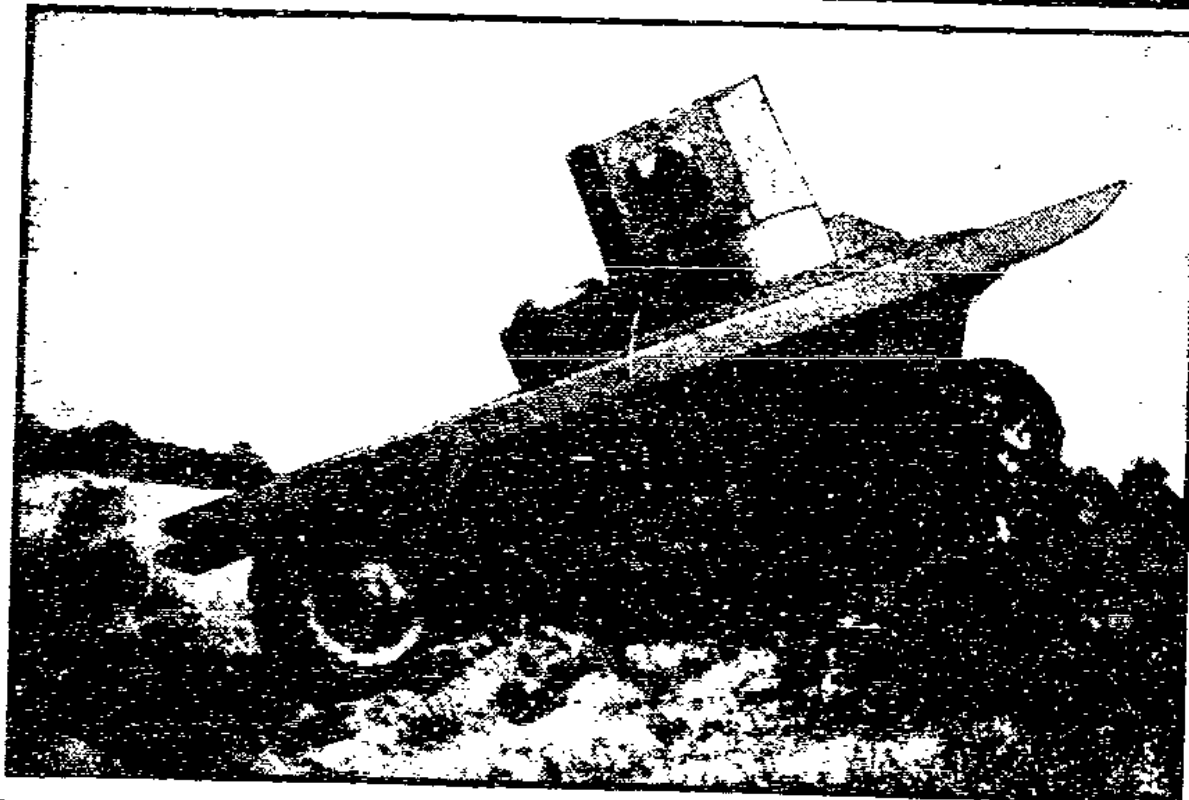
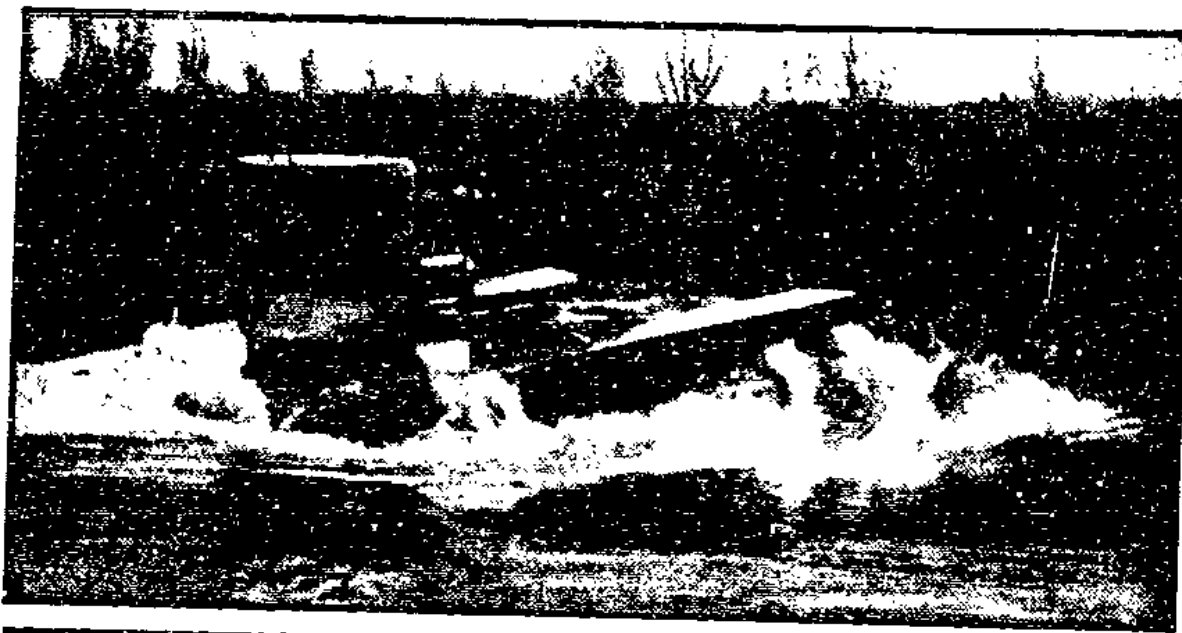
Sehr schnell also aus dem Engagement von der Höhe in die Tiefe.

IV.

Artisten als Staatsbürger minderen Rechts: so etwas gibt es in Deutschland im Jahre 1931!

Der schwimmende Tank

Triumphe der Mordtechnik



Unser Bild zeigt den neuen britischen Tank beim Nahen einer Steigung (unten) und beim Durchqueren eines Flusses (oben). Dieser neue Tank stellt den Höhepunkt der modernen Kriegsmaschinenteknik dar. Er

nimmt nicht nur Steigungen bis zu 45 Grad mühelos, sondern kann auch Flüsse und Seen schwimmend durchqueren. Seine Besatzung besteht aus zwei Mann, die ein Maschinengewehr mit 2500 Schuß pro Minute

sie kommt. Und wenn sie nicht kommt, so haben wir das als Schickung hinzunehmen. Denn gegen den Kapitalismus etwas unternehmen? Welch frevelhafter Gedanke! Man zündet doch nicht das Haus an, in dem man wohnt.

Uns scheint dies Haus ja zur Zeit in ziemlich hellen Flammen zu stehen. Ueberfluß an Gütern, und 20 Millionen, wenn nicht mehr Arbeitslose in der Welt. Betriebe, welche technische Wunder sind und stillstehen müssen. Riesenernten von Getreide, Baumwolle, Kaffee, die man vernichtet. Ölquellen, die man verstopft. Ungezählte Goldmilliarden in den Banktresoren Frankreichs und Amerikas und eine Welt, die im Goldhunger in der Angst vor Inflation sich nicht helfen kann.

Wachsende Rüstungen, wachsender Klassenhaß, wachsende Gewalttätigkeit. — Marx hat vor achtzig Jahren gut vorausgesehen, was wir durchleben. Aber wir sitzen und warten auf den Silberstreif der Prosperität, denn „nur in der höchsten Blüte des Kapitalismus werden und können wir sein Erbe antreten“.

Es scheint doch, daß es nicht nur taktische, sondern sehr schwerwiegende grundsätzliche Gegensätze waren, die Wels zum Ausschluß der Opposition aus der Partei bestimmten.

Notverordnung in Bayern

Der bayerische Ministerrat hat die Beratungen über die Notverordnung zur Staatsvereinfachung abgeschlossen. Die Notverordnung wird am Montag veröffentlicht werden.

„Und neues Leben blüht aus den Ruinen...“

Mit großer Befriedigung haben alte Parteigenossen es empfunden, daß sich Führer gefunden haben, die gewillt sind, dem sozialistischen Gedanken wieder Geltung zu verschaffen. Nur zu lange hat es gedauert, ehe dieser Wunsch vieler Genossen verwirklicht wurde, aber um so mehr muß es jetzt heißen: Heran ans Werk, es gibt kein Zögern und Zaudern! Der Arbeiter muß der Träger des Neuen werden. Nicht Generalstabsoffiziere, denen das Leben der arbeitenden Masse fremd geworden ist. Es braucht nur der Schiedsspruch der Bergarbeiter zitiert zu werden; 7 Prozent Lohnabbau in einer Zeit, wo der Bergbau noch nie so viel verdient hat wie jetzt, wo das Gedingewesen nie gekannte Ausbeuterei entfaltet, dazu gibt sich ausgerechnet ein Sozialist her, schenkt den Zechenbaronen Millionen. Nein und abermals nein!

Es ist eine alte Tatsache, daß, wenn jemand etwas anderes tut, als die Herren SPD-Genossen diktieren, dieser als Verbrecher gilt. Die Arbeiterschaft begrüßt die neue Partei, in der das anders sein soll.

Gewiß ist es bedauerlich, in einer Zeit, in der der Kapitalismus Orgien feiert, die alles in den Schatten stellen, eine neue Partei schaffen zu müssen. Aber es muß versucht werden, das Trennende zu überbrücken. Der Sozialismus darf nicht an der Farbe einer Fahne scheitern und auch nicht an dem Wort Republik, das dem deutschen Arbeiter bald fremd geworden ist. Nein, jeder muß bei sich anfangen, Sozialist zu sein, und denen helfen, die es werden wollen.

Arbeiter, Genossen, Frauen und Jungsozialisten! Der Weckruf ist geblasen! Die Bataillone treten an zum Appell! Wer will noch beiseite stehen? Es ist keine Zeit zu verlieren: der Feind steht rechts! Hinein in die neue Sozialistische Arbeiterpartei! Baut die Fundamente in den Bezirken, in den Distrikten auf, sammelt die verlorenen und verärgerten Genossen vom alten Bestand, holt neue hinzu, und dann wird es nicht lange dauern, und das neue Bollwerk, die neue Partei, kann den kommenden Stürmen mit Ruhe und Zuversicht entgegen sehen!

Ernst Meißner, Bergarbeiter, Planitz.

Montag Gemeindewahlen in England

London, 30. Oktober. Kommen Montag finden die englischen Gemeindewahlen statt. Die Bedeutung dieser Wahlen ist durch die gerade beendeten Unterhauswahlen verdunkelt worden, aber immerhin wird es vielfach scharfe Kämpfe zwischen den gegnerischen Parteien geben. In der Provinz wird nur ein Drittel der Gemeindekörperschaften erneuert, aber in den 28 Londoner Kommunen sind alle Vertreter neu zu wählen. In ganz London wurden zu diesem Zweck rund 2700 Kandidaten aufgestellt, die sich um mehr als 1300 Sitze bewerben. Die Hauptparole in den Gemeindewahlkämpfen lautete allentwegen: Sparsamkeit!

Zuviel gesiegt!

Besorgnisse der englischen Presse.

London, 30. Oktober. Die heutigen Wochenzeitschriften vertreten einmütig die Auffassung, daß die Regierung bei den Wahlen „zu erfolgreich“ gewesen und die Lage von Gefahren erfüllt sei, die erkannt werden müßten.

„Spectator“ meint, die Neuwahlen hätten die Aussichten auf eine weit weniger stabile Regierung eröffnet, als sie gewesen wäre, wenn die erzielte Mehrheit die Hälfte der augenblicklichen betragen würde.

„New Statesman and Nation“ bedauert, daß zum ersten Male in der Geschichte keine wirksame Opposition vorhanden sei. Die Zeitschrift sieht mit Besorgnis die überwältigende konservative Mehrheit.

„Weekend Review“ bemerkt: Die neue Lage ist von großen Möglichkeiten und ebenso von großen Gefahren erfüllt. Keine Regierung in unserer Geschichte hat eine solche Macht erhalten und zugleich eine solche furchtbare Verantwortung. Die Zeitschrift bezeichnet MacDonald als den tatsächlichen Diktator Englands und sagt ihm die Unterstützung des Landes bei allem, was er beschließt, zu, solange er national regiere. (!)

„Saturday Review“ begrüßt den Zusammenbruch des Sozialismus in England und ist überzeugt, daß die Größe der Regierungsmehrheit die wohlthuendste Wirkung im Ausland haben werde. Sie sei ein Beweis dafür, daß Großbritannien als Nation den Sozialismus abgeschüttelt habe und entschlossen sei, sein Haus in Ordnung zu bringen.

Mundhalten

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen die in Rothenburg (Saalkreis) erscheinende kommunistische Zeitung „Der rote Kämpfer“ wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Wilhelm Schaber, für Illustrationen: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27. Magazin Nr. 15/16.